



XIV. Legislaturperiode

XIV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 92

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE
N. 92

.....
vom 03.05.2011

.....
del 03/05/2011

Präsidentin
Vizepräsident

DDr.ⁱⁿ Julia Unterberger
Mauro Minniti

Presidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 92

vom 03.05.2011

Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Fragestunde	Seite 2
Beschlussantrag Nr. 176/09 vom 26.11.2009, eingebracht von den Abgeordneten Urzi und Vezzali, betreffend 9. November – Feierlichkeiten zum Tag der Freiheit (laut Gesetz Nr. 62/2005)	Seite 19
Beschlussantrag Nr. 193/10 vom 2.2.2010, eingebracht von den Abgeordneten Urzi und Vezzali, betreffend den Gebrauch der deutschen Muttersprache	Seite 23
Beschlussantrag Nr. 194/10 vom 2.2.2010, eingebracht von den Abgeordneten Urzi und Vezzali, betreffend Unabhängigkeit sollte den Beirat für Chancengleichheit auszeichnen	Seite 29
Beschlussantrag Nr. 200/10 vom 15.2.2010, eingebracht vom Abgeordneten Pardeller, betreffend Einsparung von Steuermitteln durch den Ersatz von modernen Medien	Seite 32
Beschlussantrag Nr. 202/10 vom 17.2.2010, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba und Heiss, betreffend Zweisprachigkeitsprüfung: Sprunghafter Anstieg der Durchfallquote im Jahr 2009. 10 Jahre nach der Reform ist die Zweisprachigkeitsprüfung neu zu überdenken	Seite 36
Beschlussantrag Nr. 203/10 vom 23.2.2010, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend Unterzeichnung des Verkehrsprotokolls der Alpenkonvention und Ablehnung neuer alpenquerender Autobahnen durch Südtirol, insbesondere der Alemagna-Autobahn	Seite 44

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 92

del 03/05/2011

Indice

Interrogazioni su temi di attualità	pag. 2
Mozione n. 176/09 del 26.11.2009, presentata dai consiglieri Urzi e Vezzali, riguardante 9 novembre – celebrazioni del giorno della Libertà (ex legge n. 61/2005)	pag. 19
Mozione n. 193/10 del 2-2-2010, presentata dai consiglieri Urzi e Vezzali, riguardante l'uso della lingua tedesca	pag. 23
Mozione n. 194/10 del 2.2.2010, presentata dai consiglieri Urzi e Vezzali, riguardante indipendenza segno di autorevolezza del Comitato pari opportunità	pag. 29
Mozione n. 200/10 del 15-2-2010, presentata dal consigliere Pardeller, riguardante risparmio di denaro pubblico grazie all'utilizzo di mezzi d'informazione moderni	pag. 31
Mozione n. 202/10 del 17.2.2010, presentata dai consiglieri Dello Sbarba e Heiss, riguardante bilinguismo: boom di bocciati nel 2009. A 10 anni dalla riforma l'esame di bilinguismo va ripensato	pag. 36
Mozione n. 203/10 del 23.2.2010, presentata dal consigliere Pöder, riguardante sottoscrizione del Trasporti della Convenzione delle Alpi e rifiuto di nuove autostrade transalpine attraverso l'Alto Adige, in particolare l'Alemagna	pag. 44

Begehrensantrag Nr. 12/10 vom 15.3.2010, eingebracht von den Abgeordneten Pichler Rolle, Egartner, Hochgruber Kuenzer, Kasslatter Mur, Lamprecht, Noggler, Schuler, Steger und Stirner Brantsch, betreffend das Zusatzprotokoll zum Verkehr der AlpenschutzkonventionSeite 44

Begehrensantrag Nr. 13/10 vom 19.3.2010, eingebracht von den Abgeordneten Heiss und Dello Sbarba, betreffend das Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention Seite 44

Beschlussantrag Nr. 207/10 vom 1.3.2010, eingebracht von den Abgeordneten Leitner, Egger, Mair, Stocker S. und Tinkhauser, betreffend Anrainergemeinden an Einnahmen der Brennerautobahn beteiligen Seite 48

Beschlussantrag Nr. 212/10 vom 11.3.2010, eingebracht vom Abgeordneten Pardeller, betreffend Hasskampagne im Social Network Facebook Seite 54

Begehrensantrag Nr. 14/10 vom 29.3.2010, eingebracht von den Abgeordneten Schuler, Pichler Rolle und Stocker M., betreffend AlpentransitbörseSeite 57

Begehrensantrag Nr. 15/10 vom 14.4.2010, eingebracht von den Abgeordneten Heiss und Dello Sbarba, betreffend Einführung der AlpentransitbörseSeite 57

Voto n. 12/10 del 15-3-2010, presentata dai consiglieri Pichler Rolle, Egartner, Hochgruber Kuenzer, Kasslatter Mur, Lamprecht, Noggler, Schuler, Steger e Stirner Brantsch, riguardante il protocollo trasporti della Convenzione della Alpi pag. 44

Voto n. 13/10 del 19.3.2010, presentata dai consiglieri Heiss e Dello Sbarba, riguardante il Protocollo trasporti della Convenzione delle Alpi: ratifica pag. 44

Mozione n. 207/10 del 1.3.2010, presentata dai consiglieri Leitner, Egger, Mair, Stocker S. e Tinkhauser, riguardante partecipazione dei comuni lungo l'autostrada alle entrate della A22 pag. 48

Mozione n. 212/10 dell'11.3.2010, presentata dal consigliere Pardeller, riguardante campagna di odio sul social network Facebook pag. 54

Voto n. 14/10 del 29-3-2010, presentata dai consiglieri Schuler, Pichler Rolle e Stocker M., riguardante Borsa dei transiti alpini pag. 57

Voto n. 15/10 del 14-4-2010, presentata dai consiglieri Heiss e Dello Sbarba, riguardante introduzione della 'borsa dei transiti alpini pag. 57

Vorsitz der Präsidentin | Presidenza della presidente: DDr.ⁱⁿ Julia Unterberger

Ore 10.02 Uhr

Namensaufruf - appello nominale

PRÄSIDENTIN: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich ersuche um die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

STIRNER BRANTSCH (Sekretärin - SVP): Verliest das Sitzungsprotokoll | legge il processo verbale

PRÄSIDENTIN: Wenn keine Einwände erhoben werden, so gilt das Protokoll als genehmigt.

Ich teile mit, dass die von Art. 59 der Geschäftsordnung vorgesehenen Mitteilungen im Sinne des im Kollegium der Fraktionsvorsitzenden erzielten Einvernehmens als verlesen gelten.

Für die heutige Sitzung haben sich Landesrat Laimer (vorm.) und die Abgeordneten Seppi (nachm.) und Stocker Martha entschuldigt.

Herr Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Frau Präsidentin! Nachdem wir nicht über die Geschäftsordnung diskutieren, möchte ich auf einen Zeitungsartikel verweisen, der am 28. April dieses Jahres in der Tageszeitung "Dolomiten" erschienen ist und wo es darum gegangen ist, wie das zukünftige Präsidium ausschauen soll. Ich beziehe mich auf Zitate eines Präsidiumsmitgliedes - "*Posten nicht an Opposition verschenken*" -, und es wird hier das Präsidiumsmitglied Maria Hochgruber Kuenzer zitiert. Sie warnt davor, "*den Posten im Präsidium an die Opposition zu verschenken. Das Präsidium vertritt den Landtag nach außen, auch gegenüber tausenden Besuchern. Es ist ein Unterschied, ob Jugendliche von einem SVP-Mandatar oder einem Freiheitlichen geführt werden.*" Nachdem die hier Zitierte auch anwesend ist, möchte ich fragen, wie wir das verstehen sollen. Ich erinnere daran, dass ich auch schon Schulklassen führen durfte. Wenn kein SVP-ler zur Verfügung stand, dann gingen die Freiheitlichen gut. Wenn ein SVP-Abgeordneter Schulklassen führt, dann ist das neutral, wenn hingegen ein potentieller Oppositioneller das macht, dann ist das nicht mehr so oder wie? Ich unterstelle, dass die SVP-Abgeordneten hier Parteipolitik betreiben. Wir haben das nie getan und würden es auch nie tun! Das ist eine grobe Unterstellung, und ich erwarte mir, dass die hier Zitierte oder das Präsidium Stellung nimmt, denn das kann man so nicht stehen lassen. Das ist unglaublich, und ich protestiere namens meiner Fraktion in aller Entschiedenheit gegen diese Form von Unterstellungen!

PRÄSIDENTIN: Herr Abgeordneter Leitner, die Tatsache, dass in der Geschäftsordnungskommission vier Vertreter der Südtiroler Volkspartei sitzen und dem zugestimmt haben, dass in Zukunft ein Präsidiumsplatz der Opposition vorbehalten werden soll, zeigt, dass die allgemeine Ausrichtung jene ist, dass die Opposition auf jeden Fall im Präsidium vertreten sein sollte. Nachdem auch der Vizepräsident der Opposition angehört, wären es dann sogar zwei Plätze.

Für die Meinung, die einzelne Personen in der Öffentlichkeit äußern, kann man nicht das gesamte Präsidium verantwortlich machen. Ich weiß nicht, ob die zitierte Person dazu Stellung nehmen möchte. Als Landtagspräsidentin kann ich diese Äußerungen nicht verteidigen.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Damit kann ich nicht einverstanden sein. Ich erwarte mir eine Entschuldigung vom Präsidiumsmitglied Maria Hochgruber Kuenzer. Dass Sie sie jetzt noch in Schutz nehmen, ... Es geht nicht darum, ob jemand hineinkommt oder nicht. Das war eine parteiinterne Geschichte, weil niemand von der SVP auf diesen Posten verzichten will! Für uns ist es ein Sitz für die Opposition. Auf jeden Fall kann man den Satz, dass es ein Unterschied sei, ob Jugendliche von einem SVP-Mandatar oder von einem Freiheitlichen geführt werden, nicht so stehen lassen. Worin besteht dieser Unterschied, Frau Kuenzer? Ich möchte eine Antwort, denn das lasse ich nicht so stehen! Wie soll man das verstehen? Diesen Artikel haben zigtausend Südtirolerinnen und Südtiroler gelesen, und nachdem es keine Stellungnahme des Präsidiums gibt, nehme ich an, dass das Präsidium es auch so sieht. Wenn nicht, dann erwarte ich mir eine klare Äußerung und auch eine Entschuldigung!

PRÄSIDENTIN: Herr Abgeordneter Leitner, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie sich eine Entschuldigung erwarten, aber ich mache Sie auch darauf aufmerksam, dass in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen ist, dass ein Mitglied prozessiert wird und sich für Äußerungen in der Presse hier im Landtag verantworten muss. Natürlich muss jeder für seine Äußerungen die persönliche Verantwortung übernehmen, aber es würde wirklich zu weit gehen, wenn einzelne Abgeordnete verlangen könnten, dass sich andere Abgeordnete für das, was sie in der Presse sagen, rechtfertigen müssen. Wie gesagt, auch ich finde diese Äußerungen nicht gut, aber Sie können diesen Saal nicht in eine Art Gerichtssaal verwandeln, wo Sie der Ankläger sind und sich die Kollegin Kuenzer verteidigen muss.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Frau Präsidentin, ich nehme das zur Kenntnis und kündige hiermit einen Misstrauensantrag gegen das Präsidiumsmitglied Maria Hochgruber Kuenzer an. Dieser kommt dann auf die Tagesordnung, und wir können auch inhaltlich darüber diskutieren.

PRÄSIDENTIN: Bitte, Frau Abgeordnete Klotz!

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Frau Präsidentin, die Regelung, dass Schulklassen nur noch mit Präsidiumsmitgliedern zusammentreffen, ist erst spät eingeführt worden. Früher haben die Schulklassen auch sagen können, mit wem sie eine Diskussion haben möchten. Sie konnten also auch einen Abgeordneten oder eine Abgeordnete der Opposition wählen. Ich möchte schon anregen, dass man im Präsidium darüber nachdenkt, ob man eine solche Regelung nicht wieder zulassen sollte. Natürlich hängt sehr vieles davon ab, wem die Schüler welche Fragen stellen. Wie gesagt, man sollte im Präsidium darüber nachdenken, dass nicht immer nur dieselben Abgeordneten die Schulklassen führen. Danke!

PRÄSIDENTIN: Das ist sicher eine Anregung, über die wir im Präsidium sprechen werden. Es wäre auch denkbar, dass ein Vertreter der Opposition und der Mehrheit zur Verfügung steht, damit die Schüler diese Dialektik hautnah miterleben können. Jedenfalls ist es ja jetzt schon so, dass die Schulklassen die Möglichkeit haben, einen bestimmten Abgeordneten anzufordern. In Zukunft wird natürlich auch das Mitglied der Opposition, das im Präsidium sitzt, diese Führungen machen können. Ich persönlich bin für alle Vorschläge offen, und natürlich kann man eine Regelung finden, mit der das anders aufgeteilt wird.

Bitte, Herr Abgeordneter Egger.

EGGER (Die Freiheitlichen): Ich spreche in persönlicher Angelegenheit. Im besagten Zeitungsartikel wurde recht unterschwellig argumentiert, dass es besser sei, wenn ein SVP-ler eine Schulklasse führt als ein Freiheitlicher. Ich gehöre zur Freiheitlichen Fraktion und fühle mich somit auch angesprochen. Ich darf nur ganz kurz erklären, dass ich im Rahmen meiner beruflichen Tätigkeit zwei Jahre in der Mittelschule von Sterzing unterrichtet habe. Ich glaube, dass es nicht notwendig ist, einen blauen Schurz zu tragen, das heißt dem Bauernstand anzugehören, um hier im Landtag Gruppen führen zu dürfen. Ich habe mich da in meiner persönlichen Ehre angegriffen gefühlt, Kollegin Kuenzer. Ich habe zumindest dieselben Voraussetzungen wie Sie, um eine Schulklasse zu führen.

PRÄSIDENTIN: Danke.

Wir beginnen jetzt mit der Behandlung der Tagesordnung.

Punkt 1 der Tagesordnung: "**Aktuelle Fragestunde**".

Punto 1) dell'ordine del giorno: "**Interrogazioni su temi di attualità**".

Anfrage Nr. 1/05/11 vom 4.4.2011, eingebracht von den Abgeordneten Klotz und Knoll, betreffend Postzustellung in den Gemeinden Bozen und Leifers. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Einwohner kleinerer Fraktionen der Gemeinde Leifers (Seit, Schneiderwiesen) beklagen, dass ihre Post nur bis Steinmannwald gebracht wird, wo die entsprechenden Postfächer eingerichtet wurden. Das bedeutet lange Fahrwege, um die Post zu holen. Für die Bewohner von Kohlern (Ge-

meinde Bozen) hingegen wird die Post nach Kohlern gebracht (auch Postfächer), was den langen Fahrweg erspart.

Warum wird das von der Post so unterschiedlich geregelt? Ist es nicht möglich, in Seit die entsprechenden Postfächer einzurichten?

Wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass dieser Dienst ähnlich wie in der Gemeinde Bozen organisiert wird?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In den Fraktionen "Seit" und "Schneiderwiesen" in Leifers erfolgt die Postzustellung über die sogenannten Modularbriefkästen. Diese Briefkästen sollen den Menschen, die dort wohnen, die Möglichkeit geben, die Post alle Tage zu erhalten. Sonst wäre es so gewesen, dass die Post nur alle zwei oder drei Tage zugestellt worden wäre. Diese Lösung ist von der Bevölkerung dann letzten Endes auch akzeptiert worden.

Was Kohlern anbelangt, ist die Post nur im Zentrum alle Tage verteilt worden. Für die Außenhöfe bzw. Höfegruppen sind ebenfalls Modularbriefkästen aufgestellt worden. Ich glaube, dass wir mit dieser Aktion im Großen und Ganzen einverstanden sein müssen, weil die Post im ländlichen Raum jeden Tag zugestellt wird. Das wurde auch von den Vertretern des Bauernbundes und den Gemeindevertretern mit der Post vereinbart, und so wird es auch gehandhabt. Ob dann, wenn wir neue Zuständigkeiten im Bereich der Post bekommen, eine andere Vorgangsweise möglich ist, kann ich jetzt noch nicht sagen. Wir sind zur Zeit dabei, die Verhandlungen mit der Post weiterzuführen, und so wie es scheint, werden wir sie auch zu einem guten Ende bringen. Somit können wir später schauen, wie weit es möglich sein wird, jeden Tag zu jedem einzelnen Hof hinzukommen. Das wird sicher nicht möglich sein, aber die Briefkästen sollen so verteilt werden, dass die dort lebende Bevölkerung damit einverstanden sein kann.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zu **Anfrage Nr. 2/05/11** vom 4.4.2011, eingebracht von den Abgeordneten Klotz und Knoll, betreffend Panoramastraße Mendelpass. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Die Landesregierung hat beschlossen, beim Ausbau der Mendelpass-Straße jenem Projekt den Vorzug zu geben, welches die Errichtung einer Panoramastraße mit offener Galerie vorsieht.

Wie weit sind die Vorbereitungen bzw. Arbeiten gediehen und innerhalb welcher Zeit sollen sie abgeschlossen sein?

Was wird die Umsetzung dieses Projektes insgesamt kosten?

Hat es bereits Erhöhungen gegeben gemessen an den ursprünglich veranschlagten Kosten?

Wie regelt man in der Bauzeit den Verkehr? Welche Erschwernisse haben die zahlreichen Pendler zu gewärtigen?

MUSSNER (Landesrat für Bauten, ladinische Schule und Kultur und Vermögensverwaltung – SVP): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Das Bauvorhaben ist derzeit in der Projektierungsphase. Das Einreichungsprojekt liegt vor und wurde der Abteilung Raumordnung für die Erteilung der Konformitätserklärung übermittelt. Nach dieser Erteilung der Konformitätserklärung kann die Ausführungsprojektierung durchgeführt werden, wobei wir denken, diese im Jahr 2012 abschließen zu können. Die Ausschreibung der Arbeiten hängt von der finanziellen Verfügbarkeit der nächsten Jahre ab.

Zu Frage Nr. 2. Der Ausbau wird insgesamt 15 Millionen Euro kosten.

Zu Frage Nr. 3. Ich kann bestätigen, dass es keine Erhöhung der ursprünglich veranschlagten Kosten gegeben hat. In den Kriterien des europäischen Planungswettbewerbes wurde der Verkehrsregelung ein hoher Stellenwert beigemessen. Wir haben das bereits damals in den Wettbewerbskriterien integriert, und es wurde auch eine genaue Aufteilung der einzelnen Arbeitsphasen vorgenommen. Die Bauzeit beträgt insgesamt 700 Tage. Mit Ausnahme von 30 Tagen, an welchen die Straße gänzlich gesperrt werden muss, wird der Verkehr über einen Abschnitt von 50 Metern abwechselnd einspurig geregelt.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Landesrat, Sie wissen, dass es in Zusammenhang mit diesem Projekt sehr viel Widerstand gegeben hat und sehr viele Fragen offen sind. Man ist der Meinung, dass diese Lösung nicht die für die Benutzer günstigste sei, sondern dass es ein Prestigeobjekt für eine Gemeinde sei und davon nur einige wenige profitieren würden.

Ich habe verstanden, dass das gesamte Projekt 15 Millionen Euro kosten wird, was eine sehr große Summe ist. Es wird auch schon gemutmaßt, dass das Projekt ohne eine Erhöhung der veranschlagten Kosten nicht umsetzbar sein wird. Sie haben gesagt, dass die Straße an 30 Tagen gänzlich gesperrt werden müsse. Es sind doch zahlreiche Pendler, die diese Straße täglich benutzen, auch wenn es sich nicht um eine weiß Gott wie dicht besiedelte Gegend handelt. Sie befürchten große Erschwernisse. Ich möchte im Namen derer, die nicht einverstanden sind, sagen, dass man mit diesem Projekt unzufrieden ist.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zu **Anfrage Nr. 3/05/11** vom 4.4.2011, eingebracht von den Abgeordneten Klotz und Knoll, betreffend verpflichtende Zusatzkrankenversicherung Fondo Est. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Mit Erneuerung des Kollektivvertrages Handel ist ab 1. 3. 2011 die Einschreibung in die Zusatzkrankenversicherung Fondo Est (120 Euro Pauschale jährlich) Pflicht. Arbeitgeber, die den Kollektivvertrag Handel anwenden, müssen für jeden Arbeitnehmer den monatlichen Betrag entrichten, unabhängig davon, ob der Betrieb der Zusatzversicherung beiträgt oder nicht! Tritt er nicht bei, muss ein monatlicher Lohnzuschlag von 10 Euro brutto (7 bei Teilzeit) pro Arbeitnehmer ausbezahlt werden. Dieser Zuschlag gilt als eigenes Lohnelement und unterliegt Sozialversicherung und Lohnsteuer zu Lasten des Arbeitnehmers. Der Betrag ist 14 mal im Jahr jedem Arbeitnehmer auszubezahlen, Kosten pro Jahr und Arbeitnehmer ca. 190 Euro! Aus finanzieller Sicht ist es für einen Betrieb also günstiger, der Zusatzkrankenversicherung Fondo Est beizutreten.

Die Grüne Nummer von Fondo Est ist für Nachfragen nicht erreichbar, Dienste werden laut Tabelle vorwiegend in italienischen Einrichtungen angeboten, insgesamt eine Zumutung für unsere Leute!

Was wird das Land gegen solches Monopol und solche Zwangsmaßnahmen tun?

BIZZO (Assessore al bilancio e finanze, al lavoro, allo sviluppo cooperativo, all'innovazione e all'informatica – Partito Democratico/Demokratische Partei): L'assistenza sanitaria integrativa "Fondo Est" è stata costituita dalle organizzazioni nazionali della Confcommercio, Fipe (pubblici esercizi) e Fiavet (operatori turistici) da una parte, nonché della Filmcams Cgil, Fisascat Cisl e Uilucis Uil dall'altra, secondo l'articolo 95 del contratto collettivo nazionale di lavoro terziario Confcommercio e l'articolo 156 del contratto collettivo nazionale di lavoro dei pubblici esercizi.

La convenzione è nata nel 2005 e opera accanto a quella costituita nel 1989 per i quadri "Qu.A.S.", rivolgendosi ai lavoratori assunti a tempo indeterminato e agli apprendisti del commercio e del settore alberghiero. I contributi periodici per l'assistenza sanitaria integrativa sono esenti ai sensi dell'art. 3, comma 2, lettera A, del decreto legislativo n. 314 del 1997 da imposizioni fiscali e contributivi; la corresponsione dello stesso importo al lavoratore in caso di mancata adesione è tratta invece come normale retribuzione. In quest'ultimo caso il lavoratore percepisce solo circa il 70% dell'importo lordo, ovvero circa 98 € annui, mentre il datore di lavoro è tenuto a pagare un ulteriore 28,98% a titolo di contribuzione previdenziale e deve quindi sostenere costi annui medi attorno a circa 180 € per ogni lavoratore interessato.

L'assistenza sanitaria integrativa "Fondo Est" è costituita in forma di ente bilaterale tra le suddette parti sociali e opera, nonostante la propria registrazione presso il Ministero della salute ai sensi dei decreti ministeriali 31 marzo 2008 e 27 ottobre 2009, secondo modalità esclusivamente privatistiche. Pur essendo registrata presso il Ministero può operare con criteri del tutto privatistici. La richiesta di garantire i contatti con il pubblico e i moduli per il rimborso delle spese sanitarie sostenute anche in lingua tedesca ovvero di convenzionare anche cliniche, centri diagnostici, dentisti, fisioterapisti ecc. che possano garantire l'uso della lingua tedesca, deve pertanto essere rivolta tramite le organizzazioni territoriali delle associazioni di categoria e dei sindacati aderenti ai soci del "Fondo Est" e deve pertanto essere decisa nel Consiglio direttivo paritetico dell'ente. Cioè la domanda va rivolta ai soci del fondo, cioè ai sindacati e agli enti che hanno istituito il fondo.

L'offerta sanitaria del "Fondo Est", peraltro garantita dalle assicurazioni Generali, Unipol e UniSalute ed erogata tramite la società specializzata del gruppo Unipol Uni Salute di Bologna, permette in alcuni casi anche l'assistenza da parte di sanitari non convenzionati, nel qual caso tuttavia i rimborsi forfettari non sempre arrivano a coprire integralmente la spesa dell'assistito.

Per quanto riguarda invece il numero verde, stiamo facendo fare continue verifiche per verificare che rispondano.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Landesrat, es handelt sich hier um einen ganz eklatanten Fall von Nötigung. Angestellte im Handelssektor, die davon betroffen sind, müssen entweder dieser Zusatzkrankenversicherung beitreten oder der Betrieb muss dem Arbeitnehmer, der bereits eine Zusatzversicherung hat – die allermeisten haben bereits eine solche Versicherung – jährlich eine Summe von jetzt 210 Euro auszahlen. Vorher waren es 140 Euro. Ich habe unter anderem auch mit Werner Frick telefoniert, und auch dort empfindet man das als eine Art Nötigung. Dank unserer glorreichen Autonomie, Herr Landeshauptmann, kommt man da nicht aus! Es scheint jetzt eine richtige Strafexpedition in Gang zu kommen, weil verschiedene gesagt haben, dieser Zusatzkrankenversicherung nicht beitreten zu wollen. Es ist doch eine Frechheit, diese Angestellten dazu zu zwingen, dieser Versicherung beizutreten. Wer weiß, wer da wieder einmal alles verdient! Man hat die Summe also von ursprünglich 140 auf 210 Euro erhöht. Wenn ich mir die Tabelle anschau, aus der hervorgeht, welche Betriebe angeboten werden – Casa di cura St. Anna, Fisiomedical-Center, Gabinetto radiologico dott. Paolo Bonvicini, Folchini dott.ssa Maria Grazia, studio dentistico dott. Damini Roberto, Hölzl Heinz in Meran, Morione Maurizio, Bolzano, odontoiatrico Mersi und Schuster, Brunico – so sind das die Leistungen und keine anderen! Das ist wirklich ungeheuerlich! Herr Landeshauptmann, ich hätte mir eigentlich erwartet, dass Sie Ihre Stimme erheben und sagen: "So geht das nicht!" Ich habe gehört, dass nur die staatlich organisierten Gewerkschaften dabei sind, das heißt, dass der ASGB fehlt. Wir können uns vorstellen, warum der hier nicht mitgemacht hat oder erst gar nicht gefragt worden ist. Das ist eine Diktatur sondergleichen, und ich kann mir nicht vorstellen, dass Betriebsinhaber mit so einer Nötigung einverstanden sind! Herr Landesrat, das ist wieder nur so eine Wischi-Wasche-Sache, als wäre das mit der Identität und den Gepflogenheiten unserer Leute vereinbar!

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zu **Anfrage Nr. 4/05/11** vom 4.4.2011, eingebracht von den Abgeordneten Klotz und Knoll, betreffend Fahrpläne der ÖBB – Südtiroler Ortsnamen italienisch. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Als Kopie liegt der Fahrplan bei, wie er beim Info- Schalter der ÖBB am Hauptbahnhof Innsbruck ausgehändigt wird. Wie ersichtlich, sind außer Brenner und Bozen, das zuerst als Bolzano aufscheint, die beiden anderen Haltestellen auf Südtiroler Gebiet nur mit Fortezza und Bressanone ausgewiesen.

Ist der Landeshauptmann davon in Kenntnis?

Wenn ja, hat er bei der ÖBB bereits interveniert, auf dass nicht nur die italienischen Bezeichnungen verwendet werden?

Wenn nein, was wird er unternehmen, damit die deutschen Ortsnamen angeführt werden?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem die Süd-Tiroler Freiheit immer wieder bei den verschiedenen Stellen in Österreich vorstellig wird, wäre es sehr schön gewesen, wenn sie neben der doppelten Staatsbürgerschaft und dem Selbstbestimmungsrecht auch dies vorgebracht hätte. Es ist schon sonderbar, dass gerade Österreich die Zweinamigkeit nicht respektiert. Wenn dies die italienischen Stellen getan hätten, dann möchte ich sehen, wie viele Artikel es von Seiten der Süd-Tiroler Freiheit gegeben hätte! Ich bin der Meinung, dass man nicht auf einem Auge blind sein sollte und auf dem anderen nicht. Deshalb ist es richtig, dass wir das bei den österreichischen Stellen vorbringen. Letzten Endes ist es so, dass die Namen der einzelnen Gemeinden bereits mit Regionalgesetz festgelegt worden sind. Deshalb kann niemand sagen, dass diese Namen nicht existieren würden. Sonst könnte man sagen, dass aufgrund des Prontuario von Tolomei nur die italienischen Namen existieren, was aber nicht der Fall ist. Als wir gehört haben, dass das vorgekommen ist, haben wir sofort einen Brief an den zuständigen Beamten, Dr. Dipl. Ing. Erwin Kastlberger, geschrieben. Dabei haben wir ihn darauf aufmerksam gemacht, dass es in Südtirol neben den italienischen auch deutsche Namen gibt, die zu verwenden sind. Ich hoffe, dass dies auch eingehalten wird. Sollte dem nicht so sein, werden wir selbstverständlich weiterhin diesbezüglich intervenieren. Ich hoffe, dass die österreichischen Stellen etwas sensibler sind als die italienischen Stellen.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Mein Kollege Sven Knoll, der ja in Innsbruck wohnt, hat sofort interveniert, wobei man ihm die Auskunft gegeben hat, dass man aufgrund internationaler Verträge dazu angehalten sei, jene Namen zu gebrauchen, die in den internationalen Mappen eingetragen sind. Dort sind anscheinend nur "Bressanone" und "Fortezza" eingetragen, so wie auch bei vielen Suchsystemen. Immer wieder bekommen wir Meldungen, dass die Navigationssysteme ausschließlich mit italienischen Bezeichnungen arbeiten. Herr Landes-

hauptmann, natürlich sind unsere Themen die Selbstbestimmung und die doppelte Staatsbürgerschaft, aber auch diesbezüglich können wir Ihnen versichern, dass Sven Knoll sofort interveniert hat. Ich hoffe, dass Ihr Gewicht dazu beitragen wird, dass man ...

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Er wiegt weniger, und in körperlicher Hinsicht hat er es lieber so, aber in politischer Hinsicht könnten Sie uns schon ein paar Kilos abtreten.

Also, wir haben diesbezüglich alles in unserer Macht Stehende getan, wobei in unserer Macht nicht so viel steht wie in Ihrer!

PRÄSIDENTIN: Die Anfrage Nr. 5/05/11 kann aufgrund der entschuldigenden Abwesenheit von Landesrat Laimer nicht behandelt werden und wird somit innerhalb der nächsten fünf Tage schriftlich beantwortet.

Wir kommen zu **Anfrage Nr. 6/05/11** vom 4.4.2011, eingebracht von den Abgeordneten Knoll und Klotz, betreffend Streit um Neugersdorfer-Hütte. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Medienberichten war letztthin zu entnehmen, dass sich die Finanzbehörden weigern, die seit 10 Jahren im Besitz des Landes befindliche Neugersdorfer-Hütte abzugeben und nun sogar die Rückgabe fordern. Als Grund dafür wurden auch Bergrettungseinsätze genannt.

1. Warum macht das Land als Eigentümer der Hütte nicht sein Recht geltend und fordert die sofortige Schlüsselübergabe?
2. Stimmt es, dass das Land ernsthaft in Erwägung zieht, den Finanzern die Hütte zu überlassen? Wenn ja, warum?
3. Wofür wurde die Hütte von den Finanzern in den letzten 10 Jahren verwendet? Wofür benötigt die Finanzbehörde die Hütte heute?
4. Stimmt es, dass in den Sommermonaten hochrangige Finanzbeamte mit ihren Familien auf der Hütte urlauben und dort mit Hubschraubern hingeflogen werden?
5. Wie viele Bergrettungseinsätze wurden von den Finanzern in den letzten 10 Jahren in diesem Gebiet getätigt und hatten dabei als strategisch wichtigen Ausgangspunkt die Neugersdorfer-Hütte?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Die Neugersdorfer Hütte oder das Krimmler-Tauern-Haus ist an das Land übergegangen. Allerdings hat der Staat, als die entsprechende Eintragung im Grundbuch erfolgt war, in einem Brief mitgeteilt, dass diesbezüglich ein materieller Fehler unterlaufen sei, da diese Hütte nicht 20 Jahre lang leer gestanden sei. Wir haben dagegen Rekurs eingereicht und im Rahmen einer Vielzahl von Briefen mitgeteilt, dass wir uns weigern, diese Hütte zurückzugeben. Zur Zeit sind wir immer noch im Streit. Wir scheinen im Grundbuch als Besitzer auf. Bevor es effektiv zum Prozess kommt, möchten wir versuchen, das Problem im Verhandlungswege zu lösen. Sie wissen, dass die Hütte kostenlos übergegangen ist, und ich möchte nicht riskieren, dass wir etwas zahlen müssen bzw. dass die Hütte nicht übergeht.

Es stimmt, dass einzelne Beamte der zuständigen Abteilung dort ihren Urlaub verbringen. Was die Einsätze des Hubschraubers anbelangt, kann ich nicht sagen, ob der Hubschrauber vorwiegend dafür verwendet wird, dass die entsprechenden Sommerfrischler schneller zur Hütte kommen oder ob er für Einsätze der Bergrettung zur Verfügung steht, aber eher wird das Erste in Frage kommen. Auf jeden Fall werden wir uns weiterhin bemühen, dass diese Situation aufrecht bleibt. Wir haben auch bereits die Kündigung ausgesprochen, die aber noch nicht vollzogen worden ist. In der Zwischenzeit hat sich auch die Gemeinde Prettau an uns gewandt und uns mitgeteilt, dass sie möchte, dass die Hütte in ihr Eigentum übergeht. Sie hat auch eine Abänderung des Bauleitplanes vorgenommen, und wir werden sehen, wie die Sache ausgehen wird. Jedenfalls werden wir uns weiterhin darum bemühen, dass wir diese Hütte behalten können.

Es werden keine Kontrollen mehr durchgeführt. So weit ich informiert bin, dient die Hütte nur für Urlaub von Beamten der Finanzwache.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Landeshauptmann, das ist ein ärgerlicher Fall, denn laut Grundbuch gehört diese Hütte dem Land. Es ist ja nicht so, dass wir hier ein Geschenk bekommen! Schließlich sind diese Hütten enteignet worden. Ich habe bereits einmal eine Anfrage zur Neugersdorfer Hütte eingebracht, und es

ist einfach ärgerlich, wenn sich die Finanzbehörde weigert, diese Hütte zurückzugeben. Sie braucht sie ja nicht für Einsätze der Bergrettung. Anhand der Rettungspläne könnte man ja ablesen, ob es in den letzten Jahren entsprechende Einsätze gegeben hat, aber wir beide wissen, dass das nicht der Fall sein wird. Die Bergrettungseinsätze erfolgen vom Tal aus und sicher nicht durch irgendwelche Beamte, die dort oben Urlaub machen. Dass sich die Finanzbehörde weigert, eine Hütte, die dem Land gehört, offiziell zu übergeben, nur weil ihre Beamten dort oben Urlaub machen ... Ich möchte schon auch einmal hinterfragen, inwieweit es zulässig ist, dass Finanzbeamte mit Hubschraubern hin- und hergeflogen werden, um dort oben Urlaub zu machen. Ein Privater würde für so etwas wohl keine Genehmigung bekommen. Angesichts dieser Umstände ist es sinnvoll, dass das Land vehement fordert, dass diese Hütte offiziell an das Land übergeben wird.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zu **Anfrage Nr. 7/05/11** vom 4.4.2011, eingebracht von den Abgeordneten Knoll und Klotz, betreffend Schutzhütten. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Mit 1. Jänner 2011 sind 25 Schutzhütten an das Land übergegangen, die durch die Enteignung der Hütten in der Faschistenzeit zuvor dem CAI zugesprochen worden waren. Viele dieser Schutzhütten befinden sich in sehr desolatem Zustand, drei Hütten müssen deshalb sogar abgerissen werden.

1. Worauf ist der desolate Zustand dieser Hütten zurückzuführen?
2. Sind die enormen Schäden auch auf mangelnde Instandsetzungsarbeiten des CAI zurückzuführen? Muss der CAI für etwaige selbst verursachte Schäden oder Folgeschäden finanziell aufkommen?
3. Wie viel kostet die Renovierung der Schutzhütten? (Bitte um detaillierte Auflistung der Kosten für die einzelnen Hütten)
4. Welches sind die genauen Gründe für den angekündigten Abriss der Edelrauthütte, der Schwarzensteinhütte und der Weißkugelhütte, die eine Renovierung unmöglich machen?

MUSSNER (Landesrat für Bauten, ladinische Schule und Kultur und Vermögensverwaltung – SVP): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die Schutzhütten befinden sich im Hochgebirge und sind größtenteils auch sehr schwer zu erreichen. Da sie extremen Wetterbedingungen ausgesetzt sind, bedürfen sie kontinuierlicher Instandhaltungsarbeiten sowie Wartung. Laut einer Erhebung, die wir im letzten Jahr durchgeführt haben, sind von den 25 Schutzhütten 16 in einem relativ guten Zustand, 6 in einem mäßigen und 3 in einem sehr schlechten Zustand. Die Schutzhütten sind extremen Witterungsbedingungen sowie geologischer Instabilität des Untergrundes ausgesetzt. Der gesamte Zustand der Hütten wurde überprüft, und wir sind der Meinung, dass die Hütten bis auf die 3 Hütten, die in einem sehr schlechten Zustand sind, im heurigen Jahr weitergeführt werden können. Die vorhergesehenen Gesamtkosten belaufen sich auf 10,6 Millionen Euro, wobei darin auch die Kosten für die Renovierung der drei Hütten, die in einem sehr schlechten Zustand sind, enthalten sind.

Die Schutzhütten "Edelrauthütte", "Schwarzensteinhütte" sowie "Weißkugelhütte" stehen auf sehr schwierigem geologischem und statischem Territorium und haben auch nicht die Möglichkeit, eventuell erweitert zu werden. Deshalb sind wir dabei, sie neu zu projektieren und eventuell auch einen anderen Standort zu suchen, der aber immer in der Nähe von dem Standort sein sollte, wo sich die Hütten heute befinden. Die Kosten für die Sanierung der Immobilien sind unserer Ansicht nach gerechtfertigt. Wir werden diese dann auch angehen, sofern wir die finanziellen Mittel zur Verfügung haben.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Eine Frage ist natürlich schon offen geblieben, nämlich jene, ob diese Verwahrlosung, die in manchen Fällen wirklich gegeben war, nicht auf eine mangelnde Instandsetzungsarbeit von Seiten des CAI zurückzuführen ist. Wenn die Landesregierung diesbezüglich ehrlich ist, dann ist diese Frage nur mit Ja zu beantworten. Sie erinnern sich sicher daran – hier sei die lobenswerte Initiative des Landeshauptmannes erwähnt –, als vor zwei Jahren das Kaiserin-Elisabeth-Schutzhaus am Becher im Sommer nicht mehr geöffnet werden konnte, weil das Dach beschädigt war und sich der CAI geweigert hat, dasselbe instand zu setzen. Für ein Haus ist es unabhängig davon, ob es im Hochgebirge oder im Tal steht, essentiell, dass es ein dichtes Dach hat. Wenn eine Organisation, die für diese Hütten verantwortlich ist, keinerlei Instandsetzungsarbeiten vornimmt, und das über Jahrzehnte hinweg, dann ist das Resultat am Ende jenes, dass man Hütten hat, die in baufälligem Zustand sind. Sie haben ja auch die Forderung des CAI mitbekommen, dass er jetzt teilweise Ablösen für Kücheneinrichtungen haben möchte. Wenn man mit diesen Forderungen konfrontiert wird, dann sollte man auch die Frage stellen, ob nicht auch der CAI mit zur Verantwortung gezogen werden sollte, nachdem er für den desolaten

Zustand der Hütten verantwortlich ist. Der CAI hat jahrelang von diesen Hütten profitiert, aber die Kosten für die Instandsetzung wird jetzt das Land, also der Steuerzahler, tragen müssen. Diese Frage ist durchaus berechtigt. Wenn jetzt die Regelung getroffen wird, dass der CAI und der AVS diese Hütten gemeinsam führen, dann habe ich grundsätzlich nichts dagegen, aber man sollte die Forderungen des CAI ablehnen, da er über Jahrzehnte hinweg keine finanziellen Mittel in diese Hütten gesteckt hat.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zu **Anfrage Nr. 8/05/11** vom 4.4.2011, eingebracht von den Abgeordneten Knoll und Klotz, betreffend Internetanbindung – Glasfaserkabel. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Viele Orte in Süd-Tirol sind noch immer weiße Flecken auf der Landkarte, was die Anbindung an schnelles Internet anbelangt. Dies führt zu einer Verminderung der Lebensqualität im ländlichen Raum und ist für die dortigen Betriebe wirtschaftsschädigend.

1. Bis wann rechnet die Landesregierung damit, Süd-Tirol flächendeckend in allen Gemeinden mit schnellen Internetverbindungen anbinden zu können?
2. In welchen Gemeinden gibt es bereits Glasfaserkabelanbindungen?
3. Werden bei der derzeitigen Glasfaserkabelverlegung nur die Hauptorte der Gemeinden berücksichtigt, oder auch die Fraktionen?

MUSSNER (Landesrat für Bauten, ladinische Schule und Kultur und Vermögensverwaltung – SVP): Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Breitbandanbindung ist unserer Ansicht in den letzten Jahren beträchtlich erweitert worden. Daher scheinen nur mehr wenige Fraktionen ohne eine Internetverbindung auf, aber diese sollen sobald wie möglich auch mit Internet abgedeckt werden.

Wir haben vor ungefähr 30 Tagen einen Dreijahresplan beschlossen, der vorsieht, dass Ende 2013 alle Gemeinden in Südtirol mit Glasfaserkabeln versorgt sein sollen. Die Landesregierung hat auch die dafür notwendigen Geldmittel zur Verfügung gestellt.

Alle Gemeinden, welche sich längs der Talsohle des Eiscktales, Unterlandes, Vinschgau und Pustertales befinden, sind bereits mit Glasfaserkabeln von Seiten des Landes oder der Telecom oder Brennercom verbunden. Von 161 sich in Südtirol befindlichen Telefonzentralen können 115 den ADSL-Dienst anbieten. In Bezug auf das letzte fehlende Drittel wollen wir demnächst intervenieren, gemeinsam mit der Telecom. Zur Zeit sind wir dabei, darüber zu sprechen, ob wir einen entsprechenden Vertrag unterzeichnen. Das wird sich innerhalb Mai entscheiden.

Die Glasfaserkabelverbindung einer Fraktion hängt davon ab, wie weit entfernt sich diese vom Hauptort befindet. Wenn es die Entfernung nicht erlaubt, den ADSL-Dienst anzubieten, wird für die Verlegung der Glasfaserkabeln und der entsprechenden Geräte gesorgt, damit diese Möglichkeit auch innerhalb der Gemeinde geschaffen wird. Wir sind zur Zeit dabei, mit dem Gemeindenverband bzw. mit den einzelnen Gemeinden zusammenzuarbeiten.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Dies ist ein ganz wichtiges Thema, vor allem auch deshalb, weil die Landesregierung Maßnahmen zur Verhinderung der Abwanderung im ländlichen Raum treffen möchte. Die Internetverbindung ist ein ganz wichtiges Element geworden. Ich erinnere daran, dass sich immer wieder Unternehmen beim Land beschwerten, weil sie einen Wettbewerbsnachteil haben, da Gästebetriebe teilweise keine Online-Buchungen entgegennehmen können, Kleinunternehmen Probleme haben, ihre Produkte übers Internet zu verkaufen usw. Es ist mir natürlich schon klar, dass so etwas über Nacht entstehen kann, aber das Problem besteht vor allem in den Fraktionen. Die Menschen leben ja nicht nur in den Hauptorten der Gemeinden. Südtirol ist nun einmal nicht nur durch Ballungszentren, sondern auch durch den ländlichen Raum geprägt. Wenn man möchte, dass die Leute dort bleiben, dann braucht es eine bestmögliche Anbindung an das Internet. Was früher die Straßen waren, ist inzwischen die Kommunikation. Ich sehe, dass es in meiner Heimatgemeinde das Problem gibt, dass es teilweise nicht funktionierende Telefonanschlüsse gibt. Die Telecom stellt keine neuen Masten mehr auf. Wenn man bei uns in den Wald geht, dann stellt man fest, dass die Telefonleitungen von einem zum nächsten Baum gespannt werden. Bei jedem Wind oder Gewitter, das kommt, fällt die Telefonleitung und damit auch die Internetverbindung. Ich bitte die Landesregierung also, diese Kosten nicht zu scheuen, denn das ist eine Investition in die Zukunft.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zu **Anfrage Nr. 9/05/11** vom 4.4.2011, eingebracht von den Abgeordneten Knoll und Klotz, betreffend unreflektierte Ezra Pound Verehrung und die damit verbundene Relativierung rechtsradikalen Gedankengutes. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Der Aufmarsch rechtsradikaler Italiener, am 5. März in Bozen, war ein unwürdiges Schauspiel nationalistischen Gedankengutes, das es zu verurteilen gilt. Mitorganisatoren dieses Faschisten-Aufmarsches waren die Organisationen rund um CASA-POUND, die offenkundig völlig ungestraft ihr rechtsradikales Gedankengut verbreiten. In den Räumlichkeiten des Wohnbauinstitutes des Landes Süd-Tirol, unterhält diese Organisation ein Lokal, in welchem ebenfalls rechtsradikale Hetzschriften verbreitet werden.

1. Wird die Landesregierung dieser Organisation nun endlich eine Kündigung aussprechen und es allenfalls auch auf einen Rechtsstreit ankommen lassen?
2. Wie steht die Landesrätin für Schule und Kultur zur unreflektierten Verehrung von Ezra Pound in Süd-Tirol? Man denke beispielsweise an den Pound-Themenweg in Gais und diverse andere Veranstaltungen zu Ehren von Ezra Pound?

KASSLATTER MUR (Landesrätin für deutsche Schule, Denkmalpflege, Bildungsförderung, deutsche Kultur und Berufsbildung – SVP): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Sven Knoll, die Vermittlung dieser Lokale ist mittels einer öffentlichen Ausschreibung erfolgt, an der sich vier Interessenten beteiligt haben. Der Vertrag wurde dieser Organisation aufgrund der Vorgaben zuerteilt. Eine vorzeitige Kündigung ist nicht möglich. Dennoch hat sich die Landesregierung in ihrer Sitzung mit der Thematik befasst. Die Vereinigung wird auf Antrag des Wohnbauinstitutes von der Quästur überwacht, und mein Kollege Tommasini wird auch ein Auge darauf halten, auf jeden Fall für die Zeit der Miete.

Zu Ezra Pound. Das ist eine längere Geschichte, denn ich habe jede Menge Unterlagen zu ihm. Ich möchte nur Folgendes sagen: Es steht außer Frage, Kollege Knoll, dass eine unreflektierte Verehrung Ezra Pounds nicht stattfinden sollte. Ich glaube aber schon, dass er als Literat und Musiker und in diesem Fall in Bezug auf sein literarisches Werk betrachtet werden kann. Er hat sich von Mussolinis Propaganda irreführen lassen. Andererseits verdanken wir auch ihm den Umstand, dass in der Weltliteratur vom "Kapuzinerwastl" als Symbol faschistischer Unterdrückung in Südtirol die Rede ist. Ezra Pound hat seine Tochter in eine Bauernfamilie nach Gais gegeben, das heißt, er hat die Erziehung seiner einzigen Tochter einer Südtiroler Bauernfamilie anvertraut. Gerade in Zusammenhang mit Südtirol kommt eine kritische Einstellung seinerseits zu den Übergriffen des faschistischen Regimes klar zum Ausdruck. Der Kulturweg in Gais ist drei literarischen Gestalten gewidmet, die mit Gais in Verbindung standen: Oswald von Wolkenstein, Ezra Pound, Mary de Rachewiltz und der Bildhauerfamilie Pacher. Soviel zur Klarstellung dieser Angelegenheit.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Frau Landesrätin, Sie wissen, dass ich dieses Thema schon seit längerer Zeit verfolge, weil es mir besonders wichtig ist, hier ganz klare Positionen zu beziehen. Ezra Pound ist keineswegs nur vom Faschismus verführt worden, denn er hat aktiv zur Verbreitung des Faschismus beigetragen. Ich erinnere an seine antisemitischen Hetzreden in "Radio Roma", die in eklatanter Weise die Würde des Menschen verletzt haben. Wenn man in Südtirol einen Themenweg macht und den Leuten nicht erklärt, wer die Person Ezra Pound war, wenn man im Bruneck im Stadttheater Informations- und Literaturabende zu Ezra Pound macht, dann ist das eine Würdigung seines gesamten Lebens. Wenn man in dieses Leben nicht den Aspekt einfließen lässt, dass man die Menschen aufklärt, dann ist das problematisch. Dann wird im gleichen Maße auch der Teil seines Lebens, der seine faschistische Vergangenheit anbelangt, verharmlost. Wir haben ja nicht nur Ezra Pound. Nehmen Sie das Beispiel von Leni Riefenstahl. Sie erinnern sich sicher noch an die Diskussion, als sie vor ungefähr zehn Jahren nach Südtirol kommen wollte. Es hat diese Diskussion zu Recht gegeben, denn man kann das Leben von Leni Riefenstahl nicht nur unter dem Aspekt betrachten, der nach dem Zweiten Weltkrieg stattgefunden hat. Sie mag zwar als Filmeschafferin ihre Qualitäten gehabt haben, aber sie war eine Nationalsozialistin, genauso wie Ezra Pound ein glühender Faschist war. Wenn wir hier auf das Büro des Wohnbauinstitutes zurückkommen, so wissen Sie, dass sich "Casa Pound" nicht umsonst so nennt. Der Vorsitzende von "Casa Pound" in Südtirol ist kürzlich wegen faschistischer Wiederbetätigung verurteilt worden, und dass sich das Land einfach zurücklehnt und sagt, dass es nichts machen könne, ist mir zu wenig, Frau Landesrätin. Es mag zwar sein, dass die Kriterien, wie diese Leute zu diesem Büro gekommen sind, rechtens waren, aber die Landesregierung sollte sagen, dass sie sich mit diesem nationalistischen Gedankengut nicht identifizieren kann, und deshalb eine Kündigung ausspre-

chen. Dann soll es eben zum Prozess kommen. Sich einfach zurückzulehnen und die Hände in Unschuld zu waschen, Frau Landesrätin, ist ein bisschen zu wenig.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zu **Anfrage Nr. 10/05/11** vom 4.4.2011, eingebracht von den Abgeordneten Klotz und Knoll, betreffend Landesversammlung der SVP – Unterstützung durch Betriebe. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Auf großem Bildschirm wurde bei der Landesversammlung der SVP am 26. März in Meran folgenden Betrieben bzw. Dachmarken, deren Logos auch groß auf dem Bild eingeblendet waren, "für die Unterstützung" gedankt: Brauerei Forst, Firma Senfter und die Dachmarken "Marlene" bzw. "Qualität Südtirol- Milch und Milchprodukte".

Welcher Art war die Unterstützung?

Welche dieser vier Betriebe bekommen bzw. haben Beiträge von öffentlicher Hand bekommen und in welcher Höhe jährlich?

Wenn diese Betriebe öffentliche Förderungen, welcher Art auch immer, erhalten haben oder erhalten, ist es dann rechtens, dass sie einen Parteitag unterstützen?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Laut Auskunft der Landesleitung der Südtiroler Volkspartei hat es sich bei der Förderung der Landesversammlung durch verschiedene Betriebe um ein sehr bescheidenes Produkt-Sponsoring gehandelt. Es sind lediglich Wasser, Äpfel und andere Produkte bereitgestellt worden, wobei das Gesamtausmaß mit einer Summe zwischen 1.000 und 2.000 Euro angegeben wurde. Die entsprechenden Staatsgesetze sehen vor, welche Beträge und Spenden veröffentlicht werden müssen. Artikel 4 des Staatsgesetzes Nr. 659 vom 18.11.1981 legt fest, dass Zuwendungen von mehr als 50.000 Euro veröffentlicht werden müssen. In diesem Fall sind es wirklich Kleinigkeiten, und Joghurts oder ein paar Kisten Äpfel werden bei jeder Versammlung bereitgestellt, wenn darum angesucht wird. Deshalb von illegalem Sponsoring zu sprechen, ist schon eine große Unterstellung.

Was die nächste Frage anbelangt, möchte ich etwas klarstellen, auch für den Kollegen Egger, der diesbezüglich gewisse Zweifel hegt. Das Landesgesetz Nr. 17 aus dem Jahr 1993 legt im Artikel 28 wortwörtlich Folgendes fest: *"Mit der Veröffentlichung im Amtsblatt der Region und auf der Website des Landes Südtirol, vorausgesetzt sie ist vollinhaltlich, ist das Recht auf Zugang zu den Unterlagen als gewährleistet angesehen."* Nachdem wir die einzelnen Beiträge auf der Website und im Amtsblatt veröffentlichen, ist es nicht mehr notwendig und auch nicht zulässig, dass wir die einzelnen Beiträge den Landtagsabgeordneten noch einmal mitteilen. Die Kolleginnen und Kollegen haben die Möglichkeit, im Internet nachzuschauen, welche Beiträge die einzelnen Organisationen und Verbände erhalten. Deshalb ist es meiner Meinung nach nicht mehr notwendig, dass wir die gesamten Beiträge noch einmal herausuchen. Sie alle haben Mitarbeiter in Ihren Sekretariaten und können mit dem Internet besser arbeiten als ich. Sie können sich die Beiträge also jederzeit herausuchen. Ich möchte ganz offen sagen, dass ich auf das, was bereits im Internet und im Amtsblatt der Region veröffentlicht ist, nicht mehr zusätzlich antworte. Jedem, der genaue Rechtsauskünfte haben möchte, werde ich diese selbstverständlich zur Verfügung stellen. Sollte sich etwas anderes herausstellen, dann bin ich gerne bereit, darauf zu antworten. Es gibt Urteile und Rechtsgutachten, die besagen, dass das, was im Internet veröffentlicht ist, nicht noch einmal mit weiß Gott welchem Arbeitsaufwand wiederholt werden muss. Ich hoffe, dass die Kolleginnen und Kollegen das einsehen. Damals hat man uns gesagt, dass wir das tun sollten, um die Ämter zu entlasten. Schließlich braucht es für diese Arbeit auch entsprechende Beamte.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Landeshauptmann, Sie haben die Hälfte Ihrer Zeit dafür verwendet, um zwei ganz bescheidene Fragen nicht beantworten zu müssen. Sie haben gesagt, welcher Art die Unterstützung war, nämlich ein paar Äpfel und ein bisschen Wasser, und haben sich darauf hinausgeredet, dass wir uns das im Internet anschauen sollten. Der Hintergrund ist ein ganz anderer. Ich habe hier nur eine blasse Kopie davon, aber es wurde ganz groß und für alle Fernsehstationen ersichtlich die Marke "Marlene" beworben. Die Betriebe Forst und Senfter werden keine Beiträge bekommen und "Qualitätsprodukte Milch" auch nicht. Dass diese bei einem Parteitag groß eingeblendet werden, halte ich ...

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Hier geht es um die Förderungen durch die öffentliche Hand! Hier verwechseln Sie wirklich Ihr Haus drüben mit der öffentlichen Hand! Hier wird diese Art von Vermischung zwischen SVP und dem Südtiroler Volk verklickert! Diese riesigen Bildschirme ...

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Nein, Herr Landeshauptmann, das ist wirklich keine Aussage eines Landeshauptmannes! Das ist politisch nicht sauber! Dass diese Betriebe beworben werden und auf Bildschirmen groß aufscheinen, ist nicht in Ordnung!

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Natürlich geht es Sie etwas an, wenn bei einem Parteitag ...

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Landeshauptmann, ich möchte nicht wissen, was passieren würde, wenn die Freiheitlichen oder wir so etwas machen würden.

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Nein, wir machen dieses unsaubere Spiel sicher nicht, nur damit das Ihre legitimiert wird!

PRÄSIDENTIN: Die Behandlung der Anfragen Nr. 11/05/11 und Nr. 12/05/11 wird in Erwartung des Eintreffens von Landesrat Widmann kurzfristig ausgesetzt.

Die Anfrage Nr. 13/05/11 kann aufgrund der entschuldigenden Abwesenheit von Landesrat Laimer nicht behandelt werden und wird somit innerhalb von fünf Tagen schriftlich beantwortet.

Wir kommen **Anfrage Nr. 14/05/11** vom 4.4.2011, eingebracht vom Abgeordneten Egger, betreffend Landesbeiträge an Wirtschafts- und Sozialverbände – neuerliche Anfrage. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

EGGER (Die Freiheitlichen): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Ich hoffe, dass es laut Geschäftsordnung gestattet ist, dass ich die Anfrage verlese, auch wenn der Landeshauptmann schon angedeutet hat, dass er nicht gedenkt, sie zu beantworten. Ich lese sie einmal vor, dann werden wir ja sehen.

Bauernbund und Verbände der gewerblichen Wirtschaft, landesweit tätige Sozialverbände und Interessensvertretungen der Arbeitnehmer sowie der Konsumenten, alle erhalten – der eine mehr, der andere weniger – Beiträge von Seiten des Landes.

So hat zum Beispiel der Landesverband der Handwerker (LVH) laut offizieller Auskunft von LR Widmann im Jahre 2008 ca. 1,2 Mio. Euro vom Land erhalten. Zum Zwecke des Vergleiches und auch im Sinne einer transparenten Verwendung der Steuergelder möchte der Unterfertigte wissen, wie viel obige Verbände und Interessensvertretungen in den letzten drei Jahren jeweils an Landesbeiträgen erhalten haben.

An die Landesregierung ergehen in diese Zusammenhang folgende Fragen:

1. Wie hoch waren die Landesbeiträge, welche in den Jahren 2008, 2009 und 2010 an obige Verbände und Interessensvertretungen ausbezahlt wurden (bitte den jeweiligen Gesamtbetrag pro Verband und Jahr angeben)?
2. Welche Beiträge werden obige Institutionen, laut derzeitigem Wissensstand, im Jahre 2011 vom Land erhalten?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Ich möchte das wiederholen, was ich bereits vorher gesagt habe. Selbstverständlich antworte ich auf die Anfrage, aber in der Form, dass ich sage, dass sämtliche Beiträge im Amtsblatt der Region und im Internet veröffentlicht worden sind. Deshalb hat jeder Kollege und jede Kollegin die Möglichkeit, dies abzurufen. Als wir das damals eingeführt haben, ist damit argumentiert worden, dass jeder Bürger, nicht nur jeder Abgeordnete, die Möglichkeit haben muss, zu sehen, welche Beiträge die einzelnen Verbände und Organisationen erhalten haben. Sie können

doch nicht von mir verlangen, dass ich die Büros mit solchen Dingen beschäftige. Es ist die Aufgabe der einzelnen Abgeordneten, dass sie sich die Informationen, die ihnen zur Verfügung stehen, so zusammenstellen, wie sie sie politisch benötigen. Der eine will damit das beweisen, der anderen will etwas anderes beweisen. Jeder soll dieselben Voraussetzungen haben, und deshalb ist es richtig, dass das so gemacht wird. Kollege Egger, wir brauchen nicht lange herumzureden. Ich gebe Ihnen gerne dieses juristische Gutachten, damit Sie das überprüfen lassen können. Auf jeden Fall ist das ein Grundsatz, den ich aufrecht erhalten muss. Sonst kommt jeder Abgeordnete mit der Aufforderung, dass wir diesen und jenen Beitrag zusammenzählen, und unsere Mitarbeiter haben im Interesse der Bevölkerung wirklich etwas anderes zu tun.

EGGER (Die Freiheitlichen): Zum Fortgang der Arbeiten. Frau Präsidentin, ich ersuche Sie, uns Abgeordneten Ihren Rechtsstandpunkt zu erläutern. Ich weiß, dass Sie ein Rechtsgutachten eingeholt haben, und ich ersuche Sie um die Erläuterung der rechtlichen Situation, damit die Öffentlichkeit weiß, welche Rechte wir Abgeordneten der Opposition haben. Uns wird ja immer wieder gesagt, dass wir die Aufgabe hätten zu kontrollieren. Wenn wir dann aber kontrollieren und fragen, wie viele Beiträge beispielsweise die Kaufleutevereinigung erhält, dann ist das plötzlich zu viel Arbeit für die Landesverwaltung! Es ist schon unsere Pflicht zu kontrollieren. Herr Landeshauptmann, ich rede jetzt nicht mit Ihnen – seien Sie mir nicht böse –, sondern frage die Präsidentin um Ihre Rechtsauskunft in dieser Angelegenheit. Natürlich behalte ich mir meine Replik vor.

PRÄSIDENTIN: Herr Kollege Egger, wie versprochen, haben wir das genau geprüft. Natürlich ist die "Aktuelle Fragestunde" in der Geschäftsordnung als Kontrollorgan der Abgeordneten gegenüber der Regierung vorgesehen, aber die Art der Antwort, die die Mitglieder der Landesregierung geben, steht ihnen im Grunde genommen frei. Es ist keine Sanktion vorgesehen und es ist eine rein politische Verantwortung. Deshalb würde ich vorschlagen, dass man das Ganze mit ein bisschen "buon senso" angeht. Es ist die erste Anfrage an diesem Tag, in der auf das Internet verwiesen wird. Man sollte akzeptieren, dass die Mitglieder der Landesregierung nicht irgendwelche Zahlen vorlesen, die im Internet zu finden sind. Vielleicht könnte mitgeteilt werden, wo genau im Internet diese Zahlen zu finden sind. Ich habe heute das heute auch in der Fraktionssprechersitzung thematisiert. Wenn die Abgeordneten es wünschen, dann könnte man versuchen, eine Verhaltensrichtlinie auszuarbeiten, mit der sowohl die Mitglieder der Landesregierung, als auch die Abgeordneten leben können. Wie gesagt, es gibt keine Sanktion, und deshalb ist es eine rein politische Verantwortlichkeit der Mitglieder der Landesregierung. Etwas anderes ist das Recht auf den Zugang zu Verwaltungsunterlagen, wie es von den Abgeordneten der Grünen vorexerziert worden ist. Das ist aber ein Recht, das nicht nur in der Geschäftsordnung vorgesehen, sondern auch gesetzlich geregelt ist. Die Abgeordneten haben Zugang zu allen Verwaltungsunterlagen und können dies beim Landeshauptmann oder bei der Landtagspräsidentin schriftlich beantragen. Bei einer negativen Antwort können sie sich auch an ein Gericht wenden und dieses Kontrollrecht gerichtlich durchsetzen.

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

PRÄSIDENTIN: Das ist jetzt einmal auserziert worden, und man hat ja nicht in Frage gestellt, ob das Kontrollrecht da ist, sondern ob dieses Kontrollrecht auch gegenüber Gesellschaften mit Landesbeteiligung gilt. Ich denke schon, dass das jetzt geklärt ist und es in Zukunft somit keine Schwierigkeiten mehr geben wird.

Herr Abgeordneter Egger, Sie haben das Wort für die Replik.

EGGER (Die Freiheitlichen): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann, offensichtlich liegt einiges im Argen, wenn Sie mir auf so einfache Fragen antworten, dass es die Landesverwaltung nicht schaffen würde, mir mitzuteilen, wie viele Beiträge die großen Wirtschafts- und Sozialverbände im Land erhalten haben. Die Frau Landtagspräsidentin hat gesagt, dass es laut Geschäftsordnung keine rechtliche Handhabe, also keine Verpflichtung der Regierung gibt, uns zu antworten und wir uns an das Gericht wenden sollten. Also, wenn das der gewünschte Weg ist ...

PRÄSIDENTIN: Herr Kollege Egger, ich habe nicht gesagt, dass Sie sich an ein Gericht wenden sollen. Wenn man keine rechtliche Handhabe hat, kann man sich eben nicht an ein Gericht wenden. Etwas anderes ist das Recht auf den Zugang zu Verwaltungsakten. Wenn die Informationen im Internet sind, können Sie sie sich ja anschauen. Die Frage ist, ob Sie das Recht haben, dass Ihnen der Landesrat eine Anfrage so beantwortet, wie

Sie es wünschen. Dieses Recht haben Sie meines Erachtens nicht. Das sind zwei getrennte Angelegenheiten. Deshalb bitte ich Sie, diese zwei Kontrollfunktionen nicht durcheinanderzubringen.

EGGER (Die Freiheitlichen): Frau Präsidentin, Sie können beruhigt sein, ich bringe das sicher nicht durcheinander. Nachdem es laut Geschäftsordnung keine Sanktionen gibt, müssen wir eben versuchen, einen anderen Weg einzuschlagen. So habe ich das interpretiert und so hat es wohl jeder verstanden.

Herr Landeshauptmann, wenn Sie sich energisch dagegen aussprechen, dass wir in Südtirol eine Landeskontrollstelle schaffen, wie sie die Kollegen Noggler und Schuler vorschlagen, und damit argumentieren, dass wir Abgeordnete seien und es unsere Aufgabe sei zu kontrollieren, dann müssen Sie uns auch Antworten geben! Es ist wohl keine Unverschämtheit, in Südtirol zu verlangen ...

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

EGGER (Die Freiheitlichen): Herr Landeshauptmann, ich stelle Ihnen eine Frage und hätte, bei allem Respekt, gerne eine vernünftige Antwort! Sie können einem Abgeordneten doch nicht antworten "Geh ins Internet"! Mit dieser Antwort kann ich mich nicht zufriedengeben, Frau Präsidentin!

PRÄSIDENTIN: Ich schlage noch einmal vor, dass wir im Präsidium versuchen, eine Richtlinie über die Verhaltensweisen der Mitglieder der Landesregierung bei der Beantwortung von aktuellen Anfragen und in Bezug auf die Fragen, die gestellt werden, auszuarbeiten. Wenn es sich tatsächlich um sehr viele Zahlen handelt, die jemand im Internet konsultieren kann, dann kann der Landesrat meiner Meinung nach auf das Internet verweisen.

Wir kommen zu **Anfrage Nr. 11/05/11** vom 5.4.2011, eingebracht von den Abgeordneten Knoll und Klotz, betreffend nur einsprachige Unterlagen für Vorbereitung zum Fahrerqualifizierungsnachweis. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Für die Vorbereitung zur Erlangung des Fahrerqualifizierungsnachweises (FQN) gibt es angeblich nur italienischsprachige Prüfungsunterlagen.

Für den schriftlichen Test liegen die Prüfungsfragen auch in deutscher Sprache auf. Einige Fahrschulen müssen deshalb angeblich einen Teil der Unterlagen notdürftig selbst übersetzen.

1. Stimmt es, dass diese Unterlagen nur in italienischer Sprache vorliegen?
2. Warum gibt es in Süd-Tirol keine offiziellen Lernunterlagen in deutscher Sprache?

WIDMANN (Landesrat für Industrie, Handel, Handwerk, Mobilität und Personal – SVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht so, wie Sie es zitiert haben. Grundsätzlich ist es nämlich so, dass die Schülerinnen und Schüler die Führerscheinqualifizierungsnachweise in den Fahrschulen abhalten müssen. Die Unterlagen für die Vorbereitungskurse bei den Fahrschulen liegen normalerweise sehr wohl in beiden Sprachen vor. Ich weiß nicht, um welche Fahrschule es sich handelt, aber ich kann das sehr gerne überprüfen. Grundsätzlich ist es nicht die Aufgabe der Verwaltung, die Unterlagen für private Unternehmen zu übersetzen. Das ist die Aufgabe der Fahrschulen. Die Unterlagen des Landes liegen natürlich in beiden Sprachen auf, und ich bin davon überzeugt, dass sämtliche Fahrschulen des Landes zweisprachige Unterlagen haben.

Vorsitz des Vizepräsidenten | Presidenza del vicepresidente: Mauro Minniti

PRESIDENTE: Il consigliere Knoll rinuncia alla replica.

Passiamo all'**interrogazione n. 12/05/11** del 5.4.2011, presentata dai consiglieri Knoll e Klotz, riguardante patente internazionale solo in lingua italiana. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Viele Bürger beanstanden immer wieder, dass von staatlichen Behörden die Pflicht zur Zweisprachigkeit missachtet wird. Leider muss dies auch bei Landesämtern zuweilen festgestellt werden. So wird beispielsweise der Internationale Führerschein, der vom Landesamt für Mobilität ausgestellt wird, nur in italienischer Sprache abgefasst.

1. Warum wird der Internationale Führerschein nur in italienischer Sprache ausgehändigt?
2. Verstößt das Landesamt für Mobilität gegen die Bestimmungen zur Zweisprachigkeit, wenn es einsprachige Dokumente ausstellt?

3. Welche Maßnahmen wird das Landesamt ergreifen, um den Internationalen Führerschein auch in deutscher Sprache abzufassen?

WIDMANN (Landesrat für Industrie, Handel, Handwerk, Mobilität und Personal – SVP): Sehr verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass Sie diesbezüglich nicht ganz korrekt informiert sind oder dass Ihnen jemand nicht das gesagt hat, was der Fall ist. Die internationalen Führerscheine sind bilaterale Abmachungen zwischen vielen Staaten. Wenn ich Ihnen alle Staaten vorlesen würde, so würde das etwa fünf Minuten dauern. Deshalb nenne ich Ihnen beispielsweise Ukraine, Ungarn, Usbekistan, Zaire, Zimbabwe, Zentralafrikanische Republik usw. Es sind ungefähr 100 Staaten der Welt an dieser Abmachung beteiligt. Es geht auf eine Abmachung in Genf im Jahr 1949 zurück. Die zweite Abmachung wurde in Wien 1968 geschlossen. Jeder Staat muss in seinem internationalen Führerschein zwei Seiten in seiner eigenen Sprache haben. Die Seite 6 ist in Deutsch abgefasst, die Seite 7 in Italienisch und 2 Seiten sind in Französisch abgefasst. Das ist in allen Staaten, die diese Vereinbarung unterschrieben haben, so. Theoretisch müssten wir diese internationalen Vereinbarungen integrieren, und das wäre nicht möglich. Man könnte es versuchen, aber es wäre Arbeit umsonst. Nachdem das in mehr als 100 Staaten der Welt so ist, wird es für uns auch gut gehen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es da Probleme gibt.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Landesrat, ich habe ja eine Beilage hinzugefügt. Das ist der Ausdruck, den man vom zuständigen Landesamt bekommt. Dieser Vordruck ist in italienischer Sprache, fertig! Dass auf irgendwelchen hinteren Seiten der Formtext in mehreren Sprachen vorhanden ist, geht schon in Ordnung.

WIDMANN (SVP): *(unterbricht)*

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ja, das ist mir schon klar, aber der Teil, der vom Land ausgefüllt bzw. ausgehändigt wird, ist nur in italienischer Sprache abgefasst? Warum? Nachdem dieser Teil vom Land ausgehändigt wird, sollte er doch zweisprachig sein. Dieselbe Diskussion hat es früher beim Führerschein gegeben. Der war ja auch nur in italienischer Sprache abgefasst. Ich habe meinen Führerschein, als ich ihn im Jahr 1998 gemacht habe, auch noch so bekommen. Mit der neuen Karte ist es jetzt gelungen, den Text zweisprachig abzufassen. Warum sollte man das nicht auch hier machen? Es kann doch nicht das Argument zählen, dass das vergebliche Mühe sei. Wenn Dokumente in Südtirol ausgestellt werden, dann muss auch gewährleistet werden, dass sie in beiden, wenn nicht sogar auch in der dritten Landessprache ausgestellt werden. Sich darauf zu berufen, dass das international so Usus ist, ist mir zu wenig. International gibt es nun einmal keine Autonomie! Es gibt unzählige Regionen auf der Erde, in denen Minderheiten das Recht beanspruchen können, dass ihre Muttersprache verwendet wird. Der Landesregierung würde kein Zacken aus der Krone brechen, wenn sie die Eintragung einer zusätzlichen Sprache beantragen würde.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 15/05/11 del 6.4.2011, presentata dal consigliere Leitner, riguardante Tirol – la Laimburg cosa sta realizzando sul "Putzengütl"? Prego di dare lettura dell'interrogazione.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Dem Unterfertigten wurde mitgeteilt, dass in Dorf Tirol, auf dem Grundstück Putzengütl oberhalb Merans, das der Autonomen Provinz Bozen gehört und von der Laimburg bearbeitet wird, auf Hochtouren in einer Nacht-und Nebenaaktion mit Bautätigkeiten begonnen worden sein soll. Konkret sollen am Wochenende (Samstag (26. März) und Sonntag (27. März) den ganzen Tag über laute Felsspitzarbeiten durchgeführt worden sein. Am Freitag, den 1. April 04 kamen ab 18.00 Uhr noch Betonmischmaschinen hinzu. Es scheint wieder ein sehr teures und vor allem hochmodernes Bauwerk (Abbruch und Erweiterung) gebaut zu werden.

An die Landesregierung werden folgende Fragen gerichtet:

1. Welche Bautätigkeiten werden derzeit auf dem "Putzengütl" in Dorf Tirol durchgeführt?
2. Welchen konkreten Dienst erfüllt das zu verwirklichende Bauwerk für die Versuchsanstalt Laimburg?
3. Wann hat die Gemeinde Dorf Tirol die entsprechende Baukonzession ausgestellt?
4. Welche Firma führt bzw. welche Firmen führen die Arbeiten durch?
5. Worin besteht die Dringlichkeit, dass sogar übers Wochenende gebaut wird?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Es handelt sich bei diesem Bau um den Abbruch und Wiederaufbau des bestehenden, baufälligen Wohngebäudes. Im Wohngebäude ist eine Arbeiterwohnung mit Unterkünften für Saisonarbeiter bzw. Erntehelfer vorgesehen. Weiters werden offene Stellplätze für landwirtschaftliche Maschinen, Lagerräume sowie ein Heizraum vorgesehen. Die entsprechende Baukonzession Nr. 2010/96 vom 20.10.2010 wurde nach Einsichtnahme in das Gesuch der Erteilung der Baukonzession von der Gemeinde Dorf Tirol erteilt. Die Landesregierung hat die Abteilung 11 Hochbau und technische Dienste damit beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen – Projektierung, Genehmigungseinreichungen, Ausschreibungen, Vergabe usw. – zu veranlassen. Die Bauarbeiten werden von der Firma Waldner Bau GmbH mit Sitz in Meran durchgeführt. Es besteht keine besondere Dringlichkeit, wobei die Gemeindebauordnung Nr. 31 vom 26.10.2010 der Gemeinde Dorf Tirol vorsieht, dass im Zeitraum von 10 Tagen vor Ostern bis zum 2. November allfällige Abbruch- und Ausbaurbeiten nicht durchgeführt werden können.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Landeshauptmann! Ich nehme das zur Kenntnis. Sie werden verstehen, dass sich Leute wundern, wenn das Land samstags und sonntags auch noch baut. Da muss wirklich eine besondere Dringlichkeit bestehen. Ich hoffe, dass die Wohnungen für die Einheimischen ebenso schnell gebaut werden wie jene für die Erntehelfer.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 16/05/11 del 7.4.2011, presentata dal consigliere Leitner, riguardante società fiduciarie. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

LEITNER (Die Freiheitlichen): An die Landesregierung werden folgende Fragen gestellt:

1. An welchen Energiegesellschaften sind Mitglieder der Landesregierung über eine Treuhandgesellschaft beteiligt?
2. An welchen weiteren Gesellschaften sind Mitglieder der Landesregierung über eine Treuhandgesellschaft beteiligt?
3. Wie hoch ist die jeweilige Beteiligung?
4. Welchen Zweck haben die jeweiligen Treuhandgesellschaften bzw. die Gesellschaften, an denen diese Anteile halten?
5. Wie viele Konzessionen sind an Gesellschaften ausgestellt worden, an denen Mitglieder der Landesregierung über eine Treuhandgesellschaft Anteile halten?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Als Landeshauptmann fühle ich mich nicht dafür zuständig, Auskünfte über die persönlichen Angelegenheiten der Landesräte zu erteilen. Ich kann die Anfrage also höchstens für mich persönlich beantworten und darf Ihnen in aller Form sagen, dass ich keiner Treuhandgesellschaft angehöre.

Im Sinne des Gesetzes Nr. 441 vom 5. Juli 1982 gibt es eine Verordnung betreffend die Offenlegung der Vermögenslage der Landtagsabgeordneten sowie der für die Wahlwerbung getätigten Ausgaben. Die einzelnen Landesräte müssen ihre Vermögenssituation und ihre Beteiligungen, die sie an den verschiedenen Gesellschaften haben, darlegen. Alle Landtagsabgeordneten müssen alljährlich eine Erklärung über ihre dinglichen Rechte auf unbeweglichen und beweglichen Gütern, die in öffentlichen Registern eingetragen sind, über ihre Anteile an sowie über die Ausübung der Funktionen als Mitglied des Verwaltungsrates oder des Aufsichtsrates einer Gesellschaft abgeben. Es ist die Formel "Bei meiner Ehre bestätige ich, dass diese Erklärung der Wahrheit entspricht" beizufügen. Auch eine Kopie der letzten Einkommenserklärung über die Einkommen der natürlichen Personen muss beigelegt werden. Weiters muss die Vermögenslage und die Steuererklärung des Ehegatten und der Kinder vorgelegt werden, sofern diese damit einverstanden sind. Diese Erklärungen der Abgeordneten werden alljährlich im Amtsblatt der Region veröffentlicht. Mehr kann ich Ihnen beim besten Willen nicht sagen, und ich glaube, dass dadurch wirklich absolute Transparenz gegeben ist. Wenn jemand nicht die Wahrheit sagt, kann nicht ich dafür gerade stehen. Soweit keine Interessenskonflikte auftreten, sind Beteiligungen an Gesellschaften zulässig. Jeder kann mit seinem Geld tun, was er will.

Es gibt das Instrument der sogenannten "fiduciaria", also der Treuhand, und jeder, der will, kann sich dieses Instrumentes bedienen. Sie wissen, dass ein genaues Verzeichnis vorhanden ist, laut dem Kontrollen durchgeführt werden können, und zwar von der Gerichtsbehörde und gewissen Kontrollorganen. Ansonsten kann die Treuhand operieren, ohne dass das betreffende Kapital dargelegt werden muss. Diese Einrichtung hat der Staat erfunden.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Landeshauptmann! Es liegt im Wesen von Treuhandgesellschaften, dass sie nicht veröffentlichen, wer dahinter steckt. Ich unterstelle keinem Mitglied der Landesregierung, bei einer Treuhandgesellschaft dabei zu sein, aber nachdem diese Spekulationen öffentlich aufgetreten sind, ist es im Interesse der Landesregierung, der Bevölkerung ganz klar zu sagen, was hier Sache ist. Wir haben einen Gesetzentwurf eingereicht, mit dem wir verlangen, dass dort, wo die Landesregierung Konzessionen vergibt, die Mitglieder auch öffentlich gemacht werden. Da ist öffentliches Geld dahinter! Sie alle kennen das Beispiel vom Windpark am Brenner, für dessen Errichtung zwei Firmen angesucht haben. Eine Firma ist mit 51 Prozent, die andere mit 49 Prozent beteiligt. Jetzt hat sich herausgestellt, dass diese beiden Firmen zusammen nur mehr 35 Prozent haben, während 65 Prozent einer Treuhandgesellschaft gehören. Das ist öffentliches Interesse, und deshalb hat die Bevölkerung ein Recht zu wissen, wer hinter dieser Treuhandgesellschaft steckt. Das Land hat eine Konzession vergeben, deren Subjekte bekannt waren, aber jetzt sind sie nicht mehr bekannt. Die Anteile können weiterverkauft werden und das Land hat keine Kontrolle darüber! So kann es unserer Meinung nach nicht gehen. Dass die Gerichtsbehörde überall Einsicht nehmen kann, ist selbstverständlich, und dass die Abgeordneten ihre Besitzverhältnisse öffentlich machen müssen ebenso. Wir möchten in dieser Sache einfach Transparenz. Wer nichts zu verstecken hat, wird es wohl veröffentlichen. Wir haben in Südtirol die Situation, dass viele Entscheidungen nicht mehr von der Politik, sondern von Gerichten getroffen werden. Die Tatsache, dass es eine Eingabe bei Gericht gebraucht hat, um die SEL-Verträge zu bekommen, sagt sehr viel über das System Südtirol aus. Wenn die öffentliche Hand fast zu 100 Prozent mit im Spiel ist, darf nichts verheimlicht werden. Nichts mehr als das verlangen wir, und wir werden diese Angelegenheit weiter verfolgen.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. **17/05/11** del 7.4.2011, presentata dal consigliere Leitner, riguardante dispositivi per il rilevamento della velocità – sentenza della Corte di cassazione. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Der Kassationsgerichtshof hat mit seinem Urteil Nr. 7785 vom 5. April 2011 festgelegt, dass eine Strafe wegen Überschreitung der zulässigen Geschwindigkeit annulliert werden kann, wenn bei der Feststellung des Vergehens kein Polizeibeamter anwesend war. Bezüglich einer notwendigen Eichung des Messgerätes sahen die Höchstrichter keine Probleme und wiesen den Rekurs dazu ab.

Grundlage für das gegenständliche Urteil ist der Rekurs eines Meraner Autofahrers, der gegen die Gemeinde Alkund geklagt hat, weil diese die Kontrolle einer externen Firma übergeben hat.

Die Landesregierung wird um die Beantwortung folgender Fragen ersucht:

1. Welche Südtiroler Gemeinden haben derzeit fixe Radargeräte aufgestellt?
2. Welche Gemeinden haben die Kontrollbefugnis an Externe weiter gegeben?
3. Wie viel haben die einzelnen Gemeinden an Strafgeldern eingenommen, aufgeteilt auf die einzelnen Jahre?
4. Welche Folgen bringt das Kassationsurteil vom 05.04.2011 mit sich?
5. Können jene Bürger, denen ein Strafbescheid ohne direkte Einbeziehung eines Verkehrspolizisten bei der Feststellung der Geschwindigkeitsübertretung das Geld zurückfordern?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Sie wissen, dass jedes Urteil, so auch das Urteil des Kassationsgerichtshofes Nr. 7785 vom 5. April 2011, nur eine Wirkung gegenüber denjenigen hat, die geklagt haben. Dieses Urteil besagt zwar, dass diese Einhebung unrechtmäßig war, aber das ist nur gegenüber demjenigen gültig, der geklagt hat. Andere, die nicht geklagt und die Strafe bezahlt haben, bekommen keine Rückerstattung. Derjenige, der ein noch behängendes Verfahren oder die Strafe noch nicht gezahlt hat, kann nach meiner Auffassung selbstverständlich einen entsprechenden Rekurs einreichen. Ob die Gemeinde dann weitere Schritte unternimmt, ist eine andere Frage. Als Privatperson würde ich das auf jeden Fall tun.

Was die Straf gelder anbelangt, möchte ich Ihnen jetzt nicht alles vorlesen. Ich übergebe Ihnen danach die entsprechende Liste.

Was die Radargeräte anbelangt, haben zur Zeit Terlan, Plaus, Truden, Neumarkt, Alkund/Forst entsprechende Geräte aufgestellt. Sie wissen, dass die Aufteilung der entsprechenden Gelder vorgenommen werden muss. Wir haben die Gemeinden auch entsprechend aufgeklärt. Es wurde mir mitgeteilt, dass sehr viele Anträge beim Regierungskommissariat aufliegen, um entsprechende Radargeräte anbringen zu können. Ich bin allerdings

der Meinung, dass der Hunger jetzt nicht mehr so groß ist, weil ja eine Aufteilung der Gelder vorgenommen werden muss.

PRESIDENTE: Il consigliere Leitner rinuncia alla replica.

Passiamo all'**interrogazione n. 18/05/11** del 8.4.2011, presentata dal consigliere Leitner, riguardante la strada provinciale di Prato all'Isarco – Fiè. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Leitner (Die Freiheitlichen): Immer wieder beklagen Bürger des Einzugsgebietes der Landesstraße Blumau/Völs die schlechten und gefährlichen Fahrverhältnisse. Auf eine Landtagsanfrage des Unterfertigten antwortete Bautenlandesrat Florian Mussner im August 2008, dass im Jahre 2006 ein Gesamtkonzept ausgearbeitet worden sei. Zur Verbreiterung der Fahrbahn, zur Errichtung von vier Tunnels und von vier Brücken sowie zur Hangsicherung waren sieben Abschnitte vorgesehen.

Am 31. März 2009 antwortete Landesrat Mussner dem Unterfertigten, dass diese Strecke zu den 25 prioritären Projekten des Landes gehöre und dass die aufeinanderfolgende Ausführung von der geologischen Priorität abhängt.

Es wird um die Beantwortung folgender Fragen ersucht:

1. Wie viele und welche der sieben Abschnitte des Gesamtkonzeptes wurden bisher verwirklicht?
2. Wann sollte ursprünglich das Gesamtkonzept umgesetzt werden?
3. Sollte der ursprünglich vorgesehene Zeitplan nicht eingehalten werden, welches sind die Gründe dafür?
4. Welches ist der aktuelle Stand bei der Verwirklichung des geplanten 555 Meter langen Tunnels im Abschnitt von Kilometer 3,4 und 4,2, der als der gefährlichste eingestuft wird?
5. Wann ist mit einem Abschluss des Gesamtprojektes zu rechnen, welche Kosten schlagen dafür zu Buche und wie hoch waren die ursprünglich veranschlagten Kosten?

MUSSNER (Landesrat für Bauten, ladinische Schule und Kultur und Vermögensverwaltung – SVP):

Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Vorgangsweise, die Sie in den Prämissen angegeben haben, bestätigen. Im Laufe des Monats Mai werden die Arbeiten für das erste Bauabschnitt von Kilometer 3,4 bis Kilometer 4,2 ausgeschrieben. Ende August, Anfang September kann dann mit den Arbeiten begonnen werden. Weiters werden im ersten Abschnitt zwischen Kilometer 0 und Kilometer 1 von der Abteilung 12 für ungefähr 300 Meter Verbreiterungsarbeiten durchgeführt.

Zu Frage Nr. 2. Das Gesamtkonzept wurde 2006 ausgearbeitet. Die Gesamtstudie sieht die Unterteilung der Strecke in 7 Abschnitte vor, deren geplante aufeinanderfolgende Ausführung auch von der geologischen Priorität abhängt. Um die Verkehrseinschränkung während der Arbeiten zu vermindern, wird jeweils ein Bauabschnitt nach dem anderen ausgeführt. Der erste Bauabschnitt wurde als der gefährlichste eingestuft und wird deshalb auch als erstes angegangen. Eine Möglichkeit wäre auch jene, die Straße für Jahre komplett zu sperren und über Waidbruck, Kastelruth und Völs hinaufzufahren, aber wir haben uns dazu entschieden, dass man weiterhin auf der Völser Straße fahren können soll.

Zu Frage Nr. 3. Die Umsetzung der restlichen Bauabschnitte hängt von der Position, die die verschiedenen Abschnitte der Völser Straße in der Prioritätenliste für Steinschlaggefahr besetzen sowie auch von der finanziellen Verfügbarkeit ab.

Zu Frage Nr. 4. Ich kann bestätigen, dass die Unterlagen bereits bei Dr. Tengler aufliegen, der die Ausschreibung innerhalb Mai durchführen wird.

Was die letzte Frage anbelangt, kann ich Ihnen sagen, dass die Termine für die restlichen Bauabschnitte noch zu bestimmen sind. Wir wollen jetzt mit dem Bauabschnitt 1 beginnen, wobei die Arbeiten circa zwei Jahren dauern werden. Die Kosten belaufen sich auf 11.994.000 Euro. Bei der Erarbeitung der Machbarkeitsstudie des Gesamtkonzeptes im Jahr 2006 wurden die Gesamtkosten mit einer Höhe von 46,7 Millionen geschätzt.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Ich bedanke mich für die Beantwortung und ersuche den Landesrat um Aushändigung der Unterlagen.

Vorsitz der Präsidentin | Presidenza della presidente: DDr.in Julia Unterberger

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zu **Anfrage Nr. 19/05/11** vom 8.4.2011, eingebracht vom Abgeordneten Leitner, betreffend Zweisprachigkeitsprüfung: Alle Kandidaten durchgefallen! Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Man kann es kaum glauben: bei der Zweisprachigkeitsprüfung am 6. April 2011 hat die 2. Kommission alle Kandidaten negativ bewertet. 23 Personen hatten sich zur Prüfung für das Diplom der Laufbahn „B“ angemeldet, 17 traten zur Prüfung an und alle 17 Kandidaten fielen durch.

Angesichts der Tatsache, dass Personen den Zweisprachigkeitsnachweis aus beruflichen oder anderen Gründen brauchen, der nächste Prüfungstermin aber erst in weiteren 6 Monaten ansteht, ergeben sich für Bürger zum Teil existenzielle Probleme.

Im Zusammenhang mit der jüngsten Diskussion um das bessere Erlernen der Zweitsprache ergehen an die Landesregierung folgende Fragen:

1. Kann sich die Landesregierung vorstellen, die Anzahl der Prüfungstermine zu erhöhen?
2. Wäre es nicht sinnvoll, zumindest für jene einen vorgezogenen bzw. zusätzlichen Prüfungstermin einzuschieben, welche den entsprechenden Bescheid brauchen, um an einem öffentlichen Wettbewerb teilnehmen oder sich z. B. an der Freien Universität Bozen einschreiben zu können?
3. Wie wird in Südtirol die Qualität der Zweitsprachenlehrer kontrolliert?
4. Wie erklärt sich die Landesregierung, dass junge Menschen, die in Südtirol bis zur Matura alle Schulstufen durchgemacht haben, bei der Matura in der Zweitsprache positiv sind, bei der Zweisprachigkeitsprüfung scheitern?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Ich beginne mit der letzten Frage. Sie wissen selber, dass ein großer Unterschied zwischen einem Maturaergebnis und einer Zweisprachigkeitsprüfung besteht. Bei einem Maturaergebnis braucht man nicht die Konversation nachzuweisen, da man eine schriftliche und mündliche Prüfung ablegt. Wenn wir heute die Matura hernehmen und als Zweisprachigkeitsnachweis B anerkennen würden, dann würden Sie draufkommen, wie groß die Zweisprachigkeit in der Praxis ist. Das würde bedeuten, dass all jene, die eine italienische Schule besuchen und Deutsch bei der Matura haben, automatisch die Zweisprachigkeit nachgewiesen hätten. Wir müssen das also schon weiterhin prüfen, denn das ist auch in unserem Interesse. An und für sich müsste es so sein, wie Sie sagen, aber leider fehlt es hier zum Teil noch in der Schule selber. Wir möchten keine zusätzlichen Termine einführen, denn das würde die Einführung zusätzlicher Kommissionen und somit auch die Ausgabe zusätzlicher Gelder bedeuten. Ich glaube, dass wir mit den derzeitigen Terminen auskommen.

In den Monaten Jänner bis März 2011 sind insgesamt 4.951 Kandidatinnen und Kandidaten zur Prüfung eingeladen worden: 1.100 für die Laufbahn A, 1.800 für die Laufbahn B, 1.010 für die Laufbahn C und 852 für die Laufbahn D. Die Wartezeiten betragen für die Laufbahn A 5,5 Monate, für die Laufbahn B 5,5 Monate und für die Laufbahn C 5,5 Monate. Für mündliche Prüfungen sind es jeweils 3,5 Monate. Dort, wo der Zweisprachigkeitsnachweis D vorgesehen ist, sind es also 3,5 Monate. Das ist zumutbar, wenn man sich rechtzeitig anmeldet. Wenn es Termine für Prüfungen oder Wettbewerbe gibt, machen wir sehr wohl eigene Prüfungssessionen.

Wir haben in der Zwischenzeit auch die Möglichkeit, andere Prüfungszertifikate anzuerkennen, beispielsweise vom Goethe-Institut oder von EU-Gremien. Deshalb glauben wir, dass der Andrang in nächster Zeit etwas zurückgehen wird, sodass die Wartezeiten noch etwas reduziert werden können.

Was die durchgefallenen Kandidaten anbelangt, muss ich einfach sagen, dass in der Schule mehr darauf hingearbeitet werden muss. Was die Universität anbelangt, kann ich sagen, dass der Präsident versprochen hat, vor Abschluss eines Studiums darauf hinzuarbeiten, dass die Leute durch Sonderkurse vorbereitet werden, damit sie die Zweisprachigkeitsprüfung bestehen können.

Was das Zahlenmaterial anbelangt, würde ich Sie ersuchen, diese Unterlagen entgegenzunehmen, denn dann brauche ich das nicht vorzulesen.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Ich bedanke mich für die Beantwortung der Fragen. Nicht beantwortet wurde die Frage Nr. 3, aber diese fällt sicher in die Zuständigkeit der entsprechenden für die Zweitsprachenlehrer zuständigen Landesräte. Es gibt natürlich verschiedene Interpretationen, warum es zu diesem Ergebnis kommt. Mir wird gesagt, dass einige aufs Geratewohl diese Prüfung machen, ohne sich besonders darauf vorzubereiten. Im Südtiroler Schulsystem ist es so, dass jemand 13 Jahre Unterricht in der zweiten Sprache hat. Deshalb frage ich mich, warum wir nicht imstande sind, die Jugendlichen so in der zweiten Sprache zu unterrichten, dass sie imstande sind, diese Prüfung zu bestehen. Da fehlt es in der Schule und wahrscheinlich auch an der mangelnden Ausbildung der Zweitsprachenlehrer. Es gibt verschiedene Wege, wie man die zweite Sprache erlernen kann, aber ich denke, dass das Grundübel darin liegt, dass wir teilweise nicht genügend ausgebildete Zweitsprachenlehrer

haben. Das Erlernen von Sprachen ist schwierig, und diesbezüglich hätte ich schon gerne eine Antwort gehabt. Wir wissen, dass es im italienischen Bereich viele Falscherklärungen gibt, das heißt, dass Deutschlehrer an italienischen Schulen gar keine Deutschen sind. Giorgio Holzmann hat hier im Landtag einmal gesagt, dass er wohl das Fach Deutsch hatte, aber nie einen Deutschlehrer.

PRÄSIDENTIN: An diesem Punkt ist der für die "Aktuelle Fragestunde" vorgesehene Zeitrahmen von 90 Minuten abgelaufen. Die nicht behandelten Anfragen werden innerhalb der nächsten fünf Tage von den jeweils zuständigen Mitgliedern der Landesregierung schriftlich beantwortet werden.

Der Abgeordnete Pichler Rolle hat im Kollegium der Fraktionsvorsitzenden den Antrag auf Aufnahme eines neuen Punktes – Landesgesetzentwurf Nr. 87/11 - in die Tagesordnung gestellt. Laut Artikel 62 der Geschäftsordnung ist dies möglich, wenn der Landtag in geheimer Abstimmung und mit Zwei-Drittel-Mehrheit der Anwesenden dafür stimmt. Es kann ein Abgeordneter dafür und einer dagegen sprechen, mit einer Redezeit von je fünf Minuten. Nachdem ich keine Wortmeldungen sehe, stimmen wir über die Aufnahme des genannten Landesgesetzentwurfes in die Tagesordnung ab. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung – votazione a scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 32 abgegebene Stimmzettel, 24 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 5 weiße Stimmzettel. Somit ist die vorgeschriebene Zwei-Drittel-Mehrheit gegeben und der Landesgesetzentwurf Nr. 87/11 wird in die Tagesordnung aufgenommen.

Die Behandlung der Tagesordnungspunkte 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 34, 38, 43, 45, 50 und 63 wird vertagt.

Punkt 23 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 176/09 vom 26.11.2009, eingebracht von den Abgeordneten Urzi und Vezzali, betreffend 9. November – Feierlichkeiten zum Tag der Freiheit (laut Gesetz Nr. 62/2005)".**

Punto 23) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 176/09 del 26.11.2009, presentata dai consiglieri Urzi e Vezzali, riguardante 9 novembre – celebrazioni del giorno della Libertà (ex legge n. 61/2005)".**

Vorausgeschickt wird Folgendes:

Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer, das greifbare Zeichen des Kalten Krieges und der Spannung, die zwischen den beiden Blöcken herrschte. Die Berliner Mauer war die Verkörperung des "Eisernen Vorhangs", der zwar nur die Stadt zweiteilte, eigentlich aber ganz Europa trennte.

Am 9. November jeden Jahres wird dieses historische Ereignis auf der ganzen Welt gewürdigt und heuer wurde das 20. Jubiläum des Mauerfalls gefeiert.

Die Berliner Mauer wurde in einer einzigen Nacht, am 13. August 1961 auf Anweisung der Sowjetunion von Nikita Chruschtschow, errichtet: Es handelte sich dabei zunächst um einen vier Meter hohen Stacheldrahtzaun, der dem Umriss des sowjetischen Sektors der Stadt folgte und Straßen, Stadtviertel, Gärten, Häuser und Friedhöfe trennte. Bald schon aber wurde der Zaun durch kilometerlange Betonblöcke ersetzt, die abschnittsweise mit Kontrolltürmen mit Radargeräten und hundert von Maschinengewehrposten versehen waren, deren Läufe gen Westen gerichtet waren.

Die ostdeutschen Soldaten, die die Grenze bewachten, schossen auf jeden, der versuchte, über den Maschendrahtzaun zu klettern, sodass eine Grenzüberquerung ein fast unmögliches Unterfangen war.

Trotzdem waren zahlreiche Fluchtversuche auf der Tagesordnung und mehr als 260 Menschen starben in den Jahren von 1961 bis 1989 im Kugelhagel der Volkspolizei, weil sie versucht hatten, auf der anderen Seite der Mauer die Freiheit zu finden.

Erst in den 80er Jahren führten spontane Volksaufstände in den Ländern Osteuropas tausende Jugendliche dazu, sich gegen die kommunistischen Regimes zu erheben und demokratische Reformen zu fordern.

Am 9. November 1989 kam die Berliner Mauer schließlich zu Fall und nach 28 langen Jahren endete der Alptraum Berlins und Europas.

Das Gesetz vom 15. April 2005, Nr. 61, hat endlich den 9. November als "Tag der Freiheit" anerkannt, um den Jahrestag des Mauerfalls zu begehen, der als symbolisches Ereignis für die Befreiung

der unterdrückten Länder und als Vorzeichen der Demokratie für jene Völker gilt, die immer noch totalitär regiert werden.

Anlässlich des "Tages der Freiheit" sollen daher laut Artikel 2 des Gesetzes vom 15. April 2005, Nr. 61, jährlich "offizielle Gedenkfeiern und Themenschwerpunkte in den Schulen organisiert werden, die die Werte der Demokratie und der Freiheit hervorheben und objektiv auf die negativen Folgen vergangener und gegenwärtiger Totalitarismen hinweisen".

Aus diesen Gründen

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung, im Rahmen der obgenannten Initiativen durch offizielle Feiern des 9. November 1989 zu gedenken und in den Schulen Themenschwerpunkte zu setzen, um die junge Generation für die Bedeutung der Berliner Mauer als Symbol der Intoleranz und der Unterdrückung zu sensibilisieren und um an dieses Kapitel der europäischen Geschichte zu erinnern, in der Hoffnung, dass zwischen den Völkern keine Mauern mehr errichtet werden müssen; die größeren Gemeinden des Landes dazu aufzufordern, einem Park, einer Straße oder einem Platz die Benennung "9. November 1989 – Tag der Freiheit" zu geben.

Premesso che:

il 9 novembre 1989 cadeva il Muro di Berlino, segno tangibile della guerra fredda e delle tensioni tra i due blocchi, concreta rappresentazione di quella "Cortina di ferro" che materialmente divideva in due una città, ma che in realtà separava l'Europa da se stessa;

considerato che:

il 9 novembre di ogni anno ricorre e viene festeggiato a livello planetario l'anniversario di quell'evento storico e che quest'anno è stato il ventennale della caduta;

il Muro di Berlino venne eretto in una sola notte il 13 agosto 1961 per ordine dell'Unione Sovietica di Nikita Kruscev: una barriera di filo spinato alta quattro metri, che seguiva i contorni del settore sovietico della città e divideva strade, quartieri, giardini, case e cimiteri. Presto il reticolato lasciò il posto a chilometri di blocchi di calcestruzzo costellati da torri di avvistamento, radar e centinaia di postazioni di mitragliatrici con le bocche puntate verso l'ovest della città;

i soldati della Germania Orientale che presidiavano il confine sparavano su chiunque tentasse di oltrepassare la barriera di filo spinato al punto che oltrepassare il confine era un'impresa impossibile; nonostante ciò i tentativi di fuga erano all'ordine del giorno e più di 260 persone morirono dal 1961 al 1989 sotto il fuoco dei Vopos, i "Poliziotti del Popolo", per aver tentato di passare al di là del Muro in cerca della libertà;

finalmente negli anni '80 le manifestazioni popolari sorte in maniera spontanea nei paesi dell'Est europeo spinsero migliaia di giovani a sfidare i regimi comunisti rivendicando riforme in senso democratico;

il 9 novembre del 1989 si sbriciolava il Muro di Berlino e dopo 28 lunghi anni finiva l'incubo di Berlino e dell'Europa;

rilevato che:

la legge 15 aprile 2005, n. 61, ha finalmente riconosciuto il 9 novembre "Giorno della libertà", quale ricorrenza dell'abbattimento del Muro di Berlino, evento simbolo per la liberazione di Paesi oppressi e auspicio di democrazia per le popolazioni tuttora soggette al totalitarismo;

in occasione del "Giorno della libertà", l'articolo 2 della legge 15 aprile 2005, n. 61, prevede che vengano annualmente organizzate "cerimonie commemorative ufficiali e momenti di approfondimento nelle scuole che illustrino il valore della democrazia e della libertà evidenziando obiettivamente gli effetti nefasti dei totalitarismi passati e presenti".

Tutto ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

impegna

la Giunta provinciale a ricordare il 9 novembre 1989, nell'ambito delle predette iniziative, organizzando celebrazioni ufficiali e momenti di approfondimento negli istituti scolastici al fine di sensibilizzare le giovani generazioni sul significato del "Muro di Berlino" quale simbolo di intolleranza e op-

*pressione, con il fine di ricordare una pagina della storia d'Europa e con l'auspicio che non vi sia più bisogno di erigere muri tra i popoli;
a sollecitare le maggiori amministrazioni comunali della provincia a intitolare un giardino, una via o una piazza "9 novembre 1989 – Giorno della Libertà".*

Herr Abgeordneter Urzi, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

URZI (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà): Ci sono momenti nella storia che segnano dei passaggi che rimangono scolpiti nelle coscienze delle genti. Il 900 ne ha vissuti diversi per le vicissitudini che quel secolo hanno così profondamente segnato e sul concludere del secolo c'è stato un momento di straordinario passaggio che non a caso in tedesco viene definito "Wände", cambiamento, transito da una condizione ad un'altra, e che è coinciso con la caduta del muro di Berlino. Il muro di Berlino non ha diviso solamente una città, ha diviso un popolo separato "in casa", ha diviso due mondi, l'Europa e ha diviso anche profondamente le nostre coscienze. La caduta del muro di Berlino ha segnato quella esplosione di libertà che rapidamente ha coinvolto una serie di Paesi. Prima di esso c'erano state quelle straordinarie giornate polacche e quegli straordinari momenti legati alla caduta delle barriere che separavano altri Paesi, altri territori, altre genti - ricordiamo la rimozione dei fili spinati che dividevano in maniera anche marcata l'Ungheria dall'Austria - ebbene, la caduta del muro di Berlino ha segnato la caduta di un'epoca infausta e l'apertura di grandi spazi di libertà.

Con la legge n. 61 dell'aprile 2005 il nostro Paese ha voluto riconoscere il 9 novembre giorno della libertà, quale ricorrenza dell'abbattimento del muro e quale simbolo per la liberazione dei Paesi oppressi e auspicio di democrazia per le popolazioni tuttora soggette ai totalitarismi. Questa legge prevede che vengano annualmente organizzate cerimonie commemorative ufficiali e momenti di approfondimento nelle scuole che illustrino il valore della democrazia, della libertà, evidenziando obiettivamente gli effetti nefasti dei totalitarismi passati e presenti.

Con questa mozione chiediamo al Consiglio provinciale di impegnare la Giunta provinciale a ricordare in modo solenne il 9 novembre 1989 nell'ambito di iniziative ufficiali, ma coinvolgendo in modo adeguato in momenti di approfondimento istituti scolastici della nostra provincia, perché il muro di Berlino rimane nell'idea di una certa politica, di un certo vissuto e deve essere rimosso dalla coscienza delle nostre più giovani generazioni attraverso un'operazione che è sì di informazione, ma nello stesso tempo anche di promozione all'educazione civica per ricordare un momento di storia e comprendere che il valore della democrazia e della libertà è un valore assoluto che va difeso come prerogativa dell'occidente libero tutti i giorni, e in modo particolare il giorno che alla libertà è dedicato, quindi il 9 novembre.

Auspicio che il Consiglio provinciale voglia accogliere lo spirito della legge n. 61/05 coinvolgendo direttamente anche la Provincia autonoma di Bolzano e di conseguenza le amministrazioni locali in un impegno sul terreno per essere a fianco delle giovani generazioni, per insegnare loro i valori della libertà che quel giorno, il 9 novembre 1989, conobbero il momento sicuramente più bello del secolo scorso.

Vorsitz des Vizepräsidenten | Presidenza del vicepresidente: Mauro Minniti

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il consigliere Heiss, ne ha facoltà.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Danke, Herr Präsident! Zweifellos war der 9. November 1989 ein wichtiger Tag der Freiheit für Osteuropa, der Beginn einer neuen Ära der Freiheit, die allerdings bereits vorher eingesetzt hatte, nämlich mit der Durchlässigkeit der Grenze zwischen Ungarn und Österreich, das heißt mit dem Durchschneiden des Stacheldrahts. Kollege Urzi, man muss sich die Frage stellen, warum dieser Tag, der zur Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands geführt hat, in Deutschland nicht als Staatsfeiertag eingeführt worden ist. Die Sache ist ganz einfach, denn der 9. November ist in der Geschichte Deutschlands anderweitig besetzt bzw. belastet. Der 9. November 1938 ist der Tag der sogenannten Reichskristallnacht, also jener Tag, an dem das Hitler-Regime dutzende von Synagogen zerstört und das erste Mal die Judenverfolgung in ganz massivem physischem Ausmaß Platz gegriffen hat. Deshalb hat man in Deutschland auf den 9. November verzichtet und stattdessen den 3. Oktober als Staatsfeiertag eingeführt. Der 9. November hat in der deutschen Geschichte zweifellos einen anderen Beigeschmack, trotz dieser Freiheit, und das muss man zur Kenntnis nehmen. Wir wollen nicht päpstlicher sein als die Bundesrepublik!

Ich möchte auch hinzufügen, dass Italien bereits einen "Tag der Befreiung" hat, nämlich den 25. April, der vom Popolo della Libertà mitgefeiert wird, von Berlusconi aber nicht so geliebt wird, dass er dabei anwesend wäre.

Wir bedauern das nicht über die Maßen, aber der 25. April ist bereits als Tag der Befreiung vom Nazi-Regime bzw. Faschismus in die Geschichte Italiens eingeschrieben. Die "Tage der Freiheit" zu verdoppeln würde also wenig Sinn machen. Wir werden den 9. November sicher im Gedächtnis behalten – in Erinnerung an den Holocaust und an die Befreiung Osteuropas -, aber nicht als offiziellen Feiertag.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Der 9. November ist zweifelsohne ein bedeutendes Datum. Ich selbst kann mich noch gut daran erinnern. Meine Eltern haben mich damals geweckt, damit ich mir die Berichte im Fernsehen anschau, weil sie verstanden hatten, dass da Geschichte passiert. Wir hatten auch selbst Verwandte in der damaligen DDR. Ich kenne diese Sache also auch aus der eigenen Familiengeschichte sehr gut. So lobenswert diese Initiative natürlich ist, so sehr bemängle ich, dass man immer nur den Blick nach außen wirft, ohne das Eigene zu sehen. Wenn wir vom Leid geteilter Völker und von unrechtmäßig gezogenen Grenzen sprechen, dann brauchen wir nicht bis nach Berlin gehen, dann reicht es, wenn wir bis zum Brenner fahren. Dieselbe Geschichte gibt es hier genauso. Der Brenner ist eine geteilte Ortschaft. Es gab den Fall, dass Bauern plötzlich einen Teil ihrer Grundstücke auf österreichischer und einen Teil auf Südtiroler Seite hatten. Kollege Urzi, ich weiß nicht, ob Sie auf den Berg gehen, aber am Brenner gibt es eine Schutzhütte, die "Landshuter Hütte", bei der die Grenze mitten durch die Hütte durchgezogen wurde. Ein Teil der Stube befand sich auf Südtiroler, ein Teil auf österreichischer Seite. Um sich also wirklich die Absurdität willkürlich gezogener Grenzen vor Augen zu führen, tut es oft ganz gut, wenn man nicht nach Berlin geht, sondern im eigenen Haus bleibt.

Noch bedeutender als das Jahr 1989 war sicher das Jahr 1961, also das Jahr, in dem die Berliner Mauer gebaut worden ist und den Grundstock des Übels der Teilung Deutschlands dargestellt hat. Heuer jährt sich das zum fünfzigsten Mal. Das Jahr 1961 muss aber auch unter einem anderen Aspekt betrachtet werden. Am 27. April desselben Jahres hat der italienische Senat ein Gesetz beschlossen, mit welchem all jene italienischen Staatsbürger, die sich dem italienischen Staat gegenüber untreu verhalten, ausgewiesen werden sollten. Das war ein Gesetz, das auf Südtirol zugeschnitten wurde, um all jene, die sich gegen den Verbleib Südtirols bei Italien ausgesprochen haben, sofort des Landes verweisen zu können. Deshalb unterstütze ich grundsätzlich sicher jede Initiative, die sich der Geschichte besinnt, vor allem dann, wenn es darum geht, dass ein Volk die eigene Freiheit verlangt. Ich möchte in diesem Zusammenhang den früheren deutschen Minister Schily zitieren, der im Mai 1989 bei einer Fernsehsendung im ZDF anlässlich "40 Jahre Deutsches Grundgesetz" gesagt hat: *"Es wird keine Wiedervereinigung Deutschlands geben, denn sie ist nicht möglich."* Wir haben ja gesehen, was wenige Monate später passiert ist! Das möchte ich nur als kleines Memento anfügen, nachdem man immer wieder sagt, dass eine Wiedervereinigung Tirols nicht möglich sei. In der Geschichte ist nichts nicht möglich!

LEITNER (Die Freiheitlichen): Auch ich bin der festen Überzeugung, dass sich der 9. November 1989 dauerhaft in das Bewusstsein aller demokratisch gesinnten Europäer einprägen wird. Es war nicht nur ein großer Tag für die Freiheit ganz Deutschlands, sondern auch für all jene, die über Jahrzehnte hinweg für Demokratie und gegen Unrecht gekämpft haben.

Ich habe insofern ein kleines Problem – das hat auch der Kollege Heiss angesprochen -, als dass wir uns hier über jenen Staat hinwegsetzen, der eigentlich der Hauptträger dieser ganzen Geschichte ist. Deutschland hat den 9. November aus den bekannten Gründen nicht als offiziellen Feiertag eingeführt. Ich bin auch gegen den Punkt 2 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages, denn wenn die Gemeinden etwas tun wollen, dann braucht es keine Aufforderung seitens des Landes. Vor zwei Tagen wurde Papst Johannes Paul II. selig gesprochen. Auch er wurde immer wieder als Motor dieser Politik gesehen und hat wesentlich dazu beigetragen, dass der Eiserne Vorhang gefallen ist. Der Landtag hat sicher keine Kompetenz für Seligsprechungen, aber die Bedeutung dieses Papstes gerade im Hinblick auf die Befreiung Deutschlands nach dem II. Weltkrieg sollte in diesem Zusammenhang nicht ganz vergessen werden. Auch ich möchte ganz klar sagen, dass wir zunächst das bestehende Unrecht in Bezug auf Grenzziehungen vor der eigenen Haustür anschauen sollten. Im Jahr 1989 war eine Forderung meinerseits jene, dass sich Südtirol ein Beispiel an dieser Entwicklung nehmen sollte. Wir bewundern die Wiedervereinigung Deutschlands, tun aber wenig für die Wiedervereinigung Tirols. Um dieses Unrecht überwinden zu können, braucht es viel Hirnschmalz. Vor allem aber braucht es die Einbindung aller drei im Lande lebenden Volksgruppen.

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Wir alle haben uns gefreut, als die Berliner Mauer gefallen ist. Auf diese Art und Weise ist eine Zeit des Friedens, wenn auch eines relativen Friedens eingetreten. Wir können sagen, dass es in Europa mehr oder weniger eine

Zeit des Friedens gibt, vor allem auch deshalb, weil man die bisherigen Verteidigungspakte aufgelöst bzw. vereinigt hat. In Europa hat sich sehr viel getan, und der Fall der Berliner Mauer war für uns alle von größter Bedeutung. Wir alle haben uns darüber gefreut, dass das möglich geworden ist, und wir sind vielen zu Dank verpflichtet, die ihren Beitrag dazu geleistet haben, unabhängig davon, ob es sich um Gorbatschow, um Kohl oder um andere Europäer handelt. Ich bin auch der Meinung, dass Papst Johannes Paul II. seinen Beitrag geleistet hat. Er hat sich wirklich unerschrocken für dieses Ziel eingesetzt. Nachdem Deutschland diesen Tag nicht als Feiertag erklärt hat, wäre es aber nicht richtig, wenn wir hergehen und an diesem Tag Feierlichkeiten veranstalten würden, vor allem auch vor dem Hintergrund, den der Kollege Heiss aufgezeigt hat. In den Schulen sollten die Hintergründe und Entwicklungen sehr wohl erläutert werden, aber wir sollten nicht entsprechende Feierlichkeiten einführen. Wenn der beschließende Teil des Beschlussantrages abgeändert würde, dann könnten wir darüber reden, aber so, wie er vorgelegt worden ist, kann er nicht angenommen werden. In jeder Schule wird es so sein, dass im Geschichtsunterricht auf diese Ereignisse hingewiesen wird. Ich hätte auch keine Schwierigkeiten, wenn es hieße, dass man darauf hinarbeiten sollte, dass in den Schulen dieser Teil der Geschichte aufgearbeitet wird, aber ich glaube nicht, dass wir das mit einem eigenen Beschlussantrag tun müssen. Der Großteil der Lehrer macht dies nämlich bereits. Ich wäre auch dagegen, dass wir die Gemeinden auffordern, Straßen nach diesem Datum zu benennen, denn diese wissen schon selber, was sie tun müssen.

Deshalb bin ich der Meinung, dass wir diesen Beschlussantrag so, wie er vorgelegt worden ist, nicht genehmigen können, es sei, denn der erste Teil des beschließenden Teiles wird entsprechend abgeändert.

PRESIDENTE: C'è una proposta di modifica. Do la parola al consigliere Urzi sull'ordine dei lavori.

URZI (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertè): Ho seguito con grande attenzione i diversi interventi e quello, arrivato di conseguenza, del presidente della Giunta, che condivido in ampia parte, soprattutto se vogliamo anche rispetto alla possibilità di chiarire meglio attraverso una parte impegnativa più mirata iniziative che possano essere accolte come un impegno nell'ambito della nostra provincia. Condivido anche che si possa rimettere, una volta affermato il principio, all'autorità dei comuni la possibilità di verificare l'intitolazione di giardini, vie o piazze al 9 novembre 1989, giorno della libertà.

Detto questo, chiedo di sospendere la trattazione della mozione per verificare una formulazione corretta e poi procedere.

PRESIDENTE: Accolgo la richiesta.

Continuiamo con la trattazione dell'ordine del giorno.

Punto 31) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 193/10 del 2-2-2010, presentata dai consiglieri Urzi e Vezzali, riguardante l'uso della lingua tedesca"**.

Punkt 31 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 193/10 vom 2.2.2010, eingebracht von den Abgeordneten Urzi und Vezzali, betreffend den Gebrauch der deutschen Muttersprache"**.

Sempre più frequentemente viene rilevato un limitato ricorso da parte dei concittadini di lingua italiana all'uso della seconda lingua nell'ambito della vita sociale, culturale, relazionale, politica e istituzionale della provincia di Bolzano.

L'insufficiente livello di conoscenza della seconda lingua è indubbiamente riconosciuto tanto da avere aperto un dibattito sugli strumenti per impartire più adeguatamente le competenze linguistiche necessarie ad una adeguata vita di relazione interlinguistica.

Ma sono anche fattori terzi a condizionare fortemente l'uso della seconda lingua: fra questi, è stato rilevato nel tempo, anche l'uso corrente nella società altoatesina del dialetto tirolese nelle sue diverse forme (venostano, pusterese, bolzanese, della Bassa Atesina ...). Ciò accade non solo in ambiti familiari e di relazione personale ma anche nei livelli della Amministrazione pubblica e delle Istituzioni. L'uso dialettale è diffuso in tali ambiti esclusivamente in forma verbale e non scritta ma detto uso costituisce spesso un ostacolo insormontabile alla reciproca comprensione fra cittadini di gruppi linguistici diversi. La conoscenza della seconda lingua, spesso conquistata da molti concittadini, si scontra infatti e spesso con l'uso o abuso nel campo delle relazioni pubbliche a carattere istituzionale e burocratico con l'uso del dialetto o dei dialetti tirolesi.

Tale uso, spesso disinvolto in molti livelli della amministrazione, alimenta le resistenze all'uso in scioltezza della seconda lingua "imparata" nella forma standard.

In questi casi il problema può essere risolto sic et simpliciter ricorrendo immediatamente alla lingua italiana, ma ciò potenzia la diffidenza verso la seconda lingua. Ciò è anche fonte di frustrazione da parte di chi l'abbia doverosamente imparata ma si scontri nella vita reale e al di fuori dell'ambiente scolastico con una realtà che quella lingua standard confina in ambiti ristretti preferendovi il dialetto.

Il problema dell'uso delle forme dialettali linguistiche nelle comunicazioni istituzionali è fonte di imbarazzi relazionali e difficoltà di comprensione per quanti si siano dotati di adeguate conoscenze linguistiche standard ma non abbiano alcun interesse né abbiano avuto opportunità di specializzazione nella comprensione delle forme dialettali.

In occasione di manifestazioni pubbliche rivolte alla generalità dei cittadini, presentazione di rassegne, mostre, opere pubbliche, ossia laddove l'uso della madrelingua doverosamente è prerogativa del singolo, l'uso di forme dialettali da parte dei relatori nella loro veste istituzionale e di rappresentanza impedisce la fruizione degli eventi da parte di tutti, anche di coloro che pur disponendo di adeguate conoscenze linguistiche nella seconda lingua non abbiano cognizione delle forme dialettali.

Tutto ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

impegna

la Giunta provinciale a sostenere, con una adeguata campagna di sensibilizzazione rivolta a tutti gli amministratori pubblici e quanti abbiano obblighi di rappresentanza di enti pubblici, ad utilizzare in occasione di conferenze, manifestazioni di varia natura, presentazioni, inaugurazioni, conferenze stampa, le lingue provinciali nella forma standard escludendo per quanto possibile il ricorso alle derivazioni dialettali.

Immer öfter wird festgestellt, dass die Mitbürger italienischer Muttersprache im sozialen, kulturellen, zwischenmenschlichen, politischen und institutionellen Leben in Südtirol nur begrenzt Gebrauch der deutschen Sprache machen.

Das Problem der mangelnden Weitsprachenkenntnisse wurde zweifelsohne anerkannt und hat eine Diskussion über die am besten geeigneten Mittel zum Erwerb der Sprachkenntnisse, die für eine angemessene interlinguale Beziehung erforderlich sind, vom Zaun gebrochen.

Aber auch Drittfaktoren beeinflussen den Gebrauch der Zweitsprache stark: darunter, so wurde mit der Zeit erkannt, auch der gängige Gebrauch des Tiroler Dialekts in seinen verschiedenen Ausprägungen (Vinschgerisch, Pustererisch, Boznerisch, Unterlandlerisch...). Dies geschieht nicht nur in der Familie und in den persönlichen Beziehungen, sondern auch auf Ebene der öffentlichen Verwaltung und der öffentlichen Einrichtungen. Der Gebrauch des Dialekts erfolgt in diesen Bereichen ausschließlich mündlich und nicht in schriftlicher Form, stellt aber ein unüberwindbares Hindernis für das gegenseitige Verständnis zwischen den Bürgern verschiedener Sprachgruppen dar. Die Zweitsprachenkenntnisse, die oft von vielen Bürgerinnen und Bürgern erworben werden, stehen nämlich oft dem Gebrauch bzw. Missbrauch des Dialekts bzw. der Tiroler Dialekte in den öffentlichen Beziehungen institutioneller und bürokratischer Natur gegenüber.

Dieser Gebrauch, der auf vielen Ebenen der Verwaltung oft ungezwungen erfolgt, nährt den Widerstand gegen den lockeren Gebrauch der Zweitsprache, die in der Standardform erlernt wurde.

In diesen Fällen wird das Problem ganz einfach dadurch gelöst, dass man auf die italienische Sprache ausweicht, aber dies verstärkt den Argwohn gegen die Zweitsprache. Und frustriert all jene, die die Zweitsprache gebührend erlernt haben, aber im wirklichen Leben und außerhalb des schulischen Umfelds auf eine Realität treffen, in der die Standardsprache auf wenige Bereiche beschränkt ist und dem Dialekt der Vorzug gegeben wird.

Das Problem des Gebrauchs dialektaler Sprachformen in der institutionellen Kommunikation führt zu zwischenmenschlicher Verwirrung und zu Verständnisschwierigkeiten bei all jenen, die über angemessene Kenntnisse der Standardsprache verfügen, jedoch kein Interesse haben bzw. keine Gelegenheit dazu hatten, das Verständnis dialektaler Sprachformen zu schulen.

Anlässlich öffentlicher Veranstaltungen, die sich an die gesamte Bevölkerung richten, bei der Vorstellung von Ausstellungen, öffentlichen Bauten usw., also immer dann, wenn der Einzelne das Recht hat, in seiner Muttersprache zu sprechen, führt der Gebrauch dialektaler Sprachformen seitens der

Redner in ihrer institutionellen Funktion und als Vertreter der Institutionen dazu, dass die Veranstaltung nicht von allen verfolgt werden kann. Dies gilt auch für jene, die zwar über entsprechende Zweitsprachenkenntnisse verfügen, die entsprechende Dialektform aber nicht verstehen.

Aus den oben genannten Gründen

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung, durch eine entsprechende Sensibilisierungskampagne, die sich an alle Beamte und Vertreter öffentlicher Körperschaften richtet, den Gebrauch der Standardform der Landessprachen anlässlich von Tagungen, Veranstaltungen unterschiedlicher Art, Präsentationen, Einweihungen, Pressekonferenzen u.ä. zu fördern, wobei ein Abgleiten in dialektale Formen weitgehend zu vermeiden ist.

La parola al consigliere Urzi per l'illustrazione della mozione.

URZI (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà): C'è un punto della mozione che probabilmente non esprime in senso pieno la varietà linguistica della nostra provincia. È quel punto in cui si fa l'elenco dei diversi dialetti tirolesi nelle sue diverse forme. Si cita il venostano, il pusterese, il bolzanese, il dialetto della Bassa Atesina. In effetti bisognerebbe soffermarsi ad ogni luogo, perché a Falzes per esempio si parla in maniera diversa da come si parla a Brunico, a Silandro in modo molto diverso da come si parla a Naturno. Quindi i dialetti sono molti di più di quelli che si è voluto sinteticamente indicare. Devo riconoscere una cosa, che mi sono trovato in situazione di imbarazzo, quando c'erano presenti diversi concittadini della nostra provincia di diverso gruppo linguistico e relatore in una determinata circostanza era un concittadino di lingua italiana, ma di provenienza diversa rispetto a quella locale, che si esprimeva in italiano ma con un fortissimo accento, una fortissima caratterizzazione linguistica dialettale italiana, campana piuttosto che siciliana o abruzzese. Mi sono trovato in imbarazzo, perché mi sono messo nei panni dell'interlocutore di lingua tedesca che era chiamato in quel momento a comprendere quell'italiano non standard, ma fortemente condizionato dall'origine territoriale, dalle abitudini linguistiche del relatore, in quel caso di lingua italiana. Riterrei che potesse essere un atto di grande maturità culturale quello di comprendere la medesima difficoltà di tanti concittadini di lingua italiana che hanno dimostrato di volersi impegnare nei fatti nell'uso, in forma passiva e attiva, della lingua tedesca, di poter talvolta seguire e comprendere. Questo accade in maniera significativa ovunque nella nostra provincia, in modo marcato al di fuori del comune di Bolzano, interventi, prese di posizione, non vengono svolti nella naturalezza dei comportamenti nella lingua standard ma in forma dialettale o fortemente condizionata da inflessioni dialettali. Questo costituisce spesso una barriera linguistica che non è la barriera classica di cui parliamo, ossia: quanto hai imparato dell'altra lingua, perché in questa condizione di soggezione si trovano cittadini di un gruppo linguistico, quello italiano, che pure si sono dotati di competenze linguistiche nella seconda lingua, ma della lingua tedesco standard, quella comune. La battuta di tanti studenti che escono dalle scuole è piuttosto ricorrente. Dicono che è più facile parlare il tedesco a Monaco o in Germania – dipende dove si va, perché naturalmente anche la Germania vive il suo condizionamento linguistico – rispetto a quanto non lo sia in Alto Adige, dove è fortemente marcato l'uso dialettale. Questo è un bellissimo patrimonio genuino del territorio che va preservato. L'uso del dialetto è una straordinaria ricchezza del territorio, ma la nostra mozione ha un altro scopo, che è quello di agevolare funzioni di relazione sociale, di comprensione reciproca che devono tenersi necessariamente, perché non solo questo è stabilito dallo Statuto ma è nel buon senso, nelle lingue standard italiana e tedesca. Ho iniziato riferendomi a condizionamenti linguistici legati a fattori regionali da parte di persone di lingua italiana, medesimo discorso vale per i nostri concittadini di lingua tedesca.

La mozione invita la Giunta provinciale a sostenere questa campagna di sensibilizzazione rivolta a tutti gli amministratori pubblici perché si utilizzi, nelle manifestazioni pubbliche, la lingua standard. È una condizione normale che questo non accada. Solo qualche giorno fa eravamo, tanti di noi, presenti a Bressanone all'inaugurazione della variante. Ho voluto seguire gli interventi con una cura particolare, l'80% dei quali, forse più, da parte di tanti dei presenti che li hanno relazionati si svolgevano o in dialetto o in una forma linguistica tedesca fortemente condizionata dal dialetto proprio del relatore.

Questa mozione è un po' una provocazione, ma voglio che venga intesa come una provocazione assolutamente positiva.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Kollege Urzi, Ihre Forderung ist zu kategorisch. Das Problem besteht und ich denke, dass es eine Frage der jeweiligen Situation, des Hausverstandes und der Höflichkeit ist. Die Ta-

gungen, Pressekonferenzen, Einweihungen und dergleichen, die ich erlebe, erfolgen zum allergrößten Teil in der Schrift- bzw. Standardsprache. Wenn allerdings eine Fahnenweihe einer Schützenkompanie oder beispielsweise irgendein Fest der Musikkapelle, also etwas Improvisiertes stattfindet, dann passiert es häufig, dass die kurzen Grußworte in Dialekt gesprochen werden. Das kommt vor und hängt - wie gesagt - von der jeweiligen Situation ab. Wenn es hier im Beschlussantrag heißt: *"führt zu zwischenmenschlicher Verwirrung und zu Verständnisschwierigkeiten"*, dann sollte dies natürlich nicht passieren. Aber du sagst ja selber, dass die Dialekte im Grunde genommen die ersten Muttersprachen sind und dass sich die Hochsprache immer aus dem Dialektalen speist. Eine Hochsprache ist zwar ein sehr, sehr hohes Gut und ich bin die Erste, die unterstreicht, dass alle Lehrer in den Schulen die Hochsprache verwenden sollen, damit die Schüler deren Umgang als Selbstverständlichkeit erleben. So können sie sie nicht nur mithören, sondern auch selber üben. Das ist aus verschiedenen Gründen sehr wichtig. Aber die Dialekte sind die nicht endende Quelle, aus der sich die Hochsprache speist. Ohne die Dialekte wäre die Hochsprache eine sterile Angelegenheit. Aus diesem Grunde sollte der Dialekt nicht vernachlässigt werden. Der Dialekt sollte nicht als etwas betrachtet werden, was der Kultur nicht angehört, im Gegenteil, die Dialekte gehören selbstverständlich zur Kultur.

Man kann jetzt natürlich nicht fordern, dass sich alle Beamte und Vertreter der öffentlichen Körperschaften danach richten müssen. Ich betrachte es als eine Selbstverständlichkeit, dass ich dann, wenn es eine offizielle Ansprache gibt und ich weiß, dass auch italienische Vertreter da sind, in der Hochsprache spreche. Ich fordere alle jungen Leute dazu auf, sich der Hochsprache zu bedienen, wenn sie mit Italienern sprechen. Wir können wirklich nicht verlangen, dass die hier lebenden Italiener alle Dialekte verstehen.

Der vorliegende Beschlussantrag aber ist zu kategorisch formuliert, wenn man darauf hinweist, dass die Ansprachen in der Standardsprache abzuhalten sind. Es ist auch eine Übung für den jeweils Sprechenden. Es ist eine Tatsache, dass heute beispielsweise viele ihre "Sms" nur noch in Dialekt schreiben. Dies ist wieder modern geworden. Insofern besteht eine noch größere Schwierigkeit, der Forderung Rechnung zu tragen.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): La mozione a me pare che ponga un problema, ma che lo ponga ad un livello sbagliato. Ricordo che una ventina di anni fa c'è stato un importante convegno dell'Intendenza italiana, tedesca e ladina sul tema "Interkulturelle Sprachen lernen", o qualcosa di simile, in cui poi furono pubblicati quattro libri, uno dei quali trattava il problema dell'adeguatezza della comunicazione. Cioè nell'educazione linguistica delle scuole, italiane, tedesche e ladine, come in tutta Europa, è entrato il fatto che uno degli obiettivi dell'apprendimento è che gli studenti sappiano quale lingua usare e in quale momento, per cui ci sono dei momenti in cui ha molto senso usare il dialetto, che è una lingua del cuore. Ci sono però anche altri momenti, come diceva la collega Klotz, dove invece se tu devi comunicare con persone che hai di fronte e che sai che comunicano in lingua standard, è chiaro che devi fare uno sforzo per usare la lingua standard. Il gruppo di lingua italiana in Alto Adige, che è venuto da diverse parti d'Italia e quindi si è dovuto adeguare ad una certa lingua standard e non ha un dialetto, dai linguisti viene considerato un problema, perché ha ragione la collega Klotz a dire che il dialetto è come un motore di arricchimento, è una centrale energetica della lingua standard, la quale, senza dialetto, senza connessioni si rinsecchisce. Però questo è un problema che mette in corto circuito i cittadini di lingua italiana rispetto al gruppo linguistico tedesco che è fortemente ancorato anche alla lingua del cuore.

Io mi sono trovato spesso ad avere rapporti anche conviviali con persone di lingua tedesca che ti vogliono coinvolgere nel dialetto, perché ti vogliono coinvolgere in una dimensione familiare. È una dimostrazione d'affetto che però poi è vero che crea dei cortocircuiti se uno non capisce.

Detto questo, credo ci sia una riflessione da fare nel mondo culturale di lingua italiana, come quella che faceva, per il mondo di lingua tedesca, la collega Klotz, e cioè c'è un'impostazione linguistica che è durata in Italia fino agli anni 70 e che era un'impostazione nazionalistica che degradava i dialetti a errore, mentre tutta la linguistica democratica andata avanti dagli anni 60, 70 anche con connessioni europee e mondiali ha considerato, primo punto, i dialetti una lingua. Hanno una grammatica, delle regole, un funzionamento. Questo è vero per i dialetti italiani, ma è vero anche per i dialetti tedeschi. Nella lingua tedesca ci sono state sempre tante lingue. Il collega Urzi dice che è più facile parlare il tedesco a Monaco rispetto a quanto non lo sia in Alto Adige. "Miar sein" lo si dice anche a Monaco, cioè il dialetto sudtirolese appartiene ad una famiglia linguistica molto più vasta che è anche a Monaco e in una parte dell'Austria. Quindi nel mondo di lingua italiana bisogna che entri in testa il fatto che i dialetti non sono una lingua degradata, sono una lingua e basta. Secondo punto, bisogna che nelle scuole di lingua italiana si cominci a capire che non si può insegnare un tedesco senza sudtirolesi, un tedesco senza tedeschi in carne ed ossa, cioè bisogna che anche nelle scuole di lingua italiana almeno la musica del dialetto cominci ad entrare. In questo modo forse ci potrebbe essere un avvicinamento reciproco.

PICHLER ROLLE (SVP): Das Problem, das Kollege Urzi in seinem Beschlussantrag stellt - da gehe ich mit den Aussagen der Kollegin Klotz konform - ist sicherlich gegeben. Es ist so, dass, wenn die SüdtirolerInnen in einer Gesprächsrunde in den Dialekt verfallen, italienische Gesprächspartner Schwierigkeiten haben, dem Gesprächsverlauf zu folgen. Aber wir haben unterschiedliche Wahrnehmungen, Kollege Urzi. Das ist vermutlich auch gut so und vielleicht werden sich unsere Wahrnehmungen eines Tages annähern. Aber ich kenne einfach keine konkreten Beispiele, die belegen, dass bei Pressekonferenzen, bei offiziellen Feierlichkeiten im Landtag oder bei verschiedenen anderen Zeremonien die dialektale Form verwendet wird. Das ist eher die absolute Ausnahme denn die Regel. Sie haben erwähnt, dass angeblich bei der Eröffnung - ich war nicht dabei - der Umfahrungsstraße von Brixen in Dialekt oder zuviel auf Deutsch gesprochen worden sei. Aber das ist etwas anderes. Ich kann mich eigentlich selten über solche Vorfälle ärgern, während Sie sich regelmäßig über solche Dinge aufregen. Wenn Sie auf irgendeine Veranstaltung gehen, dann haben Sie regelmäßig Frust, weil irgendetwas nicht ganz nach Ihren Vorstellungen abläuft. Ich nehme das einfach lockerer. Ich denke, dass man über gewisse Dinge auch hinwegsehen muss. Um es noch einmal auf den Punkt zu bringen: Ich glaube, dass, wenn wir über dieses Thema diskutieren, wir dann häufiger darauf verweisen müssten, dass es nach wie vor eher daran hapert, dass die Südtiroler - obschon sie sich in korrekter Sprache bzw. in der Standardsprache an den italienischen Beamten wenden - keine Antwort in deutscher Sprache bekommen. Es gibt nach wie vor Schwierigkeiten, in der Umgangssprache - selbst in der Standard-Umgangssprache - miteinander in Kontakt zu treten. Wenn man im Landtag einen Beschlussantrag einbringt, der besagt, dass die Schwierigkeit darin bestünde, dass öffentliche Vertreter oder auch Teile der Beamtschaft ein schwer verständliches Deutsch sprechen und dies sozusagen das Zusammenleben behindern würde, dann muss ich einfach feststellen, dass dies nicht die Regel ist, sondern die absolute Ausnahme. Deshalb finde ich es ein wenig kurios, den Bogen auf diese Art und Weise zu spannen. Ich denke, dass das, was Sie sagen, korrekt ist. Aber ich fühle mich nicht einem Beschlussantrag zuzustimmen, um zu sagen, dass das Thema jetzt so eingerissen ist, dass wir unseren Mitarbeitern empfehlen müssten, sich zusammenzureißen, da sie niemand mehr versteht, weil sie nur in Dialekt sprechen. Ich denke sogar, dass die SüdtirolerInnen jedweder Sprache eine eigene Sprache entwickeln, so wie es auch bei mir derzeit geschieht. Ich spreche auch etwas gestelzt in der Standardsprache, weil ich zu diesem Thema Stellung nehme. Aber die SüdtirolerInnen, auch die Italiener, wechseln die Sprache. Wenn wir miteinander kommunizieren, dann sprechen wir eine neue Sprache. Natürlich bemühen wir uns ein korrektes Deutsch zu sprechen. Gravierender als das Problem, das Sie hier aufzeigen, erscheint mir die Nicht-Benützung der zweiten Sprache, das heißt, wenn sich gewisse Leute weigern, Italienisch oder Deutsch zu sprechen.

PRESIDENTE: Interrampo la seduta fino alle ore 15.00

ORE 12.57 UHR

ORE 15.02 UHR

Namensaufruf – appello nominale

Vorsitz der Präsidentin | Presidenza della presidente: DDr.ⁱⁿ Julia Unterberger

PRÄSIDENTIN: Wir fahren mit der Behandlung von Beschlussantrag Nr. 193/10 fort. Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine. Dann erteile ich Landeshauptmann Durnwalder das Wort für die Replik.

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte anwesende Damen und Herren! Die Südtiroler Landesregierung kann diesem Beschlussantrag natürlich nicht zustimmen, und zwar aus folgenden Überlegungen. Ich habe vollstes Verständnis dafür, dass es für einen Kollegen der italienischen Muttersprache oder für einen Mitbürger italienischer Muttersprache, der in Südtirol lebt, oft schwer ist, Konversationen und öffentlichen Aussprachen, die im Dialekt abgehalten werden, zu folgen. Das nehme ich zur Kenntnis. Andererseits muss aber auch Kollege Urzi soviel Respekt vor der Tradition und Kultur haben, um zu wissen, dass der Dialekt ein Teil der Kultur, ein Teil der Geschichte, ja ein Teil der Volkskultur ist. Das bedeutet, dass, wenn wir in Dialekt sprechen, dies die engste Beziehung mit dem eigenen Dorf und der eigenen Talschaft zum Ausdruck bringt. Deswegen wäre es unmöglich und auch nicht richtig, wenn wir heute der Bevölkerung sagen würden, dass

sie - aus Respekt vor anderen - den eigenen Dialekt unterdrücken müsse. Es wäre auch unmöglich vorzuschreiben, dass der Dialekt nur mehr in der Familie gesprochen werden darf, nicht aber in der Dorfgemeinschaft, also überall dort, wo ein Angehöriger der italienischen Volksgruppe dabei ist. Ich hoffe, dass das auch Kollege Urzì einsieht.

Sie wissen, dass öffentliche Veranstaltungen meist in einer halboffiziellen deutschen Sprache abgehalten werden. Wenn ich sage "Sprache", dann ist das bereits eine solche Mischung. Ich glaube aber, dass Sie sich soweit schon an den Dialekt gewöhnt haben. Ich bin natürlich der Meinung, dass in der Schule nach Möglichkeit die offizielle Schriftsprache gesprochen werden sollte. Wenn von Seiten der Lehrer in der Schule nur noch in Dialekt gesprochen würde, dann wäre das natürlich nicht richtig. Wir müssen uns bemühen, perfekt Hochdeutsch sprechen zu können. Ich muss feststellen, dass Leute aus dem deutschen Sprachraum oft gewisse Schwierigkeiten haben, uns zu verstehen, weil wir ab und zu zuviel in Dialekt reden. Das soll vermieden werden. Jeder Südtiroler bzw. jede Südtirolerin soll in der Lage sein, die Muttersprache ordentlich zu beherrschen. Gleichzeitig bin ich der Auffassung, dass auch der Dialekt seine Daseinsberechtigung hat, weil er zu uns, aber auch zu jedem einzelnen Land, zu jeder einzelnen Region in Europa gehört. Bei den offiziellen Auftritten wird ohnedies normalerweise ein halboffizielles Deutsch gesprochen. Aus diesem Grund bin ich der Meinung, dass wir diesem Beschlussantrag in der vorliegenden Form nicht zustimmen können. Ich ersuche deshalb die Kolleginnen und Kollegen, die für die Beibehaltung unseres Dialektes sind, dagegen zu stimmen!

URZÌ (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà): Gli stessi interventi che si sono articolati nel corso del dibattito hanno dimostrato come fosse necessario tirare una sorta di linea e distinguere i due piani. Il primo piano è quello dell'uso della propria madrelingua intendendo per madrelingua anche la propria espressione dialettale, che è un principio. Io l'ho definito nella mia presentazione bellissimo, straordinario e quindi assoluto, e credo nessuno in questo Consiglio si senta nella condizione di negare. Questo ovviamente riguarda la sfera familiare, amicale, le relazioni interpersonali che riguardano la sfera privata e personale, tutto ciò che attiene sostanzialmente la vita di ciascun cittadino di questa terra che intenda esprimersi e comunicare così come gli viene con un linguaggio che il collega Dello Sbarba in maniera molto appropriata ha definito "attraverso la lingua del cuore", che è quella imparata nell'ambito familiare, quindi il dialetto. Questo è il primo piano e costituisce anche una ricchezza, una varietà linguistica come quella altoatesina, che è sotto gli occhi di tutti. Poi c'è il secondo piano che è quello delle relazioni pubbliche, del rapporto non solo, così come è stato indicato in precedenza da parte di colleghi che sono intervenuti allo sportello, ma intendo dire anche in occasioni di iniziative di ordine ufficiale, istituzionale, pubblico, di relazioni sostanzialmente che attengono la generalità di cittadini, comunicazioni orali. Su questo piano abbiamo voluto intervenire con questa mozione che ho definito "di provocazione" ma positiva, non per mettere in evidenza del negativo, ma, partendo dal dato positivo della varietà linguistica in Alto Adige, per riconoscere un dato oggettivo, ossia che non tutti i cittadini della nostra provincia sono nella condizione di comprendere le forme dialettali nelle diverse varianti del "Südtirolerisch" e che quindi questo costituisce spesso un ostacolo che crea talvolta frustrazione, senso di incapacità e rinchioda ancor più il cittadino di lingua italiana che pure si è impegnato nell'apprendimento della seconda lingua attraverso la lingua standard, lo rende più vulnerabile e quindi più diffidente rispetto all'uso anche alla conoscenza in forma passiva della lingua tedesca. C'è una sorta di rigetto e di rifiuto che è sbagliato e va superato come condizione psicologica. Però la condizione psicologica positiva va aiutata attraverso tutta una serie di impegni che abbiamo posto all'attenzione di questo Consiglio attraverso la nostra mozione che impegna la Giunta provinciale a sostenere una adeguata campagna di sensibilizzazione, rivolta a tutti gli amministratori pubblici e quanti abbiano obblighi di rappresentanza di enti pubblici, di utilizzare, in occasione delle diverse manifestazioni come conferenze, presentazioni, inaugurazioni conferenze stampa, le lingue provinciali, però nella lingua e nella forma standard, escludendo il ricorso a derivazioni dialettali. Credo che questo sia quanto di minimo possa essere richiesto in una provincia che si sforza di trovare una condizione di relazione comunicativa nelle due lingue, che sono le lingue riconosciute dal nostro Statuto di autonomia, fermo restando il riconoscimento della terza lingua provinciale, il ladino, ma qui mi stavo limitando a quelle maggiori, che devono essere lingue per essere comprese, imparate ed anche utilizzate per la loro più ampia diffusione, lingue nella loro versione standard.

Questo è quello che la mozione intende proporre all'attenzione di questo Consiglio, non sicuramente la restrizione degli spazi di comunicazione secondo le proprie tradizioni e le proprie origini. Ciascuno ha non solo il diritto di utilizzare la propria madrelingua, quella del cuore, anzi è una ricchezza meravigliosa e straordinaria, ma crediamo che nelle relazioni pubbliche e istituzionali questo uso e questa abitudine invalsa di utilizzare le espressioni dialettali debba essere ristretta il più possibile. A questo riguardo vorrei ricordare come è tutto il contrario

rispetto a quanto ho sentito affermare in questa sede: proprio nella manifestazioni di carattere pubblico rivolte alla generalità dei cittadini questo uso delle forme dialettali è consuetudine ormai affermata ad ogni livello. E questa è proprio la ragione per cui, sollecitati da diverse realtà che a noi si sono rivolte, abbiamo presentato questa mozione. Sono convinto che comunque un segno positivo essa lo abbia lasciato.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Beschlussantrag ab: mit 2 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Punkt 32 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 194/10 vom 2.2.2010, eingebracht von den Abgeordneten Urzi und Vezzali, betreffend Unabhängigkeit sollte den Beirat für Chancengleichheit auszeichnen"**.

Punto 32) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 194/10 del 2.2.2010, presentata dai consiglieri Urzi e Vezzali, riguardante indipendenza segno di autorevolezza del Comitato pari opportunità"**.

Die Frauenbewegung der Volkspartei hat eine Kampagne unterstützt, deren Zielsetzung durchaus nachvollziehbar ist. Dabei wird der Zweck verfolgt, dass jeder Mutter pro Kind zwei Beitragsjahre der Pensionsversicherung anerkannt werden.

An dieser Kampagne haben sich zu Recht private Vereinigungen, Frauenorganisationen und Berufsverbände beteiligt.

Aus der veröffentlichten Liste geht jedoch auch die Teilnahme des Beirates für Chancengleichheit als unmittelbarer und offizieller Initiator und Förderer der Kampagne hervor, wobei es sich dabei um eine öffentliche Einrichtung handelt, die mit öffentlichen Geldern eingerichtet wurde und allgemeine Zielsetzungen verfolgt.

Die Beteiligung einer öffentlichen Organisation an einer Initiative, die von einer politischen Partei ausgeht, ist unabhängig von den Zielen der Initiative überaus fraglich. Die Politisierung der Rolle und des institutionellen Profils des Beirates hat unter vielen Frauen für Verwirrung gesorgt und auch Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser Beteiligung hervorgerufen.

Aus den obgenannten Gründen

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

den Beirat für Chancengleichheit, sich zukünftig nicht an Informationskampagnen jedweder Partei zu beteiligen.

Il Movimento femminile della Volkspartei ha sostenuto una campagna, assolutamente divisibile nelle sue finalità, tesa a fare riconoscere ad ogni madre due anni, calcolati per ogni figlio, di contributi figurativi ai fini pensionistici.

Alla campagna hanno legittimamente aderito associazioni private, organizzazioni femminili e professionali.

Dall'elenco pubblicizzato risulta però anche la partecipazione alla campagna come promotore e sostenitore diretto e ufficiale del Comitato per le pari opportunità, che è un organismo pubblico istituito con denaro pubblico e con finalità di carattere generale.

L'adesione di una organizzazione pubblica ad una iniziativa di un partito politico è quanto mai discutibile, al di là delle finalità della stessa iniziativa. La politicizzazione del ruolo e del profilo istituzionale del Comitato ha creato perplessità fra molte donne, e dubbi anche sulla legittimità dell'adesione.

Tutto ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

impegna

il Comitato pari opportunità ad astenersi per il futuro dall'aderire a campagne promozionali di qualunque partito.

Herr Abgeordneter Urzi, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

URZI (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertè): Credo non ci sia molto altro da aggiungere rispetto a quanto contenuto nella mozione che volevo riassumere in modo molto rapido, perché non ho molti commenti da fare.

Nella sostanza abbiamo voluto ricordare come il movimento femminile della SVP abbia sostenuto una importante campagna tesa a far riconoscere ad ogni madre due anni calcolati per ogni figlio di contributi figurativi ai fini pensionistici, e come a questa campagna abbiano legittimamente aderito associazioni private, organizzazioni femminili e professionali. Risulta anche che si sia manifestata la partecipazione alla campagna come promotore e sostenitore diretto e ufficiale del comitato per le pari opportunità, cioè che una organizzazione pubblica abbia aderito ad una iniziativa di un partito politico.

La sostanza della nostra mozione è proprio quella di distinguere i piani, il pubblico e il privato, in questo caso il privato "partito". Ci era parso improprio che un'organizzazione pubblica quale il comitato per le pari opportunità aderisse ad una campagna di promozione, pur lodevole, di un partito politico, per puro caso la Volkspartei. Abbiamo ricordato come la politicizzazione di un ruolo e del profilo istituzionale del comitato avesse creato forse qualche perplessità fra molte donne che si erano trovate nell'imbarazzo se aderire o meno a questa iniziativa in considerazione del fatto che questa iniziativa, pur promossa dal comitato pari opportunità, di fatto era un'iniziativa di un partito politico.

La nostra mozione impegna il comitato pari opportunità, che oggi ha cambiato nome ma non sostanza del suo impegno in virtù dell'approvazione nel frattempo di una nuova legge provinciale di riordino, ma credo che si possa eventualmente modificare la definizione da "comitato" a "commissione" ma non cambia la sostanza delle cose, ad astenersi per il futuro dall'aderire a campagne promozionali di qualunque partito, non di un partito, guarda caso e per pur caso la Volkspartei, ma di qualunque partito. È bene distinguere l'impegno di un'istituzione pubblica dall'impegno legittimo, importante e lodevole, come nel caso specifico, di un partito politico. Non vorremmo trovarci ancora per il futuro di fronte a situazioni anomale così come nel caso che abbiamo voluto rappresentare.

Vorsitz des Vizepräsidenten | Presidenza del vicepresidente: Mauro Minniti

PRESIDENTE: Ha chiesto intervenire la consigliera Unterberger, ne ha facoltà.

UNTERBERGER (SVP): Danke, Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Kollege Urzi! Mein Einwand zu Ihrem Beschlussantrag hat erstens formalen Charakter. Der Beirat für Chancengleichheit ist ein beratendes Gremium der Landesregierung, wobei es keine Möglichkeit gibt, dass der Landtag ein beratendes Organ der Landesregierung zu irgendetwas verpflichten kann. Wenn, dann müsste der Beirat für Chancengleichheit beim Landtag angesiedelt sein, was durchaus überlegenswert wäre, aber in dieser Konstellation kann der Landtag den Beirat für Chancengleichheit nicht zu irgendetwas verpflichten.

Der inhaltliche Einwand besteht darin, dass das Anliegen, jenen Frauen, die Kinder bekommen, zwei Rentenjahre zu geben, ein sehr breites Anliegen der Frauenbewegung ist, das natürlich auch der Beirat für Chancengleichheit unterstützt, wenngleich die Initiative von einer Partei ausgeht. Der Beirat für Chancengleichheit ist ja eine Ansammlung von Vertreterinnen verschiedener Frauenorganisationen, wobei auch der parteipolitische Aspekt eine Rolle spielt, weil auch Vertreterinnen der Minderheit per Gesetz Mitglieder des Beirates sein müssen. Der Beirat für Chancengleichheit hat es sich seit jeher zur Zielsetzung gemacht, die Anliegen, die die Frauen interessieren - unabhängig von Parteidenken -, zu unterstützen. Deshalb glaube ich, dass das der falsche Ansatz ist. Man müsste eher davon ausgehen, dass der Beirat für Chancengleichheit alle Anliegen, die frauenpolitisch wichtig sind, unterstützen muss, unabhängig davon, von welcher Partei sie kommen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass zur Zeit, als ich Präsidentin des Beirates für Chancengleichheit war, durchaus auch Initiativen der Grünen Frauen unterstützt worden sind, während ich mich nicht daran erinnern kann, dass Initiativen der SVP-Frauen unterstützt worden wären. Das ist also reiner Zufall.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Damit ist die Frage, die ich in erster Linie stellen wollte, beantwortet, nämlich, dass es tatsächlich so war, wie es hier im Beschlussantrag beschrieben ist, und nicht umgekehrt. Die Initiative ist also vom Beirat für Chancengleichheit ausgegangen. Der Kollege Urzi schreibt in seinem Beschlussantrag: "*Aus der veröffentlichten Liste geht jedoch auch die Teilnahme des Beirates für Chancengleichheit als unmittelbarer und offizieller Initiator und Förderer der Kampagne hervor.*" Wenn der Beirat für Chancengleichheit der Initiator ist und sich eine Partei anhängt, dann ist das meines Erachtens in Ordnung. Umgekehrt muss man sehen, ob hier tatsächlich eine Einbahn besteht. Man hat keine Schwierigkeiten, beispielsweise eine Initiative der

Südtiroler Volkspartei mitzutragen, würde sich aber sehr wohl zieren, eine Initiative beispielsweise der Freiheitlichen oder der Süd-Tiroler Freiheit mitzutragen. Frau Unterberger, seien wir bitte ehrlich, denn wenn es darum geht, dann wird die Sache und die Selbstverständlichkeit ein anderes Gesicht bekommen. Diesbezüglich habe ich also schon meine Probleme, und das knüpft an das an, was wir am Vormittag gesagt haben. Mit Selbstverständlichkeit wird bei einem Parteitag auf großen Bildschirmen auch Werbung für Firmen gemacht, die den Parteitag der Südtiroler Volkspartei unterstützen. Natürlich sagt der Landeshauptmann, dass es nicht um die paar Äpfel gehe, aber mit Speck fängt man bekanntlich Mäuse. Insofern ist das Anliegen schon gerechtfertigt. Der Beirat für Chancengleichheit ist immer noch bei der Landesregierung angesiedelt.

ABGEORDNETER: *(unterbricht)*

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich weiß schon, dass auch Oppositionsvertreter dabei sind, aber den Beirat für Chancengleichheit zu verpflichten, sich künftig nicht an Informationskampagnen jedweder Partei zu beteiligen, ... Es kommt darauf an, wie das ausgerichtet wird. Wenn es um Anliegen geht, für welche auch der Beirat zuständig ist, dann ist das eine Sache, aber im System Südtirol habe ich da meine Zweifel.

MAIR (Die Freiheitlichen): Es ist kein Geheimnis, dass ich kein Freund des Beirates für Chancengleichheit bin. Deshalb danke ich den Kollegen Urzi und Vezzali, dass sie diesen Beschlussantrag eingebracht haben, der in meinen Augen mehr als berechtigt ist. Es fällt auf, dass seit dem Wechsel an der Spitze des Beirates für Chancengleichheit – mittlerweile ist ja Frau Ulrike Oberhammer Präsidentin des Beirates – sehr stark die Parteizugehörigkeit zum Ausdruck kommt. Der Beirat für Chancengleichheit, der bei der Landesregierung angesiedelt ist, ist alles andere als ein überparteiliches Gremium, welches tatsächlich versucht, alle Anliegen der Frauen in den Mittelpunkt zu stellen. Es kommt schon darauf an, von welchen Frauen die Anliegen vorgebracht werden. Kollegin Unterberger, Du hast gesagt, dass Du es eigentlich grundsätzlich gut findest, wenn der Beirat für Chancengleichheit Initiativen unterstützt, die von einer großen Anzahl von Frauen mitgetragen werden. Dann darf ich Dir ein Beispiel nennen. Als Du noch Präsidentin des Beirates für Chancengleichheit warst, gab es das Kindergeld des Landes noch nicht. Du weißt, dass wir das immer wieder gefordert haben und dieses Thema auch im Wahlkampf propagiert haben. Ich habe es damals als erste und einzige Frau geschafft, die ersten "goldenen Hosenträger" zu bekommen, weil ich die Einführung eines Kinderschecks verlangt habe. Wenn Du Dich auf die Straße stellst und wirklich mit den Frauen aus dem Volk sprichst, dann ist das eine Forderung einer breiten Masse von Frauen, die sich wirklich mehr Kindergeld wünschen würden, aber von Seiten des Beirates für Chancengleichheit absolut keine Unterstützung bekommen, weil die Forderung natürlich von der falschen politischen Ecke kommt bzw. von den falschen Frauen vorgebracht wird. Ich bin der Überzeugung, dass dieses Gremium absolut überparteilich sein muss. Wenn eine Partei eine Initiative lostritt, egal wie gut diese auch sein mag, dann finde ich es nicht richtig, dass sich der Beirat dieser Partei anschließt, weil es hauptsächlich um die Südtiroler Volkspartei geht. Ich glaube, dass auch andere Parteien gute Ideen haben, aber diese kommen im Beirat leider nicht zur Sprache und finden leider Gottes wenig Gehör.

PRESIDENTE: Prima di passare la parola all'assessore Bizzo, devo comunicare che il consigliere Urzi ha presentato un emendamento: "Le parole 'impegna il Comitato' sono sostituite dalle parole 'richiede alla Commissione'. La parola 'ad' è sostituita dalla parola 'di'."

Siccome l'emendamento deve ancora essere tradotto, chiederai di sospendere la discussione su questa mozione.

Procediamo intanto con il punto successivo all'ordine del giorno.

Ha chiesto la parola sull'ordine dei lavori il consigliere Urzi, ne ha facoltà.

URZI (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà): Volevo chiedere il rinvio dei punti a mia prima firma per la giornata odierna.

PRESIDENTE: Va bene.

Punto 35) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 200/10 del 15-2-2010, presentata dal consigliere Pardeller, riguardante risparmio di denaro pubblico grazie all'utilizzo di mezzi d'informazione moderni**".

Punkt 35 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 200/10 vom 15.2.2010, eingebracht vom Abgeordneten Pardeller, betreffend Einsparung von Steuermitteln durch den Ersatz von modernen Medien"**.

La Provincia autonoma di Bolzano è parte di una società dell'informazione in cui i media influenzano l'opinione pubblica come non mai. Questo sviluppo ha contribuito a far sì che anche il settore pubblico si orienti sempre di più ai nuovi dettami del marketing.

E non sempre questo è visto di buon occhio.

Al contrario, molte persone considerano l'invasione di alcuni strumenti mediatici, sia nella sfera pubblica sia in quella privata, spesso fastidiosa, sproporzionata e uno spreco di risorse.

L'amministrazione pubblica dovrebbe cercare di trovare un compromesso ragionevole e puntare più sui moderni mezzi di informazione, come per esempio internet.

L'informazione diretta sulla stampa, su internet e sui mezzi elettronici è sicuramente più utile di voluminose pubblicazioni che spesso finiscono nel cestino e sono poco apprezzate soprattutto dai giovani.

Sarebbe quindi opportuno sottoporre le voci di spesa per informazione e marketing a una verifica ed effettuare dei tagli laddove questo sia possibile e necessario per favorire la formazione di un'opinione equilibrata.

In questo contesto bisogna ambire a una gestione rispettosa del denaro pubblico e al contempo a una riduzione dell'impatto ambientale dovuto allo sperpero di carta e prodotti chimici.

Meno informazione, ma più mirata e accurata, dovrebbe contribuire a ridurre possibili manipolazioni del singolo e dell'opinione pubblica.

Tutto ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
impegna

la Giunta provinciale:

a fornire un elenco dettagliato dei mezzi spesi dalla Provincia nel 2009 per pubblicità, marketing e informazione nonché dei rispettivi beneficiari;

a sottoporre al Consiglio provinciale una proposta su come risparmiare denaro pubblico, anche grazie all'utilizzo dei mezzi di informazione moderni, in quali settori, e a prendere le rispettive decisioni;

a tagliare, dopo un'attenta analisi, la spesa attuale del 30-50% e a utilizzare i mezzi risparmiati per scopi sociali.

Südtirol ist Teil einer Informationsgesellschaft, in welcher die Meinungsbildung so stark wie nie zuvor von den Medien bestimmt wird. Diese Entwicklung hat es mit sich gebracht, dass sich auch die öffentliche Hand immer mehr nach den neuen Marketing-Diktaten ausrichtet.

In der öffentlichen Meinung trifft das nicht immer auf Verständnis.

Im Gegenteil, die Aufdringlichkeit sowohl im öffentlichen wie auch im privaten Bereich seitens mancher Medieninstrumente wird von vielen Menschen oft auch als lästig, als übertriebener Aufwand und als Verschwendung von Ressourcen empfunden.

Die öffentliche Hand sollte hier einen vernünftigen Mittelweg gehen und stärker auf die modernen Kommunikationsmittel wie zum Beispiel das Internet ins Auge fassen.

Die direkte Information in Presse und Internet und in den elektronischen Medien bringt sicher mehr als dicke Broschüren, die häufig im Papierkorb enden und vor allem bei jungen Menschen wenig Anklang finden.

Es ist daher angebracht, dass die Ausgaben für Information und Marketing einer Überprüfung unterzogen und dort Einsparungen ins Auge gefasst werden, wo solche möglich sind und im Interesse einer ausgewogenen Meinungsbildung liegen.

Damit verbunden soll ein rücksichtsvoller Umgang mit den Steuermitteln sein und gleichzeitig auch die Belastung der Umwelt durch übermäßigen Verschleiß von Papier- und chemischen Mitteln eingedämmt werden.

Weniger, aber dafür gezielte und überlegte Information soll dazu dienen, mögliche Manipulationen des Einzelnen und der Allgemeinheit zu verringern.

In Anbetracht des vorhin Gesagten

fordert

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung auf:

Eine genaue Aufstellung aller vom Land für Werbung, Marketing und Information im Jahr 2009 ausgegebenen Mittel mitzuteilen sowie die Empfänger dieser Mittel anzuführen.

Dem Landtag einen Vorschlag zu unterbreiten, in welchen Bereichen auch unter Einschaltung moderner Medien Einsparungen von Steuermitteln vorgenommen werden können, und entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Nach Abwägung aller Umstände Einsparungen im Ausmaß zwischen 30 und 50 Prozent der bisherigen Ausgaben vorzunehmen und die eingesparten Mittel für notwendige Zwecke und Zielsetzungen im sozialen Bereich einzusetzen.

La parola al consigliere Pardeller per l'illustrazione della mozione.

PARDELLER (SVP): Danke, Herr Präsident! Dieser Beschlussantrag ist im Sinne des Sparens eingebracht worden. Wir reden ja vielfach vom Sparen, und sparen soll man dort, wo es Sinn macht. Wir haben heute sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich einen Blätterwald an Werbung bzw. Marketing, das über das Maß der Notwendigkeit hinausgeht. Da hätte man wirklich die Möglichkeit, Einsparungen vorzunehmen. Wenn ich die Wirkungsbereiche der Südtiroler Landesregierung in Betracht ziehe, so gibt es viele Möglichkeiten, sich über Pressekonferenzen im Radio und Fernsehen darzustellen. Es braucht also nicht unbedingt Glanzbroschüren, die vielfach verstauben, kiloweise, um nicht zu sagen, tonnenweise herumliegen und schlussendlich im Papierkorb oder im "Schürloch" landen. Wer sich einmal die Zeit nimmt, in die Müllcontainer neben dem Landhaus hineinzuschauen, wird staunen, wie viel weggeworfen wird, und ich sage ganz offen, dass ich viel mehr bekomme, als ich lesen könnte. Deshalb muss man eben auch etwas wegwerfen. Auf der einen Seite sterben die Regenwälder, auf der anderen Seite gehen die Papierkörbe über. Da wird sehr viel Geld verschleudert. In diesem Sinne wäre es auch sehr interessant, einmal ein ganzes Bild darüber zu haben, wer wie viel Geld der öffentlichen Hand für Werbung und Marketing ausgibt. Wenn man diese gezielten Informationen bei Pressekonferenzen mit einem Hinweis auf die Internetseite vermitteln würde, dann wäre das eine gute Möglichkeit, um die Leute zu informieren. Wir brauchen diese Verschwendung einfach nicht mehr!

Ich habe den Beschlussantrag im Jahr 2009 eingebracht, und deshalb muss die Jahreszahl 2009 mit der Jahreszahl 2010 ersetzt werden. Wie gesagt, es soll einmal ein Bild vermittelt werden, wie viel Geld für Werbung und Marketing ausgegeben wird. Ich weiß aus inoffiziellen Informationen, dass dafür Millionen ausgegeben werden. Außerdem soll man Überlegungen anstellen, wie man einsparen kann. Ich sage, dass man 30 bis 50 Prozent der Kosten einsparen könnte. Dieses Geld können wir dann sozialen Notwendigkeiten zuweisen, denn dort heißt es oft, dass das notwendige Geld fehle. Wir würden also zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: einmal sinnvolles Sparen, andererseits soziale Notwendigkeiten mit öffentlichen Mitteln abdecken. Ich ersuche den Landtag, diesem Beschlussantrag im Sinne des Sparens zuzustimmen.

TINKHAUSER (Die Freiheitlichen): Auch ich habe mich mit diesem Thema beschäftigt und habe auch eine entsprechende Anfrage eingereicht, die aber bis heute unbeantwortet geblieben ist. Es wäre schon interessant zu wissen, wie viele Gelder, aufgeteilt auf die einzelnen Ressorts, diesbezüglich ausgegeben werden und wer der Empfänger dieser öffentlichen Gelder ist. Wir bekommen hier im Büro Drucksachen und zu Hause noch einmal, und wer einen Betrieb hat, bekommt dieselbe Drucksache dort auch noch einmal. Der Landeshauptmann hat heute Vormittag ja gesagt, dass man sich alles im Internet anschauen kann, und dasselbe gilt für diese Drucksachen. Es geht hier nicht allein um Drucksorten des Landes, sondern auch um Drucksorten der Handelskammer, die ja sehr viel Geld vom Land bekommt. Wir können diesem Beschlussantrag also voll zustimmen und den Ausführungen des Kollegen Pardeller beipflichten.

EGGER (Die Freiheitlichen): Bravo, Schorsch! Das ist ein sehr guter und vernünftiger Vorschlag. Auch ich habe das Gefühl, dass es eine wahre Flut von Drucksachen, Prospekten und Broschüren aller Art gibt, die größtenteils nichts anderes sind als mit Steuergeldern bezahlte Wahlwerbung für einzelne Landesräte. Da sage ich ganz offen meine Meinung! Auch die Bürger empfinden es mittlerweile so, dass diese Verschwendung von Steuergeld zugunsten einiger weniger geht, damit sie sich in der Öffentlichkeit schön darstellen können.

Ich unterstütze den Beschlussantrag in all seinen Teilen. In diesem Fall handelt es wirklich um sinnvolle Einsparungen. Ich bin auch dafür, dass die eingesparten Mittel im sozialen Bereich verwendet werden sollen,

denn dort gibt es, wie vom Kollegen Pardeller richtigerweise erwähnt, großen Handlungsbedarf. In Bezug auf den ersten Punkt, Herr Landeshauptmann, erwarte ich mir, dass Sie etwas dazu sagen, denn diesbezüglich kann der Kollege Pardeller die nötigen Informationen ebenfalls aus dem Internet herunterladen. Ich wurde heute von Ihnen zurechtgewiesen, dass ich ins Internet schauen solle, aber wenn der Kollege Pardeller seine Forderungen stellt, ... Er möchte eine Aufstellung aller vom Land für Werbung usw. ausgegeben Mittel haben. Kollege Pardeller, versteh' mich bitte nicht falsch, denn ich unterstütze Deinen Beschlussantrag, aber in diesem Zusammenhang muss ich Dir sagen: "Schau ins Internet!" Da warte ich jetzt auf Ihre Antwort, Herr Landeshauptmann!

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Vielleicht erklärt der Kollege Pardeller in seiner Replik dem Kollegen Urzi die Bedeutung eines "Schürloches". Das nur so nebenbei!

Es stimmt wirklich. Es gibt eine unmögliche Flut an Papieren. Ich sammle die statistischen Auflistungen der Abteilung Arbeit, aber Hand aufs Herz: Wer von Euch liest sich all diese Dinge, die wir da bekommen, immer durch? Man pickt sich die Sachen heraus, die einen interessieren. Ich habe im Rahmen der Sitzungen des Kollegiums der Fraktionsvorsitzenden mehrfach angeregt, dass auch der Landtag mit gutem Beispiel vorangehen und viele Dinge – Einladungen usw. – in elektronischer Form verschicken sollte. Der Landtag hat bereits einen Schritt in diese Richtung gesetzt, nämlich indem er eine digitale Pressemappe eingeführt hat. Früher haben wir da ja jeden Tag Stöße von Fotokopien bekommen, was auch nicht unbedingt umweltgerecht war. In diesem Sinne gibt es also unsere volle Unterstützung für diesen Beschlussantrag.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): La questione è di ecologia ma è anche dei mezzi finanziari che la Giunta provinciale investe per farsi pubblicità. Il collega Pardeller al primo punto chiede l'elenco delle spese per pubblicità ecc. Io ho fatto una raffica di interrogazioni a ciascun assessore per sapere, e gliel'ho dato io le cifre. Queste sono cifre per pubblicità in cui l'assessore è in prima linea e mi sono state fornite a seguito delle interrogazioni. Il totale nell'anno 2009 è di 3.184.467 euro e, assessore per assessore, vado per graduatoria, prima è la collega Kasslatte Mur con 676 mila euro, secondo il collega Laimer con 644 mila euro, terzo il collega Widmann con 389 mila euro, lascio gli spiccioli, quarto il collega Theiner con 350 mila euro, quinto il collega Tommasini con 294 mila euro, sesto il presidente Durnwalder, che evidentemente non ha bisogno di pubblicità, Le fa onore, con 216 mila euro, settimi i colleghi Repetto-Bizzo che si sono dati il cambio con 175 mila euro, ottavo il collega Berger con 96 mila euro e, festeggiamolo, nono il collega Mussner, ultimo ma primo nella graduatoria per noi, con 95 mila euro. A questo la Giunta provinciale ha poi aggiunto il raddoppio dell'ufficio stampa, perché se ne è fatti due, uno strategico e uno quotidiano, e poi negli ultimi tempi i colleghi giornalisti mi raccontano che la Giunta ha messo in piedi anche la produzione di filmati. Non mandano più le solite veline di carta ma mandano filmati già preconfezionati addirittura con le interviste. Vi immaginate che interviste possono essere visti che i filmati li pagano loro! Purtroppo ci sono alcune stazioni radiotelevisive anche per il fatto che hanno pochi mezzi o per il fatto che poi ricevono altra pubblicità, che queste cassette le trasmettono a circuito continuo, per cui vedi l'assessore tutto felice in mezzo alle famiglie, in mezzo alle donne, in mezzo a bambini che vengono accolti tutti contenti. Questa è la situazione.

Noi sosteniamo la proposta del consigliere Pardeller, soprattutto nel terzo punto della parte impegnativa. Crediamo che la Giunta abbia tutto il modo di farsi sentire attraverso interviste, conferenze stampa, che è quello che abbiamo noi, e che tutto questo volume di fuoco sulla pubblicità sia inutile. È un volume di fuoco che è molto cresciuto dopo le ultime elezioni che si sa sono andate malino, e difatti se io incrocio i dati di chi spende di più, cioè i colleghi Kasslatte Mur e Laimer, con chi ha perso più preferenze alle ultime elezioni, sono esattamente i colleghi Kasslatte Mur e Laimer. C'è una regola aurea in queste spese di pubblicità, che più perde colpi più spende per recuperarli.

URZI (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà): Mi chiedevo, seguendo il ragionamento svolto dal collega Dello Sbarba, chi è alla prima legislatura che cosa impegna, se un budget minimo di partenza... Questa è una battuta, anche se è piuttosto triste dover intrattenersi in maniera ironica su questo argomento, perché è fuori discussione che l'impegno dell'amministrazione pubblica abbia la necessità di essere conosciuto. Altra cosa però è la promozione dell'assessore, e sono due ambiti completamente diversi. Ci teniamo affinché i servizi offerti dall'amministrazione pubblica siano di ampia fruibilità da parte dei cittadini, che i cittadini siano a conoscenza di ciò che l'amministrazione pubblica offre, ci teniamo un po' meno affinché questo tipo di offerta sia personalizzato. Prima si disegnavano immagini a tinte pastello, l'assessore fra le famiglie, in mezzo ai bambini a salutare e stringere mani, a dimostrare la qualità di un'azione politica. Lasciatela giudicare ai cittadini sulla base di

quello che è l'effettivo metro di giudizio che è legato alla fruibilità del servizio, all'accessibilità degli uffici, alla capacità da parte dell'amministrazione pubblica di rispondere ai bisogni.

La mozione del collega Pardeller è chiara, è un dardo che arriva a colpire piuttosto in profondità e costituisce in un certo qual modo una scossa che anch'io definisco salutare, perché ci offre l'opportunità di ragionare, con i dati in mano, come si è fatto fino a questo momento. Il collega Pardeller arriva a proporre una misura chiara nella sua efficacia: tagliare, dopo un'attenta analisi, la spesa attuale del 30-50% e utilizzare i mezzi risparmiati per scopi sociali. Il resto lo ha già illustrato in maniera molto chiara. Se devo esprimere un giudizio, non è per una questione che qualcuno potrebbe definire retorica, non posso che essere d'accordo, partendo dalle premesse che sono note e che abbiamo potuto ascoltare dai colleghi che mi hanno preceduto e da parte dello stesso presentatore, che da una parte c'è una sovrapproduzione di materiale che possiamo definire inutile che costituisce comunque spesa, mentre dall'altra parte c'è una sovrapproduzione di materiale che possiamo definire di propaganda personale. Io aggiungerei anche, ma questo è stato ampiamente detto, che comunque forme di produzioni sono possibili utilizzando strumenti nuovi, innovativi ed economici soprattutto. L'amministrazione provinciale e gli amministratori facciano il loro gioco ma non lo facciano con i denari dei contribuenti. Senza voler fare della demagogia spicciola, annuncio il voto favorevole a questa mozione perché è una mozione saggia, ma soprattutto di buon senso e raramente se ne vedono in questo Consiglio.

PICHLER ROLLE (SVP): Herr Präsident, ich würde Sie ersuchen, die Sitzung für zehn Minuten zu unterbrechen, um eine Fraktionssitzung abhalten zu können. Danke!

PRESIDENTE: Va bene. La seduta è sospesa.

ORE 15.49 UHR

ORE 16.18 UHR

Vorsitz der Präsidentin | Presidenza della presidente: DDr.in Julia Unterberger

PRÄSIDENTIN: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.
Bitte, Herr Abgeordneter Pichler Rolle.

PICHLER ROLLE (SVP): Ich möchte den anderen Kolleginnen und Kollegen im Südtiroler Landtag mitteilen, dass wir in der Sitzung der Fraktion eine sehr fruchtbringende Diskussion geführt haben. Wir sind mit dem Inhalt des Beschlussantrages durchaus einverstanden, möchten dessen Behandlung aber aussetzen, um eine präzisere Formulierung vorzulegen.

PRÄSIDENTIN: Gut. Ist der Einbringer des Beschlussantrages damit einverstanden?

PARDELLER (SVP): Ich bin damit einverstanden, eine vernünftige Lösung zu finden. Auch der Herrgott hat die Welt nicht an einem Tag erschaffen. Ich habe immerhin erreicht, dass man eingesehen hat, dass Sparpotentiale vorhanden sind. Natürlich lässt sich niemand gerne etwas nehmen, wenn es um Werbung bzw. um Selbstdarstellung geht, aber man muss solidarisch sein. Schließlich sitzen wir alle in einem Boot, und es kann nicht sein, dass jemand vom Steuerzahler eine Dauerwerbung bezahlt bekommt, während andere, die auch arbeiten, nicht sichtbar sind. Das ist auch eine Tatsache! Wenn man da eine Form findet, mit der man vernünftig sparen kann und alle leben lässt, dann bin ich einverstanden, eine Lösung zu finden. Ich setze die Behandlung des Beschlussantrages also in dem Sinne aus, dass eine vernünftige Lösung gefunden wird.

PRÄSIDENTIN: In Ordnung. Die Behandlung des Beschlussantrages ist also ausgesetzt.

Wir kommen jetzt zum Beschlussantrag Nr. 194/10 zurück.

Ich verlese den vom Abgeordneten Urzi eingebrachten Änderungsantrag:

"Im gesamten Text des Beschlussantrages wird die Bezeichnung 'Beirat für Chancengleichheit' durch 'Landesbeirat für Chancengleichheit für Frauen' ersetzt."

"Nell'intero testo della mozione il termine 'Comitato pari opportunità' è sostituito da 'Commissione provinciale per le pari opportunità per le donne'."

Herr Abgeordneter Urzi, Sie haben das Wort für die Erläuterung Ihres Änderungsantrages.

URZI (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà): È un emendamento che intende adeguare la formulazione anche sulla base della Sua giusta sollecitazione, presidente. Quindi non è "impegna il comitato pari opportunità", ma "richiede alla commissione pari opportunità" ecc.

BIZZO (Assessore al bilancio e finanze, al lavoro, allo sviluppo cooperativo, all'innovazione e all'informatica – Partito Democratico/Demokratische Partei): Il comitato provinciale pari opportunità si compone di 15 componenti effettive e di 15 sostitute nominate dalla Giunta provinciale su proposta delle organizzazioni economiche, sociali, sindacali e politiche, associazioni e movimenti femminili. La designazione di tre componenti effettive e tre sostitute viene fatta dal Consiglio provinciale che garantisce la rappresentanza dei partiti di minoranza politica in questo organo collegiale della Giunta provinciale. In base alla legge provinciale n. 4 del 10.8.1989, il Comitato provinciale pari opportunità ha lo scopo di realizzare le finalità della Giunta provinciale secondo i principi di parità fra donna e uomo. A questo fine la legge prevede, tra l'altro, che il Comitato promuova convegni, conferenze nonché tutte le altre iniziative atte a contribuire alla conoscenza della situazione femminile e alla realizzazione dell'effettiva attuazione del principio di parità fra donna e uomo. Inoltre la legge prevede all'art. 3, comma 2, e che il Comitato provinciale pari opportunità ha cura di sviluppare una rete di rapporti con le realtà associative, culturali e politiche che si rivolgono in modo particolare alle donne operanti in provincia di Bolzano. Nell'ambito della propria attività, il Comitato provinciale pari opportunità può anche sostenere azioni e campagne, decidendo indipendentemente e autonomamente, promosse da altre organizzazioni o rappresentanze politiche, purché abbiano lo scopo di raggiungere gli obiettivi previsti dalla legge, indipendentemente dall'organizzazione che promuove l'iniziativa. Segnalo inoltre che eventualmente il Consiglio può impegnare la Giunta e non un ufficio o una Commissione. Per tale motivo non si ritiene approvabile la mozione di cui all'oggetto.

URZI (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà): La risposta fornita dall'assessore non mi pare esauriente e come si usa dire altrove, non sono soddisfatto! Detto questo, rimane un problema di fondo, ossia il fatto che la commissione pari opportunità sostiene e ha sostenuto nel passato iniziative che sono di partito, campagne di promozione con finalità che sono state individuate da un partito politico, che sono state sottoposte sotto forma di campagna da un partito politico e rispetto a queste campagne promozionali di quel partito politico, campagne mediatiche, la commissione pari opportunità si è fatta promotrice. Io ribadisco che l'impegno di un organismo che è di carattere pubblico debba essere scisso da quello che è l'impegno militante di una forza politica.

Auspico che mai più accada, e questo è il senso della mozione, che si scorgano su internet o su manifesti affissi in giro messaggi promozionali legati ad una campagna politica, legittima, importante, nobilissima nel caso specifico, di un partito politico con tanto di logo, con la sponsorizzazione di un organismo di ordine pubblico come nel caso specifico la commissione pari opportunità. Questo non deve più accadere. La prossima volta che il nostro partito dovesse lanciare una campagna verrà a chiedere all'assessore Bizzo se gli dà il logo della Provincia autonoma di Bolzano, sponsor ufficiale del partito Futuro e Libertà su tale argomento, sulla protezione degli alberi piuttosto che qualcos'altro? Vado dall'assessore Laimer a chiedere il logo della Provincia autonoma di Bolzano e scriviamo: "Questa campagna di Futuro e Libertà è sponsorizzata dalla Provincia autonoma di Bolzano, dalla Commissione pari opportunità, o da altro organismo pubblico". Questo non deve essere più accettato. Auspico che a prescindere dall'approvazione di questa mozione sia rimasto un messaggio, perché la prossima volta, è evidente, la reazione sarà ancora più indispettita di quanto è accaduto in questa circostanza. Auspico che questo messaggio rimanga forte e chiaro, perché tante donne che avrebbero deciso di seguire con maggiore attenzione l'opera della Commissione pari opportunità, dopo questo tipo di iniziativa se ne sono distaccate, e questo credo sia un danno anche per le donne stesse.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den so abgeänderten Beschlussantrag ab: mit 13 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen abgelehnt.

Punkt 36 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 202/10 vom 17.2.2010, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba und Heiss, betreffend Zweisprachigkeitsprüfung: Sprunghafter Anstieg der Durchfallquote im Jahr 2009. 10 Jahre nach der Reform ist die Zweisprachigkeitsprüfung neu zu überdenken**".

Punto 36) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 202/10 del 17.2.2010, presentata dai consiglieri Dello Sbarba e Heiss, riguardante bilinguismo: boom di bocciati nel 2009. A 10 anni dalla riforma l'esame di bilinguismo va ripensato**".

Das Astat-Infoblatt Nr. 5 vom Februar 2010 schlägt Alarm im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Zweisprachigkeitsprüfung: "Die Erfolgsquote bei den Zwei- und Dreisprachigkeitsprüfungen ist im Jahr 2009 gesunken, und zwar bei allen Laufbahnen".

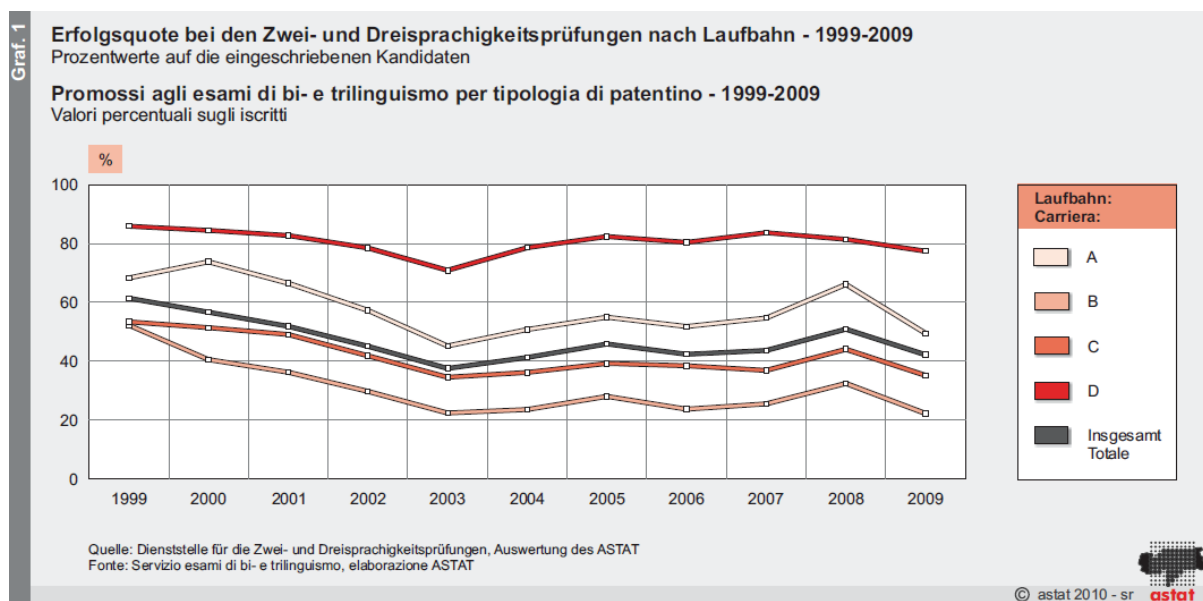
Die Zahlen sind tatsächlich alarmierend. In den Jahren 2008 und 2009 ist die Erfolgsquote bei der Zweisprachigkeitsprüfung:

für die Laufbahn A von 66,1 % auf 49,5 %,

für die Laufbahn B von 32,5 % auf 22,3 %,

für die Laufbahn C von 44,1 % auf 35,2 %,

für die Laufbahn D von 81,4 % auf 77,4 % eingebrochen.



Aus der Grafik mit den Ergebnissen der letzten 10 Jahre geht hervor, dass sich die Entwicklung, trotz Schwankungen, langfristig bei allen Laufbahnen verschlechtert hat. Und die Ergebnisse des Jahres 2009 sind bei weitem die schlechtesten.

Insbesondere die Prüfung für die Laufbahn B scheint konstant den niedrigsten Prozentsatz bei der Erfolgsquote aufzuweisen.

Trotz aller Mittel, die aufgewendet wurden, zeigen die Ergebnisse der Prüfungen, dass das Ziel einer tatsächlichen Zweisprachigkeit noch in weiter Ferne liegt und dass die Gründe hierfür genauer zu untersuchen sind. Die Tatsache, dass die Erfolgsquote bei der Zweisprachigkeitsprüfung, unabhängig von der Laufbahn, in den ladinischen Ortschaften, in denen das mehrsprachige Schulmodell zur Anwendung kommt, beträchtlich höher liegt als anderswo, zeugt von den entscheidenden Faktoren bei der Förderung einer tatsächlich gelebten Zweisprachigkeit.

Seit der Reform sind mittlerweile zehn Jahre vergangen, aber angesichts dieser Ergebnisse scheint es angebracht zu sein, auch die Prüfungsart zu überdenken.

Die neue Prüfungsart, die seit 1999 praktiziert wird, hat sicherlich zahlreiche Neuerungen mit sich gebracht:

Die Prüfungen sind mehr auf das Sprachverständnis und die Verständigung ausgerichtet.

Die schriftliche und die mündliche Prüfung finden am selben Tag statt.

Die Wartezeiten sind kürzer.

Die schriftliche Prüfung für die Laufbahn B ist mit jener für die Laufbahn A ident und befähigt gleichzeitig auch zur Ablegung ebendieser Prüfung. Dies hat zwar jene begünstigt, die schneller die Prüfung für die höhere Laufbahn ablegen wollen, die Prüfung selbst für alle anderen jedoch erschwert.

Die Texte der schriftlichen Prüfung und die Themen für die mündliche Prüfung werden den Kandidatinnen und Kandidaten im Voraus zur Verfügung gestellt.

Es gibt Handbücher mit Erklärungen zum Prüfungsablauf und den Bewertungskriterien.

Unserer Ansicht nach sollten verschiedene Prüfungsaspekte jedoch einer Überprüfung unterzogen worden. Dies wurde mehrmals auch seitens der Mitglieder der Prüfungskommissionen gefordert, die öfters darauf hingewiesen haben, dass mehrere Punkte verbesserungswürdig wären:

Die Anwerbung der Kommissionsmitglieder, auf dass die tatsächlichen Qualifikationen im didaktisch-sprachlichen Bereich und das Bewertungssystem mehr Gewicht erhalten.

Die mangelhafte Ausbildung der Mitglieder der Prüfungskommissionen: dem schnellen Einführungskurs folgen keine nennenswerten Fortbildungen.

Es gibt keine ständige Gruppe von qualifizierten Experten, die die Ausbildung übernimmt, die Arbeit der Prüfungskommissionen überwacht und diesen über eine ständige Beratungstätigkeit, auch während den Prüfungen, zur Seite steht.

Mehr Mittel für Ausbildungs- und Vorbereitungskurse für die Mitglieder der Prüfungskommissionen.

Eine häufigere Überprüfung der Angemessenheit und Aktualität der Texte.

Die Möglichkeit, bei der Prüfung für die Laufbahn B, zwischen einer schriftlichen Prüfung auszuwählen, die mit jener für die Laufbahn A ident ist (wie heute), oder einer einfacheren schriftlichen Prüfung, die ausschließlich für die Laufbahn B gilt.

aus all diesen Gründen,

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung, mehr Mittel zu investieren, um die Abwicklung der Zweisprachigkeitsprüfungen zu verbessern und die Mitglieder der Prüfungskommissionen besser zu unterstützen und zu schulen; gemeinsam mit den Mitgliedern der Prüfungskommissionen einen Konsultations- und Beratungsprozess in die Wege zu leiten und ihre Anregungen und Vorschläge zur Verbesserung der Prüfungen und der Prüfungsergebnisse aufnehmen;

die Art und die Kriterien bei der Anwerbung der Mitglieder der Prüfungskommissionen zu überprüfen, damit den Erfahrungen im pädagogisch-didaktischen Bereich und der Bewertung mehr Gewicht zukommt;

die Ausbildung der Mitglieder der Prüfungskommissionen entschieden zu verbessern, wobei eine intensivere (und kostenlose) Erstausbildung und eine systematische und kontinuierliche Fortbildung (auch diese kostenlos) vorzusehen sind;

einen wissenschaftlichen Ausschuss für die Zweisprachigkeitsprüfungen einzurichten, der aus Fachleuten im Bereich Sprache und Bewertung zusammengesetzt ist, gegebenenfalls zusammen mit anderen kulturellen Institutionen und Forschungseinrichtungen, der die Aus- und ständige Weiterbildung organisiert, den Prüfungsablauf überwacht und kontrolliert und die Mitglieder der Prüfungskommissionen bei sämtlichen Aspekten ihrer Arbeit berät;

eine Überarbeitung der Prüfungstexte zu veranlassen, um sie angemessener und aktueller zu gestalten; eine solche Überprüfung sollte systematisch und häufig erfolgen;

gegebenenfalls den Kandidatinnen und Kandidaten der Zweisprachigkeitsprüfung für die Laufbahn B die Möglichkeit zu bieten, zwischen zwei schriftlichen Prüfungen auszuwählen, von denen eine nur für die Laufbahn B vorgesehen ist, die andere hingegen mit der der Laufbahn A ident ist (wie zur Zeit) und auch für diese Laufbahn gilt.

Il bollettino Astat n. 5 del febbraio 2010 suscita forte allarme per quanto riguarda i risultati degli esami di bilinguismo: "Nell'anno 2009 – vi è scritto – la percentuale di successo per gli esami di bi- e trilinguismo nel 2009 è crollata, rispetto agli ultimi anni, per tutte le tipologie di patentino".

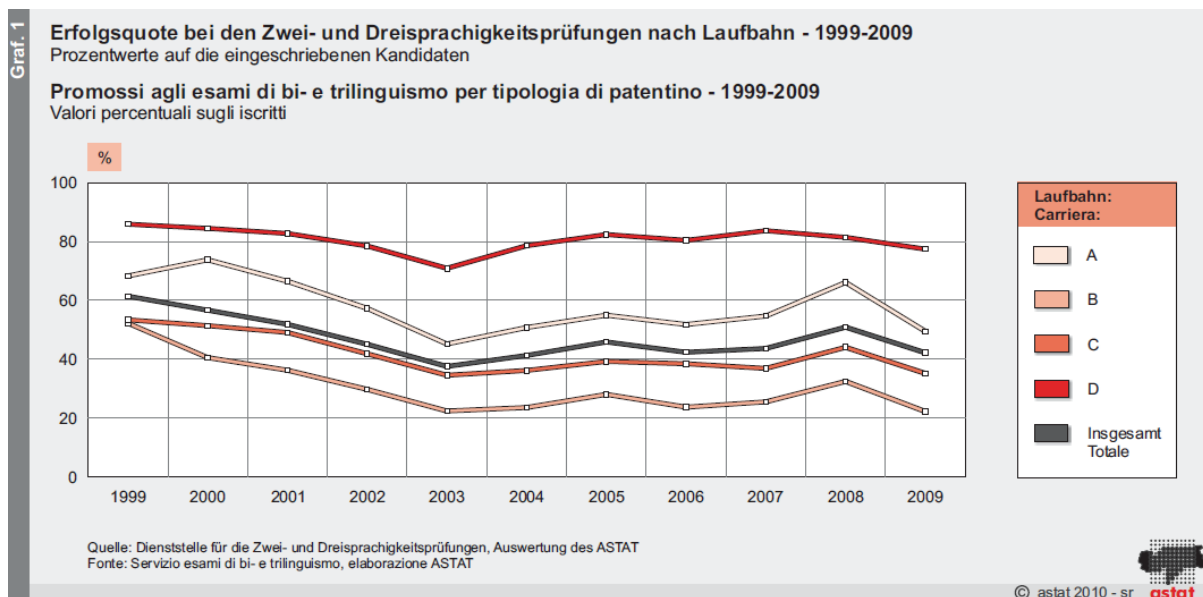
I dati sono davvero drammatici. Tra il 2008 e il 2009 la percentuale di promossi:

per la carriera A è crollata dal 66,1% al 49,5%;

per la carriera B dal 32,5% al 22,3%;

per la carriera C dal 44,1% al 35,2%;

per la carriera D dall'81,4% al 77,4%.



Dal grafico sui risultati dell'ultimo decennio si deduce che, seppur con andamenti altalenanti, la tendenza nel lungo periodo è stata quella di un peggioramento per tutte le carriere. I risultati del 2009 sono i peggiori di sempre.

In particolare, la carriera B risulta essere quella con la percentuale costantemente più bassa.

Nonostante tutte le risorse impiegate, gli esiti degli esami dimostrano che l'obiettivo del reale bilinguismo è ancora lontano e che occorre indagare più a fondo sulle cause. Il fatto che per ogni carriera le percentuali di successo registrate nelle località ladine, caratterizzate dal modello di scuola plurilingue, siano notevolmente più elevate, suggerisce quali siano i fattori decisivi per favorire un bilinguismo davvero vissuto.

Ma a dieci anni dalla riforma, e con questi risultati, ci pare necessario avviare una riflessione anche sulle modalità in cui si svolgono gli esami.

Certamente il nuovo esame, adottato dal 1999, ha portato numerose novità:

prove più orientate sulla comprensione e la comunicazione,

scritto e orale concentrati in un solo giorno,

tempi di attesa minori,

uno scritto della carriera B identico alla A e a questa abilitante, che se ha avvantaggiato chi voglia passare presto al grado di bilinguismo più elevato, ha però reso più difficile l'esame per tutti gli altri, testi dell'esame scritto e temi dell'esame orale resi accessibili in anticipo ai candidati/e, manuali con le spiegazioni sul metodo d'esame e sui criteri di valutazione.

Diversi aspetti dell'esame ci sembrano però oggi meritevoli di una verifica, che è stata sollecitata più volte anche dai/le commissari/rie degli esami, che hanno in più occasioni messo in evidenza diversi punti che vanno migliorati:

il reclutamento dei/le commissari/rie, in modo che sia valutata maggiormente l'effettiva qualificazione in campo didattico-linguistico e dei sistemi di valutazione.

la insufficiente formazione dei/le commissari/rie: a un breve corso iniziale non seguono significativi appuntamenti di aggiornamento.

la mancanza di un gruppo permanente di esperti/e qualificati/e che si occupi della formazione, monitori il lavoro delle commissioni e le supporti con un servizio di consulenza continua, ottenibile anche durante gli esami.

un maggiore investimento di risorse per retribuire i/le commissari/ie in questo lavoro di formazione e preparazione.

la necessità di verificare con più frequenza l'adeguatezza e l'attualità dei testi.

l'opportunità di offrire a chi affronti la prova per la carriera B la scelta tra un esame scritto identico alla carriera A (come oggi) e un esame scritto più semplice, valido esclusivamente per la carriera B.

Per tutti questi motivi,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

impegna

la Giunta provinciale:

a prevedere un maggiore investimento di risorse per migliorare lo svolgimento degli esami di bilinguismo, per sostenere e meglio formare i/le commissari/rie;

ad avviare una fase di consultazione e riflessione dei/le commissari/rie raccogliendo da loro suggerimenti e proposte su come migliorare l'esame e i suoi risultati;

a verificare il metodo e i criteri di reclutamento dei/le commissari/rie in modo da dare maggior peso all'esperienza nel campo pedagogico-didattico e della valutazione;

a migliorare con decisione la formazione dei/delle commissari/rie, prevedendo un più intenso periodo (pagato) di formazione iniziale e un aggiornamento sistematico e continuo (anch'esso pagato);

a istituire un comitato scientifico degli esami di bilinguismo composto da esperti/e del campo linguistico e della valutazione, anche in collaborazione con altre istituzioni culturali e di ricerca, che abbia il compito della formazione iniziale e continua dei/le commissari/rie, del monitoraggio e della supervisione degli esami e della consulenza per i/le commissari/rie in ogni aspetto del loro lavoro;

a promuovere un'opera di rielaborazione dei testi di esame in modo da renderli sempre più adeguati e attuali; tale revisione va resa sistematica e frequente;

a verificare la possibilità di offrire ai/le candidati/e per la carriera B la scelta tra una prova scritta riservata solo a quel grado di carriera e una identica alla carriera A (come oggi) e valida anche per questa.

Herr Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Questa mozione è di un anno fa, ma conserva tutta la sua attualità. Ricordo che poche settimane fa un quotidiano della nostra provincia ha pubblicato in prima pagina la fotografia di un esame della carriera B dove tutti i candidati erano stati respinti alla prova scritta. Parlando con persone che conosco mi dicevano che quel giornale ha pubblicato quel giorno quella foto perché se ne è accorto quel giorno, ma non è infrequente che un'intera classe d'esame venga bocciata al patentino. Questa mozione di cui spero le colleghe e i colleghi e anche gli assessori competenti apprezzino lo sforzo di approfondimento, è stata effettivamente elaborata discutendo e confrontandosi con diverse persone che hanno fatto i commissari d'esame e persone che hanno esperienza degli esami di bilinguismo.

Esistono alcuni problemi fondamentali in queste commissioni di bilinguismo. Qui si prende il tema non dal punto di vista di quello che va a fare l'esame, su questo si è discusso e si discuterà molto a lungo e l'obiettivo è che persone siano sempre meglio preparate e sempre meglio bilingui, però qui ci si pone il problema se a 10 anni dalla riforma degli esami di patentino qualcosa da cambiare non ci sia, per evitare che gli esami di patentino forniscano una fotografia più pessimistica di quelle che sono invece le effettive capacità dei nostri ragazzi/ delle nostre ragazze. Noi abbiamo focalizzato le tematiche attorno a cui le persone che da anni fanno esami di patentino ci hanno attirato l'attenzione. La prima è la questione del reclutamento e anche del pagamento di queste persone. C'è un grossissimo turn over specialmente in alcune classi di patentino, di insegnanti. Ci sono commissari che stanno lì sei mesi e poi cambiano. Spesso fare il commissario per l'esame di patentino viene considerato una specie di arrotondamento dello stipendio che si fa fino a che magari si lavora part time, ma appena si può si esce. Questo contingente di persone che fanno i commissari non è consolidato, ha un turn over continuo. Naturalmente questo comporta che prima che uno abbia capito, si sia rodato ecc. passa del tempo, e probabilmente gli esami da commissione a commissione non sono così omogenei.

Il secondo punto riguarda l'accompagnamento che queste persone hanno in termini di aggiornamento, rafforzamento delle loro capacità, coordinamento. Adesso qualcosa è stato fatto e la Giunta ci dirà qualcosa al riguardo. Manca un gruppo di lavoro che segua queste commissioni dal punto di vista scientifico, che le consigli, coordini, che promuova l'autoaggiornamento. Quindi stabilizzazione, miglior pagamento di questi commissari, aggiornamento, un gruppo di lavoro scientifico che accompagni.

L'ultimo punto riguarda il patentino B. Questo è problema oggettivo. Io ho una figlia che ha fatto adesso l'esame di patentino B. È stato mal concepito questo patentino B. C'era la buona intenzione di dire che si fa l'esame scritto uguale per il patentino B e per il patentino A, e chi passa il patentino B, quando si presenta al patentino A ha già lo scritto guadagnato. Questo è giustissimo, solo che non è un caso che le bocciature per il patentino B

siano le più alte, perché in questo modo, dovendo essere valido anche per il patentino A, lo scritto del B è diventato molto difficile per persone che magari si vogliono fermare al B. Io do questa semplice motivazione al fatto che molti non riescono a passare lo scritto del B, perché in realtà lo scritto è pensato con il criterio dei laureati, ma tra un diplomato ad un istituto tecnico industriale o commerciale e un laureato c'è una bella differenza. Allora noi dobbiamo proporre la possibilità a quelli che fanno il patentino B di poter optare per uno scritto più semplice, più adeguato al B e meno rivolto al livello A, sapendo che se passa il B con quello scritto dovrà rifarlo se vuole fare il patentino A, ma porre a tutti candidati del patentino B una prova scritta talmente difficile che è abilitante anche per il livello A anche per quelli che non hanno interesse a fare il patentino A, a me sembra che sia un errore, fatto naturalmente in buona fede. Lo dimostra il fatto che l'ecatombe più grossa avviene nella prova scritta del patentino B e il motivo secondo me è che va offerta una possibilità di una prova scritta più adeguata al B chiarendo che chi sceglie quella non potrà farla contare per il patentino A e chi invece sceglie la prova scritta più difficile, potrà accedere senza problemi anche al patentino A.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): In diesem Beschlussantrag werden vor allem zwei Aspekte hervorgehoben, zum einen jener, dass die Durchfallsquote in den letzten zehn Jahren stark gestiegen ist, zum anderen aber auch jener der Problematik der Prüfungskommissionen. Ich gebe Riccardo Dello Sbarba vollkommen Recht, wenn er sagt, dass die Prüfungskommissionen und die Prüfungen in ihrer heutigen Form sicher dazu beitragen, dass die Durchfallsquote entsprechend ausschaut. Ich denke, dass hier nicht nur die Frage der Prüfungskommissionen, sondern das gesamte System der Zweisprachigkeitsprüfung zu überdenken ist. Erinnerung Euch bitte! Wir haben im Landtag eine Anhörung zum Volksanwalt und zum Kinder- und Jugendanwalt gehabt, wo Kandidaten aufgetreten sind, die im Besitz des Zweisprachigkeitsnachweises A waren, aber weder Fragen in der deutschen Sprache verstanden haben, noch in der deutschen Sprache antworten konnten. Die eigentliche Frage ist also jene, was wir bezwecken möchten. Möchten wir bezwecken, dass die Durchfallsquoten sinken oder möchten wir erreichen, dass sich die Qualität der Sprache verbessert? Wenn man hier darüber redet, dann sollte man sich auch überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre, den Zweisprachigkeitsnachweis zu erneuern. Das ist wie beim Führerschein; es reicht nicht, wenn man ihn einmal macht und dann ein Leben lang nichts mehr dafür tut. Schließlich ändern sich auch die Voraussetzungen. Wer beispielsweise nicht in einem urban geprägten Gebiet lebt und kaum Möglichkeiten hat, die zweite Sprache zu benützen, der wird für die Prüfung lernen, kommt vielleicht gerade aus der Schule und hat somit gute Voraussetzungen, die Prüfungen zu bestehen. In 10, 15 Jahren schaut die Situation aber anders aus. Dann gibt es eben Fälle, die auf dem Papier den Zweisprachigkeitsnachweis A haben, in der Praxis aber kaum in der Lage sind, sich in der anderen Sprache zu verständigen. Diese Dinge gilt es also zu überlegen. Etwas, das ich auch sehr anregen möchte, ist eine andere Art von Prüfung. Mir passiert es immer wieder, dass sich Personen, die die Zweisprachigkeitsprüfung machen, darüber beschweren, dass sie das Gefühl haben, von den Mitgliedern der Prüfungskommission nicht objektiv, sondern teilweise nach persönlichen Einstellungen bewertet zu werden. So gab es beispielsweise einmal die Frage, ob man für die Liberalisierung der Drogen sei. Bei der Antwort hatten die Betroffenen dann das Gefühl, dass diese dem Prüfer bzw. der Prüferin nicht gepasst hat. Dementsprechend haben sie dann subjektive Stellungnahmen dazu abgegeben und sind in der Konsequenz dann natürlich durchgefallen. Das ist nur ein Beispiel, aber es ist schon auffallend, dass sich derartige Hinweise häufen. Eine Prüfung sollte objektiv ablaufen und die Antworten auf Fragen nicht nach subjektiven Kriterien bewertet werden. Grundsätzlich stimme ich jeder Veränderung zu, die dazu beiträgt, dass sich die Sprachkompetenz verbessert, aber ich bin dagegen, dass man hier Blankoschecks ausstellt.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Wir haben heute bereits im Rahmen der Behandlung einer aktuellen Anfrage meinerseits über dieses Thema geredet. Wenn von 17 Kandidaten kein einziger die Prüfung schafft, dann muss man sich schon fragen, wo der Hund begraben liegt. Sind es die mangelnden Sprachkenntnisse der Kandidaten oder ist es Prüfungskommission, die zu streng bewertet? Im Beschlussantrag steht, dass seit der Reform zehn Jahre vergangen sind und es angesichts der Ergebnisse angebracht erscheint, auch die Prüfungsart zu überdenken. Das ist richtig, aber mit einem Punkt in Eurem Beschlussantrag bin ich nicht einverstanden, nämlich mit Punkt 4. Wenn wir nämlich hergehen und sagen, dass die Ausbildung der Mitglieder der Prüfungskommission verbessert werden muss, dann vermitteln wir damit das Gefühl, dass nicht die Kandidaten eine Prüfung ablegen müssen, sondern die Kommission nicht imstande ist, richtig zu bewerten. Ich weiß, dass Kandidaten immer wieder antreten bzw. immer wieder versuchen, die Prüfung zu schaffen. Ich war beim Zoll in Franzensfeste beschäftigt und habe diese Geschichte über Jahre hinweg verfolgt. Da haben Leute die Zweisprachigkeitsprüfung bestanden, die in der Praxis nie imstande waren, einen Satz auf Deutsch zu sagen. Die Zweisprachigkeit in den öffentlichen

Ämtern wurde fast ausschließlich von den Südtirolern garantiert, aber die Zulage haben alle bekommen. Ich habe das schon mehrmals gesagt. Beamte haben vier Jahre lang 70 Prozent der Zweisprachigkeitszulage bekommen, wenn sie sich verpflichtet haben, die Zweisprachigkeitsprüfung zu machen. Das haben sie gemacht, vier Jahre kassiert und Tschüss, um es auf Neudeutsch zu sagen. Man fragt sich bei öffentlichen Beamten manchmal wirklich, wie diese die Prüfung geschafft haben, und andere fliegen zehn Mal durch! Ich kenne einen Arzt, der in Österreich studiert hat, dann seinen Beruf aber nicht ausüben konnte, weil er die Zweisprachigkeitsprüfung nicht gemacht hat. Dann ist er Lehrer geworden. Wie gesagt, man fragt sich schon, wie in der Praxis manchmal vorgegangen wird. Man wird kein Allheilmittel finden, und ich schließe mit meiner Kardinalsforderung, dass wir mit unserem Schulsystem nicht in der Lage sind, die Jugendlichen bei der Matura so weit zu haben, dass sie beide Sprachen angemessen beherrschen. Der Grund dafür, dass die Sprachkenntnisse auf beiden Seiten nachlassen, ist jener, dass die Zweitsprachenlehrer an den Schulen nicht richtig ausgebildet sind. Das will man sich nicht eingestehen, aber wenn man das nicht verbessert, dann wird man auch das Übrige nicht verbessern. Das andere ist Makulatur bzw. das sind kosmetische Eingriffe. Ansetzen muss man in der Schule, denn die Jugendlichen müssen am Ende ihrer schulischen Laufbahn in der Lage sein, beide Landessprachen angemessen zu beherrschen.

PICHLER ROLLE (SVP): Der Kollege Leitner hat einige Antworten vorweggenommen. Es ist so, dass es sicher nicht sein kann, dass diese Prüfungskommissionen eine reine Alibi-Funktion haben. Die Bürgerinnen und Bürger, die öffentliche Dienste in Anspruch nehmen, haben schließlich das Recht, in ihrer Muttersprache bedient zu werden. Es ist also richtig, wenn bestimmte Anforderungen gesetzt werden. Der Kollege Leitner hat richtigerweise darauf verwiesen, dass die schulische Ausbildung in der Muttersprache, in der Zweitsprache und möglichst auch in einer Fremdsprache das Um und Auf ist. Wir haben in der vorletzten Sitzungswoche des Südtiroler Landtages eine Sonderkommission eingesetzt, die sich spezifisch dem Thema "Erlernen der Zweitsprache" widmen soll. Ich denke, dass sie auch dieses Problem überprüfen sollte. Wir sollten in der Tat prüfen, inwieweit die Schulen miteingebunden werden können und inwieweit sie an die Prüfungsmechanismen angekoppelt werden sollen. Es könnte aber auch ein Thema sein, wie die Bewertungen auf europäischer Ebene erfolgen bzw. welche Möglichkeiten es gibt, dass die Kenntnis der zweiten Sprache nicht nur über die Zweisprachigkeitsprüfung, sondern auch über Diplome, die europaweit gültig sind, nachgewiesen werden kann. Ich verweise auch darauf, dass die Südtiroler Volkspartei mit dem PD eine Arbeitsgruppe eingesetzt hat, die sich sehr intensiv mit diesen Fragen beschäftigen will. Es geht nämlich längst nicht mehr darum, darüber zu diskutieren, ob es sinnvoll ist, dass man Italienisch oder Deutsch lernt. Es geht darum, dass wir beide Haupt-Landessprachen auf eine qualitativ höhere Ebene stellen können. Der Gebrauch der Sprachen muss wesentlich verbessert werden, und da müssen wir alle einbinden. Das geht von der schulischen Ausbildung über die Frage, wie die Prüfungen erfolgen sollen, bis hin zum Bereich der Kultur. Die Gemeinschaften müssen einander näher kommen, sich besser verstehen, und das kann nur dann erreicht werden, wenn wir die Latte deutlich höher setzen und sagen: "Wir wollen qualitativ gutes Italienisch und gutes Deutsch!" Das müssen die Südtiroler beider Volksgruppen perfekt beherrschen. Wir können diese Brückenfunktion zwischen Nord und Süd in sprachlicher, kultureller und anderer Hinsicht nur dann wahrnehmen, wenn wir einen Qualitätssprung machen.

Ich weiß nicht, ob die Empfehlungen, die hier abgegeben werden, zielführend sind. Diese Frage möge die Landesregierung beantworten. Auf jeden Fall glaube ich, dass dieses Thema auch in der von mir erwähnten Sonderkommission behandelt werden sollte.

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Wir alle möchten in Südtirol dreisprachige junge Leute, das heißt Leute, die deutsche, italienische und englische Sprache beherrschen. Das wäre unser Ziel, und damit wir dieses Ziel erreichen, braucht es viele Komponenten. Wir dürfen nicht beim Letzten beginnen und sagen, dass die Prüfungskommissionen neu besetzt werden müssen. Es gehört sicher auch dazu, die Prüfungskommissionen aufzuwerten, damit sie herausfinden, was die Jugendlichen können bzw. damit sie festzustellen, ob sie die Sprachen beherrschen. Zunächst braucht es aber Eltern, die ihre Kinder dazu motivieren, die zweite und dritte Sprache zu erlernen. Wenn es im Land Organisationen gibt, die sagen, dass es nicht gut ist, dass bereits in der ersten Klasse Grundschule Italienisch erlernt wird, wenn es des Weiteren Eltern gibt, die den Kindern sagen, dass sie nicht Italienisch lernen bräuchten, da das fast ein Verrat an unserem Lande wäre, dann sind die Kinder sicher nicht gewillt, Italienisch zu lernen. Dasselbe gilt umgekehrt auch für die italienische Seite.

Es wurde richtigerweise gesagt, dass wir vor allem die Zweitsprachenlehrer entsprechend ausbilden müssen. Das ist viel wichtiger als nur die Prüfungsnehmer auszubilden. Wir müssen die Zweitsprachenlehrer wirklich

so weit bringen, dass sie die Voraussetzungen haben, um die Schüler zu begleiten, deren Talente festzustellen und ihnen das beizubringen, was sie imstande sind aufzunehmen. Hier fehlt es, und zwar in der deutschen, aber noch viel mehr in der italienischen Schule. Zum Teil sind es objektive Schwierigkeiten, zum Teil ist es aber auch so, dass die Leute nicht vorhanden sind.

Zur Art der Prüfung. Es ist heute so, dass viele einfach hingehen und sagen, dass sie sich für diese oder jene Prüfung anmelden möchten. Wenn sie die Prüfung dann nicht schaffen, dann versuchen sie es eben in einem halben Jahr wieder. Das ist auch nicht unbedingt das, was wir uns wünschen. Die Leute müssen sich schon auch auf die Prüfungen vorbereiten. Normalerweise müsste es so sein, dass jemand, der die Matura hat, automatisch die Zweisprachigkeitsprüfung B besteht, aber davon sind wir leider noch weit entfernt, in der deutschen Schule und noch vielmehr in der italienischen Schule. Wir müssen dahingehend ansetzen, dass die Leute vorbereitet sind. Auch in der Schule selber sollen sie auf die Prüfung vorbereitet werden. Warum können sie nicht im letzten Schuljahr auf die Zweisprachigkeitsprüfung vorbereitet werden? Das wäre auch eine Motivation für die Schülerinnen und Schüler. Man könnte dann ja auch eine eigene Prüfungssession für diesen Zweck vorsehen. Auch was die Universität anbelangt, können wir nicht sagen, dass vorwiegend Deutsch oder Italienisch unterrichtet wird. Wir können also nicht automatisch bei Studienabschluss den Zweisprachigkeitsnachweis A verleihen. Allerdings könnte man auch an der Uni entsprechende Kurse organisieren, damit jemand bei Studienabschluss automatisch die Zweisprachigkeitsprüfung bestehen kann. Das wäre ohne weiteres möglich.

Die Landesräte für Schule und Kultur sind zur Zeit dabei, alle möglichen Anregungen zu sammeln. Es werden Berichte der Verwaltungsorgane und der Prüfungskommissare eingeholt, um herauszufinden, wo die Schwierigkeiten bestehen. Früher war es ja so, dass jemand, der die Prüfung nicht bestanden hat, einmal aussetzen musste. Das war auch ein Anreiz dafür, sich vorzubereiten, denn sonst musste man länger auf die nächste Prüfungsmöglichkeit warten. Ich bin der Meinung, dass auch diesbezüglich etwas zu ändern ist. Aufgrund der Berichte, die wir demnächst erhalten werden, werden wir eventuell Änderungen an der Regelung vornehmen. Auf jeden Fall wäre ich nie damit einverstanden, dass jemand zwei Texte erhält und dann wählen kann. So kann es sicher nicht gehen! Auch mit dem, was in diesem Beschlussantrag vorgeschlagen wird, werden wir das Problem sicher nicht lösen. Deshalb können wir dem Beschlussantrag nicht zustimmen.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Chiaramente questa mozione partiva da un campo limitato agli esami di bilinguismo, e partiva dal fatto che il 2009 è stato un anno nero per gli esami di bilinguismo, credo che lo sia stato anche il 2010. È vero, noi Verdi ci chiediamo continuamente come far uscire dalla scuola persone bilingui, come accompagnarle ecc., però stavolta abbiamo provato a cambiare ottica e a dire che forse c'è qualcosa che non funziona anche nell'esame. Ci siamo confrontati con quel piccolo numero di commissari e commissarie che è stabile, perché Lei, presidente - penso che Lei ami considerare le questioni nella fisicità delle cose - deve pensare che una gran parte dei commissari fa questo lavoro come secondo lavoro. Lo fanno per un po' e poi smettono, hanno titoli di studio adeguati ma non una formazione didattica-pedagogica e si trovano a fare l'esame. C'è solo un piccolo nucleo di stabilizzati, che sta lì, che ama questa attività, che si sente responsabile, gli altri lo fanno per arrotondare lo stipendio. Il nostro primo problema era come creare una classe di commissari che fosse stabilizzata e qualificata. Tutti i commissari in qualsiasi esame che abbia una continuità frequentano corsi di aggiornamento periodici, si confrontano tra loro, hanno gruppi scientifici che li sostengono, che li accompagnano, che fanno le riflessioni sui risultati ecc. Questo è il primo problema, come creare una piccola squadra di commissari che però sia stabilizzata e qualificata. Conosco commissari che non hanno mai conosciuto la scuola! Ho conosciuto persone che fanno commissari d'esame che sono attive nel campo del sociale ecc. Accertare la lingua è una cosa piuttosto complessa, non basta essere laureati in qualche materia, bisogna avere una riflessione su come si esamina, su come si accerta la lingua. Questo è abbastanza banale.

La seconda cosa riguarda la questione del patentino B. Sono convinto che con una buona intenzione è stato fatto un errore. Andate a vedere i risultati delle prove scritte. Allora noi ci siamo posti il problema: i nostri giovani sono così scarsi e noi stessi diciamo che non studiano, non si preparano ecc., però ci siamo posti il problema: e se fossimo un po' più ottimisti? E se ci dicessimo che forse la fotografia che scatta l'esame è peggiore di quella che noi abbiamo? Forse il livello di bilinguismo è migliore di quello che ci dicono gli esami di bilinguismo, o per lo meno cerchiamo di rendere l'esame più oggettivo possibile, più qualificato possibile. Questo intendevamo con questa mozione su cui ci siamo impegnati e che è frutto di diversi confronti e dialoghi con molti commissari d'esame.

Però accetto la proposta del collega Pichler Rolle che ci suggeriva di portare queste riflessioni nella commissione per il bilinguismo, io fra l'altro sarò membro di questa commissione, quindi le porterò in questa commissione. Prego quindi la presidente di sospendere per intanto la votazione su questa mozione.

PRÄSIDENTIN: In Ordnung. Wir setzen die Abstimmung über den Beschlussantrag aus.

Im Sinne von Artikel 117 der Geschäftsordnung kommen wir jetzt zur gemeinsamen Behandlung der folgenden Tagesordnungspunkte.

Punkt 37 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 203/10 vom 23.2.2010, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend Unterzeichnung des Verkehrsprotokolls der Alpenkonvention und Ablehnung neuer alpenquerender Autobahnen durch Südtirol, insbesondere der Alemagna-Autobahn".**

Punto 37) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 203/10 del 23.2.2010, presentata dal consigliere Pöder, riguardante sottoscrizione del Trasporti della Convenzione delle Alpi e rifiuto di nuove autostrade transalpine attraverso l'Alto Adige, in particolare l'Alemagna".**

Punkt 47 der Tagesordnung: **"Begehrensantrag Nr. 12/10 vom 15.3.2010, eingebracht von den Abgeordneten Pichler Rolle, Egartner, Hochgruber Kuenzer, Kasslatter Mur, Lamprecht, Noggler, Schuler, Steger und Stirner Brantsch, betreffend das Zusatzprotokoll zum Verkehr der Alpenschutzkonvention".**

Punto 47) dell'ordine del giorno: **"Voto n. 12/10 del 15-3-2010, presentata dai consiglieri Pichler Rolle, Egartner, Hochgruber Kuenzer, Kasslatter Mur, Lamprecht, Noggler, Schuler, Steger e Stirner Brantsch, riguardante il protocollo trasporti della Convenzione della Alpi".**

Punkt 48 der Tagesordnung: **"Begehrensantrag Nr. 13/10 vom 19.3.2010, eingebracht von den Abgeordneten Heiss und Dello Sbarba, betreffend das Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention: Ratifizierung".**

Punto 48) dell'ordine del giorno: **"Voto n. 13/10 del 19.3.2010, presentata dai consiglieri Heiss e Dello Sbarba, riguardante il Protocollo trasporti della Convenzione delle Alpi: ratifica".**

Herr Abgeordneter Pichler Rolle, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

PICHLER ROLLE (SVP): Frau Präsidentin, es besteht die Möglichkeit eines gemeinsamen Textes. Die Texte der Anträge differenzieren sich ja nur ganz wenig. Deshalb stellt sich die Frage, ob wir die Texte verlesen, damit wir der Geschäftsordnung Genüge tun, und dann die Debatte aussetzen, sodass wir für morgen einen gemeinsamen Antrag haben, den wir dann vorlegen. Die Zielrichtung ist immer dieselbe. Es geht um die Ratifizierung des Zusatzprotokolls der Alpenschutzkonvention. Expressis verbis wird noch verlangt, dass die "Alemagna" und andere Verkehrswege nicht realisiert werden. Es geht ja nur um eine möglichst einstimmige Stellungnahme. Der Südtiroler Landtag sollte sich mit großer Mehrheit dafür aussprechen, und da brauchen wir jeden Abgeordneten.

PRÄSIDENTIN: Gut. Dann schlage ich vor, dass wir die Texte verlesen und die Behandlung dann bis morgen aussetzen.

Beschlussantrag Nr. 203/10

Das Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention beinhaltet für alle Vertragsländer die Verpflichtung, auf den Bau neuer hochrangiger Straßen für den alpenquerenden Verkehr zu verzichten.

Es handelt sich um einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag, der von den Vertragsländern unterzeichnet und ratifiziert werden muss.

Italien hat das Verkehrsprotokoll zwar unterzeichnet aber bislang nicht ratifiziert.

In Südtirol wird der Bau neuer alpenquerender Straßen seit langem abgelehnt. Besonderer Widerstand regt sich seit Jahrzehnten gegen den Weiterbau der so genannten Alemagna-Autobahn, die den Großraum Venedig mit dem Großraum München verbinden und dabei durch wesentliche Teile des Pustertals führen soll.

Neue alpenquerende Transittrassen würden eine zusätzliche unzumutbare Belastung für die Bevölkerung des Alpenraums bedeuten, nachdem gerade diese Bevölkerung bereits durch den Transitverkehr schwer belastet ist.

Dies vorausgeschickt,

fasst

DER SÜDTIROLER LANDTAG

folgenden Beschluss:

Das italienische Parlament und die italienische Regierung werden aufgefordert, die nötigen Schritte zur Ratifizierung des Verkehrsprotokolls der Alpenkonvention noch innerhalb des laufenden Jahres abzuschließen und die Ratifizierung vorzunehmen.

Der Südtiroler Landtag spricht sich grundsätzlich gegen den Bau neuer alpenquerender Transitstraßen und Autobahnen aus, insbesondere gegen den Weiterbau der so genannten Alemagna-Autobahn.

Der Südtiroler Landtag fordert die italienische Regierung auf, auf den Bau oder Weiterbau von neuen alpenquerenden Transitstrecken und Autobahnen zu verzichten.

Il Protocollo Trasporti della Convenzione delle Alpi prevede per tutti gli Stati contraenti l'obbligo di astenersi dalla costruzione di grandi arterie di comunicazione per il traffico transalpino.

Si tratta di un accordo vincolante a livello internazionale che dovrà essere firmato e ratificato dai Paesi contraenti.

L'Italia ha sottoscritto il Protocollo Trasporti, ma non lo ha ancora ratificato.

Da tempo l'Alto Adige si oppone alla costruzione di nuove strade transalpine. Da decenni si oppone particolare resistenza contro la prosecuzione dell'autostrada Alemagna, che collegherebbe l'area metropolitana di Venezia con quella di Monaco, attraversando una grossa parte della Val Pusteria.

Nuove vie di traffico transalpino costituirebbero un indebito onere aggiuntivo per la popolazione della regione alpina, che già subisce in modo pesante gli effetti nocivi del traffico di transito.

Ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

delibera

quanto segue:

Il Parlamento e il Governo sono invitati a implementare i provvedimenti necessari per ratificare il Protocollo Trasporti della Convenzione delle Alpi entro l'anno in corso.

Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano è sostanzialmente contrario alla realizzazione di nuove strade e autostrade transalpine, in particolare alla prosecuzione della costruzione dell'autostrada Alemagna.

Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano invita il Governo a rinunciare alla costruzione o alla prosecuzione della costruzione di nuove strade e autostrade transalpine per il traffico di transito.

Begehrensantrag Nr. 12/10

Bozen ist neben Innsbruck einer der Sitze des Ständigen Sekretariats der Konvention zum Schutz der Alpen. Von Bozen aus werden wichtige Agenden der Alpenschutzkonvention verfolgt und koordiniert. Italiens Parlament hat jedoch immer noch kein Zusatzprotokoll dieser Konvention ratifiziert, darunter auch nicht jenes zum Verkehr. Einer der Kernpunkte dieses verbindlichen Dokuments ist die Unterbindung von neuen, die Alpen querenden Verkehrsverbindungen.

Wiederholt und auf jedweder politischen Ebene hat das Land Südtirol das italienische Parlament dazu gedrängt, das Zusatzprotokoll zum Verkehr endlich zu ratifizieren. Unter anderem könnte dadurch das seit Jahren immer wieder aufs Neue auftauchende Autobahn-Projekt "Alemagna" definitiv ad acta gelegt werden, ebenso wie andere mögliche Verkehrsschneisen, die durch Südtirol geschlagen werden könnten.

Bei der Behandlung der Vorlage zur Ratifizierung des Verkehrsprotokolls kam es im zuständigen Ausschuss des italienischen Parlaments zuletzt jedoch sogar zu einem Votum gegen das Zusatzprotokoll. Eine Bestätigung dieses Votums in den beiden Kammern des Parlaments käme einem Bruch der Konvention gleich. Dies erscheint angesichts der in all den vergangenen Jahren unternommenen

Bemühungen geradezu anachronistisch und es ergibt auch keinen Sinn, zumal fast alle Signatarstaaten, darunter auch Deutschland, Österreich und Slowenien, das Verkehrsprotokoll bereits ratifiziert haben und ein Weiterbau von neuen Straßen durch deren Staatsgebiet somit nicht möglich ist. Dies vorausgeschickt,

fordert

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die italienische Regierung sowie das italienische Parlament mit Nachdruck auf, das Zusatzprotokoll zum Verkehr der Alpenschutzkonvention und die übrigen nach wie vor ausstehenden Zusatzprotokolle ehestens zu ratifizieren und somit den international eingegangenen Verpflichtungen Folge zu leisten.

Der Landtag spricht sich erneut und in aller Deutlichkeit gegen neue Verkehrswege durch Südtirol aus, allen voran gegen das Projekt "Alemagna".

Bolzano è, assieme a Innsbruck, sede del Segretariato permanente della Convenzione per la Protezione delle Alpi (Convenzione delle Alpi). Da Bolzano vengono seguite e si coordinano importanti agende della Convenzione delle Alpi. Tuttavia il Parlamento italiano non ha ancora ratificato alcun protocollo d'attuazione della Convenzione, tra cui quello sui trasporti. Uno dei punti centrali di questo documento vincolante è il divieto di realizzazione di nuovi collegamenti stradali transalpini.

La Provincia autonoma di Bolzano è ripetutamente, e a ogni livello politico, intervenuta presso il Parlamento italiano affinché ratifichi finalmente il protocollo sui trasporti. Fra le altre cose si potrebbe così definitivamente accantonare il progetto autostradale "Alemagna", che da anni è regolarmente riproposto, così come altre possibili arterie di traffico che potrebbero solcare il territorio dell'Alto Adige. Nel corso dell'esame della proposta di ratifica del protocollo trasporti la commissione competente del Parlamento italiano ha infine persino votato contro il protocollo. Una conferma di questo voto in entrambe le Camere del Parlamento equivarrebbe a una rottura del trattato. Considerati tutti gli sforzi compiuti negli anni passati, arrivare a ciò appare a dir poco anacronistico e non avrebbe alcun senso, visto che quasi tutti gli stati firmatari, tra i quali anche la Germania, l'Austria e la Slovenia, hanno già ratificato il protocollo trasporti, per cui non è possibile far proseguire nuove strade attraverso il loro territorio.

Ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

sollecita con forza

il Governo e il Parlamento a ratificare al più presto il protocollo trasporti della Convenzione delle Alpi assieme a tutti gli altri protocolli d'attuazione non ancora ratificati e quindi a mantenere fede agli impegni assunti a livello internazionale.

Il Consiglio provinciale ribadisce con chiarezza la propria contrarietà alla realizzazione di nuovi collegamenti stradali attraverso l'Alto Adige, primo fra tutti il progetto "Alemagna".

Begehrensantrag Nr. 13/10

Die Alpenkonvention ist ein wichtiges Instrument zum Schutz von Natur, Biodiversität und des Lebensraums Alpen. Bereits 1991 von acht Alpenstaaten und der Europäischen Union unterfertigt, zielt sie auf nachhaltige Entwicklung im Alpenraum, zumal auf Schutz der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Bevölkerung. Die Alpenkonvention, 1995 in Kraft getreten, wurde zwischen 1994 und 2000 um acht thematische Protokolle angereichert. Sie bilden ein Regelwerk für nachhaltige territoriale Entwicklung, auf den Erhalt der Natur, der Berglandwirtschaft, von Wald, Tourismus, Bodenschutz, Energie und Transport.

Italien muss die acht Protokolle noch ratifizieren. Anfang 2009 hat die römische Regierung einen Gesetzesentwurf zur Ratifizierung aller Protokolle verabschiedet, dem der Senat im Mai 2009 zugestimmt hat. Im Oktober 2009 begann auch die Behandlung in der Abgeordnetenkammer. Aufgrund von Einwänden der Lega Nord, vor allem im Hinblick auf die Vereinbarkeit des Transportprotokolls mit dem EU-Recht, veranstaltete die Kommission einige Anhörungen. Unter den Gesprächspartnern befand sich auch ein Verantwortlicher der EU-Kommission, der klar stellte, dass die Kommission der Ratifizierung des Protokolls der Alpenschutzkommission absolut positiv gegenüber stehe. Die Kom-

mission hat hierzu selbst eine Entscheidung in diesem Sinne verabschiedet, der Verabschiedung im EU-Ministerrat allerdings dzt. von Italien (Transportministerium) blockiert wird.

Trotz des unmissverständlichen und positiven Ausgangs der Anhörungen hat die Lega Nord einen Abänderungsantrag vorgelegt, um das Verkehrsprotokoll aus dem Gesetzesentwurf zu streichen. Der Antrag wurde am 18. Februar 2010 angenommen, ein schwerer Schlag gegen den Konsens der Alpenstaaten und eine nachhaltige Entwicklung. Grund der Streichung waren offenbar Einwände der Frächter und Transportvertreter, wonach das Protokoll die Entwicklung des Nordens verhindere, was aber den Tatsachen keinesfalls entspricht. Denn das Verkehrsprotokoll untersagt zwar den Bau neuer, alpenquerender Autobahnen, keineswegs aber die Errichtung neuer Verkehrsinfrastrukturen auf italienischem Staatsgebiet. Zudem hat der italienische Ratifizierungsstopp keine praktischen Auswirkungen auf den Bau transalpiner Autobahnen, der trotzdem nicht erfolgen kann, da Österreich und Deutschland dies keinesfalls gestatten würden.

Im Übrigen zielt das Verkehrsprotokoll vor allem in den Artt. 7 und 14 auf Rahmenbedingungen, die für die künftige Entwicklung des Alpenraums lebens- und existenznotwendig sind:

Auf die Abstimmung und Intermodalität der Verkehrsträger;

Auf die verbesserte Ausnützung bestehender Verkehrsverbindungen mithilfe von Telematik und intelligenten Leitsystemen;

Auf die Verlagerung des Warentransports von der Straße auf die Schiene und umweltfreundliche Verkehrsmittel;

Auf Verkehrsreduktion und Kostenwahrheit;

Auf die Senkung von Emissionen und erhöhte Verkehrssicherheit.

Da die Rahmenbedingungen und die Entwicklungsziele, auf die das Verkehrsprotokoll abzielt, für den Alpenraum und im spezifischen Fall für Südtirol von herausragender Bedeutung sind und da sie längst schon internationalen Konsens genießen

fordert

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die italienische Regierung und das Parlament dazu auf im Sinne der Erhaltung des Lebensraums Alpen und im Einklang mit den übrigen Alpenstaaten die Ratifikation des Verkehrsprotokolls der Alpenkonvention umgehend vorzunehmen.

La Convenzione delle Alpi è uno strumento importante per tutelare la natura, la biodiversità e l'ambiente alpino. Già sottoscritto nel 1991 da parte di otto Paesi dell'arco alpino e dell'Unione Europea, la convenzione si prefigge l'obiettivo di promuovere uno sviluppo sostenibile nell'area alpina e, in particolare, la tutela degli interessi economici, sociali e culturali della popolazione ivi residente. Tra il 1994-2000 la Convenzione delle Alpi, entrata in vigore nel 1995, è stata integrata con otto protocolli tematici che formano un quadro normativo per uno sviluppo territoriale sostenibile, la conservazione della natura, l'agricoltura di montagna, la silvicoltura, il turismo, la protezione del suolo, l'energia e i trasporti.

L'Italia deve ancora ratificare gli otto protocolli. Agli inizi del 2009, il Governo ha adottato un disegno di legge per ratificare tutti i protocolli, approvato dal Senato nel maggio 2009. Nel mese di ottobre 2009 è stato avviato l'esame del disegno di legge alla Camera. Sulla base di obiezioni mosse dalla Lega Nord, in particolare sulla compatibilità del protocollo trasporti con il diritto comunitario, la Commissione ha disposto varie audizioni. Tra gli interlocutori era presente anche un funzionario della Commissione europea che ha ribadito l'impostazione assolutamente positiva della Commissione nei confronti di una ratifica del protocollo della Convenzione delle Alpi. La Commissione stessa ha preso una decisione in questo senso, la cui l'adozione in Consiglio europeo è attualmente bloccata dall'Italia (Ministero dei Trasporti).

Nonostante l'esito inequivocabile e positivo delle audizioni, la Lega Nord ha presentato un emendamento per stralciare il protocollo trasporti dal disegno di legge. L'approvazione di tale richiesta, avvenuta il 18 febbraio 2010, rappresenta un duro colpo per i Paesi alpini e uno sviluppo sostenibile. La soppressione sembra essere riconducibile all'opposizione da parte degli spedizionieri e autotrasportatori, secondo cui il protocollo impedisce lo sviluppo del Nord, cosa che non corrisponde assolutamente alla verità. Infatti, il protocollo trasporti vieta sì la costruzione di nuove autostrade transalpine,

ma in nessun caso la realizzazione di nuove infrastrutture di trasporto sul territorio italiano. Inoltre, l'opposizione alla ratifica da parte dell'Italia non ha ripercussioni pratiche sulla costruzione di autostrade transalpine, in quanto l'Austria e la Germania non ne permetterebbero comunque la realizzazione.

Inoltre, il protocollo trasporti si prefigge, soprattutto agli artt. 7 e 14, di creare le condizioni quadro di importanza vitale per la sopravvivenza e il futuro sviluppo dell'area alpina:

il coordinamento e l'intermodalità dei vettori di trasporto;

un migliore sfruttamento dei collegamenti di trasporto esistenti mediante la telematica e sistemi di comando e controllo intelligenti;

il trasferimento del trasporto merci dalla strada alla ferrovia e mezzi di trasporto ecologici;

riduzione del traffico e verità dei costi;

riduzione delle emissioni e maggiore sicurezza del traffico.

Siccome le condizioni quadro e gli obiettivi di sviluppo ai quali ambisce il Protocollo trasporti sono di fondamentale importanza per l'area alpina e, nel caso specifico, per l'Alto Adige, e da tempo godono di un consenso internazionale,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

invita

il Governo e il Parlamento a procedere senza indugi alla ratifica del Protocollo trasporti della Convenzione delle Alpi, per tutelare l'ambiente alpino in conformità a quanto fatto dagli altri Stati alpini.

Wir fahren mit der Behandlung der Tagesordnung fort.

Die Punkte 38 und 40 der Tagesordnung können laut Artikel 112 Absatz 2 der Geschäftsordnung nicht behandelt werden, da die vorgesehene Frist von sechs Monaten seit der Behandlung der inhaltsgleichen Tagesordnungen zum Haushalt noch nicht verstrichen ist.

Punkt 41 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 207/10 vom 1.3.2010, eingebracht von den Abgeordneten Leitner, Egger, Mair, Stocker S. und Tinkhauser, betreffend Anrainergemeinden an Einnahmen der Brennerautobahn beteiligten**".

Punto 41) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 207/10 del 1.3.2010, presentata dai consiglieri Leitner, Egger, Mair, Stocker S. e Tinkhauser, riguardante partecipazione dei comuni lungo l'autostrada alle entrate della A22**".

Die Diskussion bezüglich den dritten Autobahnspur wird ständig neu entfacht. Wirtschaftstreibende und Wirtschaftsverbände fordern immer wieder den Ausbau der Brennerautobahn, um den Wirtschaftsstandort Südtirol langfristig zu sichern und die Erreichbarkeit nach Südtirol zu verbessern. In dieser Diskussion, die das Wirtschaftswachstum zum Maß aller Dinge macht, wird allerdings ignoriert, dass die Brennerautobahn für die Bevölkerung längs der Trasse eine immense Belastung darstellt und dass ein Ausbau derselben einem weiteren massiven Rückgang der Lebensqualität gleichkommen würde. Künftig müssen die Interessen der anliegenden Bevölkerung verstärkt berücksichtigt werden, damit es zu einem Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen und jener der betroffenen Bevölkerung kommen kann, die die Folgen tragen muss.

Ein derartiger Ausgleich kann zustande kommen, wenn die Anrainergemeinden der Brennerautobahn direkt an den Einnahmen derselben beteiligt werden. Eine derartige Beteiligung an den Einnahmen findet beispielsweise in der Produktion von E-Strom durch Wasserkraft statt, wo jene Gemeinden, die die Nachteile derselben tragen, finanziell vergütet werden. Es ist darum angebracht, wenn die Gemeinden entlang der Brennerautobahn ähnlich an den Einnahmen beteiligt werden, damit die Bevölkerung, die die Folgen auf sich nimmt, auch direkt etwas von den beachtlichen Einnahmen hat, die die Brennerautobahn jährlich erzielt. Dies hat in der Diskussion rund um die dritte Autobahnspur den Vorteil, dass neben den wirtschaftlichen Interessen auch eine breite Auseinandersetzung mit den Interessen der betroffenen Bevölkerung stattfindet.

Dies vorausgeschickt,

fordert

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung auf, über die Vertreter des Landes im Verwaltungsrat der Brennerautobahngesellschaft den Antrag zu stellen, die Anrainergemeinden zwecks Abgeltung der Schäden durch den Verkehr angemessen an den Mauteinnahmen zu beteiligen.

Die Gemeinden sind verpflichtet, diese Geldmittel für Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und der Gesundheit der Bürger einzusetzen.

La discussione sulla terza corsia dell'Autobrennero è continuamente rinfocolata. Gli operatori economici, gli imprenditori e le associazioni economiche chiedono regolarmente l'ampliamento dell'autostrada del Brennero, onde consolidare negli anni l'Alto Adige come spazio economico e fare in modo che la provincia sia più facilmente raggiungibile. In questa discussione, che fa della crescita economica la principale unità di misura, nessuno parla del fatto che l'Autobrennero produce già un grave impatto sulla vita della gente che vive lungo l'autostrada e che un suo ampliamento equivarrebbe a un ulteriore grave peggioramento della qualità di vita. In futuro si dovrà tenere maggiormente conto degli interessi della popolazione che vive nei pressi dell'autostrada, affinché si giunga a un compromesso fra gli interessi economici e quelli degli abitanti che ne subiscono gli effetti negativi.

Tale compensazione sarebbe possibile se i comuni situati lungo l'Autobrennero partecipassero agli utili della società. Una partecipazione di questo tipo per esempio già esiste nella produzione di energia idroelettrica, dove i comuni che devono sopportare gli svantaggi sono così indennizzati. Per questo motivo è opportuno che i comuni lungo l'Autobrennero partecipino in modo analogo alle entrate, affinché la popolazione che subisce le conseguenze negative, abbia anche una parte dei notevoli utili che l'Autobrennero fa registrare ogni anno. Ciò avrebbe il vantaggio che nel dibattito sulla terza corsia, accanto agli interessi economici, si arriverebbe a discutere anche ampiamente degli interessi della popolazione coinvolta.

Ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

invita

la Giunta provinciale, ad avanzare la richiesta, tramite i rappresentanti della Provincia nel consiglio di amministrazione di Autostrada del Brennero S.p.A., che i comuni lungo l'autostrada siano adeguatamente indennizzati per i danni causati dal traffico, facendoli partecipare alle entrate derivanti dai pedaggi.

Si impegnano i comuni a utilizzare questi mezzi finanziari per misure a tutela dell'ambiente e della salute dei cittadini.

Herr Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Frau Präsidentin! Es ist wohl unbestritten und auch belegt, dass die Autobahn Hauptverursacherin der schlechten Luft entlang dieser Route ist. Dieser Beschlussantrag ist mittlerweile mehr als ein Jahr alt, aber er ist nach wie vor sehr aktuell. In Zusammenhang mit der Verkehrsdiskussion aufgrund der Nord-Süd-Verbindung ist die betroffene Bevölkerung sehr daran interessiert, dass gute Lösungen gefunden werden, damit sie entlastet wird. Die Einnahmen der Brennerautobahn, die jetzt ja wieder ansteigen, weil der Verkehr scheinbar zunimmt, sind beachtlich, und aus der Sicht der Landesregierung ist es sinnvoll, einen Teil dieses Geld für den Bau des Brennerbasistunnels zu verwenden. Gleichwohl ist es wichtig, dass die Bevölkerung auch jetzt schon Entlastungen zu spüren bekommt. Das kann man einerseits dadurch erreichen, dass die betroffenen Gemeinden einen Teil der Einnahmen aus der Maut bekommen, um Umweltmaßnahmen setzen zu können. Das ist keine Gemeindenfinanzierung, denn die Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, müssen ganz klar dafür verwendet werden, dass die Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung Nutznießer sind. Die Bevölkerung, die entlang der Brennerautobahn lebt, leidet seit Jahrzehnten sehr stark unter dieser Belastung. Es gibt Studien, die belegen, dass die Autobahn die Umwelt in Bozen viel mehr belastet als die Industrie oder Private. Es ist die Aufgabe der Politik, auf solche Ergebnisse zu reagieren. Im Unterland gibt es noch immer das Schreckgespenst einer dritten Autobahnspur. Es gibt bereits eine Reihe von Beschlüssen des Landtages und Regionalrates, mit denen gefordert wurde, die dritte Autobahnspur nicht zu errichten. Es gibt diesbezüglich unterschiedliche Meinungen, aber entscheidend ist, dass die Auswirkungen auf die Umwelt und auf die Gesundheit der Bevölkerung bestmöglich eingedämmt werden müssen. Deshalb sollten Mittel aus den reichen Einnahmen, die die Brennerautobahn hat, auch für solche Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Wir fordern also, dass die Vertreter des Landes im

Verwaltungsrat der Brennerautobahn einen entsprechenden Antrag einbringen, damit die Anrainergemeinden zwecks Abgeltung der Schäden durch den Verkehr angemessen an den Einnahmen beteiligt werden. Diese Forderung ist legitim. Ich erinnere noch einmal daran, dass erst in den letzten Tagen groß verkündet worden ist, dass die Einnahmen der Brennerautobahn steigen. Einerseits möchten wir, dass der Verkehr auf der Autobahn abnimmt, andererseits brauchen wir mehr Geld, um den Brennerbasistunnel zu finanzieren. Wir alle haben noch das Lamento der Wirtschaftsverbände in Erinnerung, als die Einnahmen der Brennerautobahn aus der Maut kurzfristig gesunken sind, dass aber der geringere Verkehr zu einer Entlastung der Bevölkerung beigetragen hat, hat man nicht gesagt. Das ist natürlich ein Widerspruch in sich. Wir werden den Verkehr nicht abschaffen können, aber er soll so organisiert werden, dass er die Bevölkerung so wenig wie möglich belastet. Dort, wo es Belastungen gibt, sollen sie in irgendeiner Form ausgeglichen werden, und mit einer solchen Maßnahme hätten wir die Möglichkeit dazu. Deshalb ersuche ich die geschätzten Kolleginnen und Kollegen um Zustimmung zu diesem Beschlussantrag.

EGGER (Die Freiheitlichen): Dieser Beschlussantrag zielt darauf ab, die Anrainergemeinden entlang der Brennerautobahn für die erlittenen Nachteile zu entschädigen. Ich möchte sagen, dass das für mich nur die zweitbeste Lösung ist, denn besser wäre es, wenn die Menschen entlang der Brennerautobahn nicht so großen Belastungen durch Schadstoffe ausgesetzt wären. Nachdem dies offensichtlich nicht möglich ist bzw. sich die Regierung diversen Beschlussanträgen unsererseits nicht angeschlossen hat, versuchen wir jetzt, diese Schiene zu fahren. Ich erinnere kurz daran, dass wir im Rahmen der Haushaltsdebatte einen Beschlussantrag vorgelegt haben, mit welchem wir uns dagegen ausgesprochen haben, dass im Areal der Sadobre in Freienfeld der bereits bestehende Lkw-Parkplatz modernisiert und auch ein klein wenig ausgebaut wird. Wir sind nämlich der Meinung, dass dadurch weitere Belastungen entstehen würden. In diesem Beschlussantrag war auch vorgesehen, dass Einhausungen vorgenommen werden sollten. Wer Sterzing kennt, der weiß, dass ein großer Teil der dort lebenden Bevölkerung relativ nahe an der Autobahntrasse wohnt und somit täglich die Schadstoffe einatmen muss. Wie gesagt, die beste Lösung wäre es, die Schadstoffe zu verringern, aber der zitierte Beschlussantrag wurde nicht genehmigt. Wir werden natürlich immer wieder mit solchen Vorschlägen kommen, aber es hätte auch einen Sinn, wenn man zumindest die Anrainergemeinden entschädigen, das heißt sie an den Einnahmen der Brennerautobahn-Gesellschaft beteiligen würde. Dann könnten diese Gemeinden Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes und zum Schutz der Gesundheit der Bürger setzen. Herr Landeshauptmann, ich weiß, dass es bereits entsprechende Gespräche gibt. Ich kann mich an einen Zeitungsartikel erinnern, in dem Sie selber eine solche Möglichkeit angedeutet haben. Ich wäre Ihnen wirklich verbunden, wenn in diesem Sinne etwas weitergehen würde. Natürlich betrifft das nicht nur das Wipptal, sondern die ganze Transitroute in Südtirol. Wir warten also gespannt auf Ihre Antwort.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Es wäre interessant gewesen, diesen Beschlussantrag gemeinsam mit jenem zu behandeln, der auf dem nächsten Tagesordnungspunkt aufscheint, nämlich jenen der Abgeordneten Urzì und Vezzali in Bezug auf eine Untertunnelung der Brennerautobahn. Ich denke, dass diese zwei Themen gut zusammenpassen. Ich verstehe, dass den Anrainergemeinden eine Entschädigung für die real existierende Belastung zustehen würde, aber langfristig gesehen wäre es meiner Meinung nach besser, das Problem im Kern zu lösen, das heißt die Gebiete, die am stärksten betroffen sind, einfach der Brennerautobahn zu entledigen, indem man sie einhaust oder untertunnelt. Es wäre meiner Meinung nach also interessanter, die Geldmittel von den Mauteinnahmen der Brennerautobahn-Gesellschaft dahingehend zu investieren, dass beispielsweise solche Untertunnelungen gemacht werden. Wenn man als Beispiel Bozen hernimmt, so frage ich mich schon, welchen Sinn es macht, dass die Autobahn durch die Stadt führt. Sie könnte ohne weiteres bei Kardaun in einen Tunnel hineinführen und bei Bozen Süd ...

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Es ist ein Unterschied, ob eine Autobahn direkt durch eine Stadt hindurchführt oder ob sie durch einen Tunnel führt, Herr Landeshauptmann. Es ist nicht immer nur mit Lärmschutzwänden getan. Wenn man bedenkt, wie viel die Brennerautobahn-Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten erwirtschaftet hat, dann kann man sich ausrechnen, wie viele Untertunnelungen man damit finanzieren hätte können. Wenn man in diesen Tagen wieder liest, dass die Aktionäre wieder eine ordentliche Dividende ausgeschüttet bekommen, dann wäre es doch sinnvoll, ...

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Nein, es wurde gemeldet, dass die Brennerautobahn-Gesellschaft wieder Gewinne eingefahren hat. Es wäre also schon sinnvoll, solche Gewinne dafür herzunehmen, dass beispielsweise in den Ballungszentren Untertunnelungen gemacht werden. Für das Land Südtirol ist es nämlich keine tolle Tourismuswerbung, wenn die Autobahn durch Städte durchführt. Brixen und Sterzing sind durchaus Touristenzentren. Warum also muss die Autobahn durch diese Städte hindurchführen? Das könnte man durchaus anders lösen, und bei dem, was die Brennerautobahn-Gesellschaft erwirtschaftet und in den nächsten Jahren noch erwirtschaften wird, wäre es meiner Meinung nach die beste Lösung, die Brennerautobahn in diesen Bereichen zu untertunneln.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Das ist ein interessanter Beschlussantrag, denn die Belastung durch die Brennerautobahn war in den vergangenen Jahren eigentlich stärker ein Thema, als es jetzt ist. Ich erinnere mich an die Jahre 2003 und 2004, in denen die Luftbelastung eine sehr heiß diskutierte und intensiv gefühlte Problematik war. Über die Feinstaubproblematik und den Ausstoß von Stickoxyden wurde intensiv diskutiert, und wie häufig bei Umweltfragen gibt es immer Berg- und Talwellen. Das ist jetzt wieder einigermaßen verschwunden, bis auf besonders betroffene Zentren wie Sterzing, wo der Sadobre-Parkplatz mit Sicherheit eine große Problemzone darstellt. Der Verkehr geht weiter, und jetzt, wo die Wirtschaft wieder besseren Zeiten entgegenschaut, tendiert man dazu, die Schäden, die die Autobahn verursacht, kleinzureden. Die Emissionen haben effektiv eine verheerende Wirkung, wie die Umweltagentur ja selber immer wieder hervorhebt. Der sonst sehr zurückhaltende Herr Minach weist ständig darauf hin, dass es sinnvoll wäre, Tempobeschränkungen einzuführen, um die Emissionen zu reduzieren, weil die Langzeitschäden in diesem Bereich ausgesprochen negativ sind. Wir wissen, dass die Landesregierung eine Erhebung der Gesundheitsschäden eingeleitet hat, aber wir wissen nicht, wie weit diese gediehen ist. Wie gesagt, das sind alles Fragestellungen von chronischer Dauer. Die Brennerautobahn bemüht sich zwar, in vielen Bereichen entgegenzukommen, beispielsweise hinsichtlich des Lärmschutzes, es ist aber so, dass die Aktionäre ihre Gewinnforderungen einbringen. Aktuell sind die Dividenden eingefroren, aber die Investitionsforderungen gehen in bestimmte Richtungen. Neben den Gewinnforderungen der Aktionäre gibt es natürlich die Rücklagen für den Brennerbasistunnel, die inzwischen auf nahezu 450 Millionen Euro angewachsen sind. Für Umweltmaßnahmen bleibt also relativ wenig übrig.

Kollege Leitner, dass man die Gemeinden direkt an den Einnahmen der Brennerautobahn-Gesellschaft beteiligen soll, erscheint mir etwas problematisch zu sein. Meiner Meinung nach würde dann nämlich eine sehr unterschiedliche Verwendung der Mittel stattfinden. Die einen würden sicher in Umweltmaßnahmen finanzieren – beispielsweise Sterzing -, aber andere würden ganz andere Investitionen vornehmen. Ich erinnere nur daran, dass es für Natz/Schabs, Franzensfeste und Vahrn Umweltforderungen für den Brennerbasistunnel in Höhe von 50 Millionen Euro gibt. Was da gestritten wird, passt auf keine Kuhhaut. In Natz/Schabs streitet man darüber, ob man das Geld für einen Freizeitpark oder für Lärmschutzwände einsetzen soll, und ich befürchte, Kollege Leitner, dass es diese Entwicklung dann auch in anderen Gemeinden geben würde. Ich tue mich also schwer, diesem Beschlussantrag zuzustimmen. Mir erschiene es zielführender, wenn der Gemeindenverband eine Plattform von Forderungen aufstellen würde, die dann mit der Brennerautobahn im Laufe der Jahre abgearbeitet werden könnten. Wie gesagt, diese einzelnen punktuellen Maßnahmen erscheinen mir problematisch zu sein, denn da würde ein Gießkanneneffekt entstehen, der umweltpolitisch relativ wenig bringen würde. Der Beschlussantrag ist zwar sinnvoll, aber die Lösung mit der Beteiligung der Gemeinden in dieser Einzelform scheint mir sehr problematisch zu sein. Deshalb werden wir uns der Stimme enthalten.

PICHLER ROLLE (SVP): Ich nehme mich nicht aus, wenn ich sage, dass der Südtiroler Landtag wieder einmal eine recht kuriose Debatte führt, nämlich darüber, wie die finanziellen Mittel der Brennerautobahn-Gesellschaft verwendet werden sollen. Der Vertrag zwischen der Brennerautobahn-Gesellschaft und der Staatsstraßen-Verwaltung läuft im Jahr 2014 aus, und wir wissen nicht, wie es weitergehen soll. Herr Landeshauptmann, das wäre eine Gelegenheit für Sie, dem Landtag zu berichten, wie es aussieht. Wir hören, dass in diesen Wochen die Würfel fallen werden, und davon hängt ja sehr viel ab. Wir wissen nicht, ob wir überhaupt noch eine Handhabe über diese Verkehrsader haben werden. Die Politik der Landesregierung, die Einnahmen der Brennerautobahn zu nutzen, um den Verkehr mit einer Querfinanzierung auf die Schiene zu bringen, war sicher richtig. Wir wissen aber nicht, wie es im Jahr 2014 weitergehen soll. Die Entscheidung dürfte aber in den nächsten Wochen fallen. Wir

wissen, dass sich Italien weigert, auf die Wegekostenrichtlinie der Europäischen Union zurückzugreifen. Es ist noch sehr viel Spielraum da, um vor allem schadstoffintensive Lkw's höher zu besteuern, aber auch um die herkömmlichen Lkw's stärker zur Kasse zu bitten. Ich kann dem Vorschlag der Freiheitlichen Kollegen auf den ersten Blick einiges abgewinnen. Auf den zweiten Blick muss ich aber sagen, dass man unter Umweltmaßnahmen auch verstehen muss, dass die Autobahn Lärmschutzbauten und andere Dinge realisiert. Das sollte möglichst einheitlich erfolgen, da stimme ich dem Kollegen Heiss zu. Das wäre aber Aufgabe der Autobahn selbst.

Noch etwas anderes. Eine Einhausung bzw. Untertunnelung der Brennerautobahn ist in weiten Bereichen gar nicht möglich. Wir alle kennen die Problematik der Brände, die es in verschiedenen Tunnels - Mont-Blanc-Tunnel und andere - gegeben hat. Eine kilometerlange Einhausung bedingt, dass allein die Feuerschutzauflagen äußerst streng wären.

ABGEORDNETER: *(unterbricht)*

PICHLER ROLLE (SVP): Beim Brennerbasistunnel wird das Ganze ja berücksichtigt, aber wenn ein Teil einer herkömmlichen Autobahn eingehaust wird und ein Lkw Feuer fängt, dann möchte ich nicht wissen, welche Auflagen da auf uns zukommen würden. In Bozen ist ja eine entsprechende Lösung vorgezeichnet, und ich habe diese schon vor zehn Jahren angesprochen. Der Landeshauptmann hat dann immer auf die Enkelkinder verwiesen. Jetzt sind wir alle ein wenig älter geworden, und Sie können auch noch einmal auf die Enkelkinder verweisen, Herr Landeshauptmann. In Bozen könnte man das schon endlich angehen, das heißt, dass man die Autobahn, wie der Kollege Knoll gesagt hat, in Karneid in einen Tunnel hinein- und in Bozen Süd wieder herausführt. Es hat wirklich keinen Sinn, mit diesem Viadukt über Bozen hinwegzufahren.

Um es kurz zu machen, ich denke, dass es eine einheitliche Regelung braucht. Die Gemeinden oder Bezirksgemeinschaften sollen insofern mitreden können, als sie in die Umweltprojekte der Brennerautobahn eingebunden werden. Die Grundvoraussetzung ist, dass die Brennerautobahn in Südtiroler und Trentiner Hand bleibt. Das scheint mir viel, viel wichtiger zu sein, als jetzt zu sagen, dass wir einzelne Gemeinden an den Einnahmen beteiligen und somit den Spielraum der Querfinanzierung reduzieren.

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Normalerweise sagt man "Guten Morgen", wenn jemand aufwacht und andere schon lang arbeiten. So ist es beim Kollegen Leitner & Co. Das ist ja nichts Neues, Kollege Leitner, denn wir haben in diesem Bereich schon viel getan. Der Kollege Egger hat gesagt, dass wir bereits vor Jahren diesbezüglich mit den Gemeinden geredet haben. Ich habe den Gemeinden gesagt, dass man schon überprüfen kann, ob es möglich wäre, sie an den Einnahmen zu beteiligen. Dann ist die Sache aber nicht weitergegangen, weil es geheißen hat, dass das nur mit einer Erhöhung der Maut möglich wäre. Darüber entscheidet aber die ANAS und nicht die Autobahn-Gesellschaft. Nachdem demnächst eine Neuregelung fällig ist, hätte es keinen Sinn, jetzt eine Regelung zu machen. Der Wettbewerb müsste auf alle Fälle vor dem Jahr 2013 ausgeschrieben werden. Morgen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, bin ich wieder im Rom, um über dem Ressort Tremonti darüber zu reden, wie das weitergehen soll.

Kollege Pichler Rolle, die Konzession für die Brennerautobahn verfällt Ende 2013. Deshalb muss jetzt entschieden werden, ob die Konzession verlängert wird oder ob eine Ausschreibung gemacht werden muss. Wir wären natürlich für eine Verlängerung der Konzession, und darüber haben wir ja auch mit den zuständigen Kommissären in Brüssel verhandelt. Man hat uns in Brüssel gesagt, dass eine Verlängerung der Konzession nicht ausgeschlossen sei, wobei aber die italienische Regierung den betreffenden Antrag stellen müsse. Die italienische Regierung hat den Antrag nicht gestellt, aber es ist zu sagen, dass auch die Konzessionen von vier anderen Autobahnen verlängert und nicht neu ausgeschrieben worden sind. Vor zehn Tagen habe ich gemeinsam mit dem zuständigen Kollegen aus Trient eine Aussprache mit dem zuständigen Minister Matteoli gehabt, der der Meinung ist, dass man es probieren sollte, nachdem auch Kommissar Cox gesagt hat, dass es grundsätzlich möglich wäre, über eine Verlängerung der Konzession zu diskutieren. Wir haben vereinbart, eine Auflistung aller Fragen zu machen, die mit Brüssel geklärt werden sollen, damit wir endlich wissen, ob eine Verlängerung der Konzession möglich ist oder nicht. Wenn wir eine negative Antwort bekommen, dann soll eben auf eine neue Ausschreibung der Konzession hingearbeitet werden. Wenn ausgeschrieben werden muss, dann kommt es darauf an, welche Vorgaben gemacht werden. Minister Tremonti verlangt, dass derjenige, der sich bewirbt, die 567 Millionen Euro für den Wert der Konzession zahlt. Außerdem muss jeder hergehen und bereit sein, den jährlichen Pachtschilling an die ANAS zu zahlen. Das sind zwei Prozent von gewissen Einnahmen. Außerdem muss entschieden werden, wie viel für die Querfinanzierung des Brennerbasistunnels gezahlt wird. Das ist der Bereich, der letzten Endes ausschlag-

gebend sein wird. Wir möchten, dass zwei Dinge dazu kommen, nämlich eine eventuelle Investition im Bereich der Umwelt und eine Beteiligung der Gemeinden, damit auch sie gewisse Investitionen im Umweltbereich tätigen können. Die Konzession müsste wenigstens 50 Jahre gültig sein, damit man wirklich eine langfristige Entscheidung treffen kann. Der letzte Punkt betrifft die Arbeiten, die im jeweiligen Territorium von Modena bis Brenner gemacht werden. Sie wissen, dass wir 400 Millionen Euro bei der Brennerautobahn vorgemerkt haben, die außerhalb der Autobahn – Zufahrtsstraßen usw. – investiert werden müssen. Jetzt werden wir ja sehen, ob wir imstande sein werden, das durchzubringen. Die ANAS ist auf alle Fälle nicht begeistert über den Vorschlag, dass die Gemeinden an den Einnahmen beteiligt werden sollen.

Nun noch ganz kurz zu diesem Beschlussantrag. Alle sagen, dass weniger Verkehr in Ordnung wäre, aber die Leute, die das sagen, sind dann auch gegen den Brennerbasistunnel. Wir wissen, dass der Schwerverkehr die größten Lärmbelastungen bringt, und es wäre schon schön gewesen, wenn die Grünen die Alternativen unterstützt hätten. Ich wäre auch froh gewesen, wenn uns die Freiheitlichen in dieser Hinsicht mehr unterstützt hätten, denn dann hätten wir vielleicht weniger Schwierigkeiten gehabt. Auf jeden Fall sind wir jetzt so weit, dass wir sagen können, dass der Brennerbasistunnel gebaut werden wird, und es ist richtig, dass die Querfinanzierung von der Autobahn gewährleistet wird.

Zum Thema Einhausung. In Bozen wurde eine Einhausung der Autobahn schon zum Teil gemacht und der Rest muss aus Sicherheitsgründen eingehaust werden. Wenn dann gesagt wird, dass die Autobahn in einen Tunnel hineinverlegt werden soll, so muss ich Ihnen sagen, dass es früher oder später sicher dazu kommen wird, aber sicher nicht in nächster Zeit. Zunächst müssen wir nämlich schauen, dass alle Umwelanlagen längs der Autobahn vom Brenner bis Modena errichtet werden. Sie wissen, dass die Autobahn sehr viel investiert, vor allem in die Errichtung von Lärmschutzwänden. Erst wenn das alles fertig gestellt sein wird und wir die Konzessionsverlängerung bekommen, dann können wir über eine Verlegung der Autobahn in einen Tunnel reden.

Kollege Knoll, Sie haben gesagt, dass die Dividenden dafür verwendet werden sollten. Ich muss Ihnen sagen, dass das Land keine Dividenden bekommt, wie im Übrigen auch die anderen Aktionäre nicht. Die Dividenden sind zurückgelegt worden, zum Teil für die Aufstockung des Fonds für die Querfinanzierung. Ein anderer Teil wurde für die Teilnahme an einer eventuellen neuen Ausschreibung der Konzession beiseitegelegt. Dann werden wir nämlich wahrscheinlich eine Akonto-Zahlung von 70 Millionen Euro leisten müssen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie können sagen, dass wir uns sehr genau um diese Verkehrsstruktur kümmern werden. Wir werden das, was das Wipptal, Eisacktal und das Unterland seit Jahren fordern, im Auge behalten. Vor allem aber werden wir versuchen, dass die Beteiligung der Gemeinden an den Einnahmen ein fixer Punkt bei einer eventuellen Ausschreibung sein wird. Der vorliegende Beschlussantrag ist unvollständig, weil wir in der Zwischenzeit schon weiter gekommen sind. Außerdem berücksichtigt er nicht die Realität. Die Beteiligung der Gemeinden ist ein kleiner Teil, der dem großen Problem nicht entgegenkommt. Deshalb können wir dem Beschlussantrag nicht zustimmen.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Landeshauptmann! Natürlich ist das ein kleiner Teil, aber wenn man ein großes Problem lösen will, dann kann man das auch in kleinen Schritten tun. Wir haben sicher nicht geschlafen, und ich weiß nicht, von wem der Vorschlag für eine Beteiligung der Gemeinden ursprünglich stammt. Es ist sicher nicht verboten, Dinge aufzugreifen oder sich an einer Idee anzuschließen. Wenn der Landeshauptmann sagt, dass wir da spät dran seien, dann hat derjenige, der mir den Anstoß gegeben hat, zu der Zeit der Ideengebärgung noch gar nicht gelebt, denn es handelt sich um einen ganz jungen Burschen. Tatsache ist, dass die Idee nicht umgesetzt worden ist! Man muss also daran arbeiten, immer wieder nachstoßen usw.

Den Vorrednern, die gesagt haben, dass man das Problem an der Wurzel lösen müsse, muss ich sagen, dass wir damit einverstanden sind. Man muss aber auch sagen, woher die Gelder kommen. In Vahrn haben die Freiheitlichen vorgeschlagen, die Autobahn einzuhausen. Die SVP sagt, sie muss in den Berg verlegt werden. Wenn man alles verstecken könnte, dann wäre das natürlich toll und niemand wäre dagegen, aber der Landeshauptmann wird dann fragen: "Woher sollen wir das Geld nehmen?" Wenn man in Südtirol alles nur mehr zu verstecken braucht, einschließlich der faschistischen Denkmäler, glaubt man, das Problem lösen zu können, aber so einfach wird es nicht gehen. Hier ist ein ganz konkretes Problem, das man mit der im Beschlussantrag vorgeschlagenen Maßnahme verbessern könnte. Man sollte den Beschlussantrag genau lesen. Wir möchten, dass die Landesregierung die Vertreter des Landes im Verwaltungsrat der Brennerautobahn auffordert, diesen Antrag zu stellen. Wir werden ja sehen, wer die Ausschreibung gewinnen wird, aber wir hoffen, dass die Konzession wieder in unsere Hände kommt. Sonst haben wir ja nur mehr wenig Mitspracherecht.

Herr Landeshauptmann, Sie haben einen Giftpfeil in unsere Richtung geschossen, indem Sie gesagt haben, dass wir den Brennerbasistunnel verzögert hatten. Das ist ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Finanzierungsmöglichkeiten geschehen. Wir haben immer wieder nachgefragt, wo das Geld herkommen soll. Man kann der Bevölkerung nicht etwas verklickern, was gut klingen mag, wenn man nicht weiß, wie es finanziert werden soll. Normalerweise sind Sie der Erste, der fragt, wo das Geld herkommt. Die Finanzierung – mit Verlaub – ist noch nicht gesichert. Zwar hat jetzt auch Österreich finanzielle Zusagen gemacht, aber der Brennerbasistunnel wird frühestens im Jahr 2025 fertig gestellt sein. Das sind also weitere zwanzig Jahre Belastung für unsere Bevölkerung. Deshalb müssen wir kleine Schritte setzen und versuchen, die Leute zu entlasten. Es braucht einen Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen Interessen und jenen der betroffenen Bevölkerung im Sinne von Umwelt und Gesundheit.

Kollege Heiss, im Beschlussantrag steht ganz klar, dass die Gemeinden verpflichtet sind, diese Geldmittel für Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und der Gesundheit der Bürger einzusetzen. Deshalb müssten Deine Bedenken in dieser Hinsicht eigentlich entkräftet sein. Wir haben uns wirklich bemüht, einen guten Beschlussantrag vorzulegen, der im Gesamtpaket natürlich nur eine kleine Maßnahme ist, aber solange das große Problem nicht gelöst ist, muss es eben im Kleinen angegangen werden. Das wäre eine gute Gelegenheit, der Bevölkerung zu signalisieren, dass wir, wenn es um Entlastungen geht, nicht schweigen.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Beschlussantrag ab: mit 7 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen abgelehnt.

Punkt 46 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 212/10 vom 11.3.2010, eingebracht vom Abgeordneten Pardeller, betreffend Hasskampagne im Social Network Facebook"**.

Punto 46) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 212/10 dell'11.3.2010, presentata dal consigliere Pardeller, riguardante campagna di odio sul social network Facebook"**.

Die auf der Internet-Kommunikationsschiene "Facebook" geführte Hasskampagne gegen Einwanderer hat Dinge zutage gefördert, welche die angeblich "heile Welt" Südtirols zu Recht erschüttern. Die menschenverachtenden Gedanken und die dabei verwendete brutale Sprache weisen darauf hin, dass es in Teilen der Südtiroler Jugend ideologische Bewegungen gibt, welche die Grundsätze der Ethik des Zusammenlebens, der Toleranz und der Solidarität außer Acht lassen und tiefste Abgründe erkennen lassen.

Es steht außer Zweifel, dass diese Hasskampagne auch eine Folge der in den letzten Jahren aufgetretenen und systematisch geförderten Kampagnen gegen die Einwanderer und ihre Anwesenheit in unserem Land ist. Denn wenn ständig gehetzt wird, ist es nicht zu vermeiden, dass fanatisierte und irre geleitete Kräfte in der Bevölkerung auf diese Provokationen hereinfließen und die Grenzen des zivilen Zusammenlebens überschreiten.

Der Vorfall lässt auch darauf schließen, dass Institutionen in unserer Gesellschaft zumindest teilweise versagt haben, weil es ihnen nicht gelungen ist, in unserer Jugend eine Haltung der echten Zwischenmenschlichkeit, der Achtung und der Solidarität im Sinne überkommener Werte aufzubauen und zu bewahren. Dies betrifft das Elternhaus gleich wie die Schule aller Stufen, die Jugendeinrichtungen, die Kirche, die konfessionell und sozial orientierten Bewegungen und Verbände und letztlich auch die Politik, die leider nicht immer und nicht überall mit einem nachahmenswerten Beispiel vorgeht.

Die Verhetzung der Jugend zu solcher Mentalität muss als ein Verbrechen eingestuft werden, gegen das alle verfügbaren Kräfte eingesetzt werden müssen.

Dies vorausgeschickt,

beschließt

DER SÜDTIROLER LANDTAG:

Umgehend im Plenum ein umfassende politische Diskussion über diese Vorkommnisse abzuführen. Die Landesregierung aufzufordern, einen "Runden Tisch" mit Vertretern aller oben genannten Institutionen einzurichten und dort die Diskussion und die Suche nach Möglichkeiten zur Ausmerzung solcher Phänomene durch systematische Überzeugungsarbeit und koordiniertes wissenschaftlichen Vorgehen einzuleiten.

Alle mit der Erziehung und Betreuung der Jugend befassten Institutionen zum Nachdenken anzuleiten, ob die Modelle, nach denen sie in den letzten Jahrzehnten ihr Handeln ausgerichtet haben, nicht zu überdenken und neu zu ordnen sind, um solchen Situationen gewachsen sein zu können.

Die Gerichtsbarkeit in ihrer Arbeit zur Identifizierung und Bestrafung der Verursacher und Förderer dieser Vorkommnisse tatkräftig zu unterstützen.

Die Einrichtung eines Jugendanwalts voranzutreiben und diesen Anwalt/Anwältin mit allen notwendigen Befugnissen auszustatten, damit er/sie konkrete Arbeit leisten kann.

La campagna di odio avviata sulla piattaforma di comunicazione "Facebook" e indirizzata contro gli immigrati ha portato a galla aspetti che giustamente hanno scosso la presunta "isola felice" dell'Alto Adige. Le riflessioni che manifestano un chiaro disprezzo nei confronti della persona, e il linguaggio brutale usato in questo contesto, suggeriscono che tra i giovani altoatesini ci siano dei movimenti ideologici che ignorano i principi dell'etica della convivenza, della tolleranza e della solidarietà e rivelano profondi abissi.

Non vi è alcun dubbio che questa campagna di odio sia anche il risultato delle campagne portate avanti negli ultimi anni che si rivolgevano sistematicamente contro gli immigrati e la loro presenza nella nostra provincia. Infatti, a forza di aizzare l'odio è inevitabile che elementi fanatici e oltranzisti nella popolazione raccolgono le provocazioni di questo tipo e superino i limiti della convivenza civile.

Dall'accaduto si deduce che le istituzioni della nostra società hanno almeno in parte fallito, perché non sono state in grado di coltivare e conservare nei nostri giovani una vera e propria cultura della relazione interpersonale, del rispetto e della solidarietà secondo i valori tramandati. Questo vale sia per i genitori come anche per la scuola a tutti i livelli, per i servizi per i giovani, la chiesa, le associazioni e i movimenti religiosi e sociali, e infine la politica, che purtroppo non sempre e ovunque dà il buon esempio.

L'istigazione dei giovani a una tale mentalità deve essere considerata un reato, da contrastare con tutte le forze disponibili.

Ciò premesso

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

delibera:

di avviare senza indugi un'esaustiva discussione politica in Consiglio provinciale su questi avvenimenti.

di sollecitare la Giunta provinciale a istituire una "tavola rotonda" con i rappresentanti di tutte le istituzioni di cui sopra, per avviare in detta sede una discussione su come debellare tali fenomeni attraverso un lavoro di persuasione sistematico e un modo di procedere scientifico e coordinato.

di esortare tutte le istituzioni educative e di assistenza ai giovani a riflettere se i modelli sui quali hanno impostato la loro attività negli ultimi decenni debbano essere riconsiderati e riorganizzati per poter far fronte a tali situazioni.

di appoggiare attivamente la giustizia nel suo lavoro di identificazione e punizione dei responsabili e dei favoreggiatori di tali episodi.

di portare avanti l'istituzione del garante dei minori e di dotarlo di tutte le competenze necessarie per svolgere il suo lavoro.

Vorsitz des Vizepräsidenten | Presidenza del vicepresidente: Mauro Minniti

PRESIDENTE: Sono stati presentati due emendamenti dal consigliere Pardeller delle quali do lettura:

Emendamento n. 1: "Nella parte impegnativa il secondo paragrafo è modificato come segue: 'di sollecitare la Giunta provinciale affinché attivi a questo fine la 'tavola rotonda', composta dai rappresentanti di tutte le istituzioni di cui sopra e in particolare delle parti sociali, allo scopo di avviare in detta sede una discussione su come debellare tali fenomeni attraverso un lavoro di persuasione sistematico e un modo di procedere scientifico e coordinato'".

"Im beschließenden Teil wird der zweite Punkt wie folgt abgeändert: 'Die Landesregierung aufzufordern, den 'Runden Tisch', bestehend aus Vertretern aller oben genannten Institutionen, besonders auch aus den Sozialpartnern, mit dieser Angelegenheit zu befassen und dort die Diskussion und die Suche nach Möglichkeiten zur

Ausmerzung solcher Phänomene durch systematische Überzeugungsarbeit und koordiniertes wissenschaftliches Vorgehen einzuleiten".

Emendamento n. 2: "Nella parte impegnativa il punto 5 è soppresso e il punto 1 è così modificato: '1. di svolgere senza indugi un'esaustiva discussione politica in Consiglio provinciale su questi avvenimenti'".

"Im beschließenden Teil wird der fünfte Punkt gestrichen und der erste wie folgt abgeändert: '1. Umgehend im Plenum eine umfassende politische Diskussion über diese Vorkommnisse zu führen'".

La parola al consigliere Pardeller per l'illustrazione della mozione così modificata.

PARDELLER (SVP): Danke, Herr Präsident! In dieser Angelegenheit hat sich inzwischen einiges getan. Es ist auch ein entsprechender Gesetzesvorschlag zum Thema Integration eingebracht worden. In erster Linie geht es aber darum, auf die Jugend einzuwirken, und das können die Sozialpartner und der Landtag tun. Mit den Ausdrücken, die man diesbezüglich auf Facebook gefunden hat, lässt wirklich das Dritte Reich grüßen. Das kann man nicht akzeptieren! Dieser Beschlussantrag kommt sehr gelegen. Es soll gemeinsam zum Ausdruck gebracht werden, dass solche Äußerungen in unserer Gesellschaft nicht tragbar sind. Menschlichkeit kostet nichts, und auch wir haben die Verpflichtung, unseren Beitrag zu leisten. Wenn wir diesen Beschlussantrag genehmigen, dann ist das eine gute Voraussetzung dafür, das Integrationsgesetz zu verabschieden und dann auch zu begleiten. Mit einem Gesetz haben wir ja noch keine Integration. Integration kann nur gelingen, wenn alle mithelfen, dieselbe zum Ziel zu führen. So gesehen ist dieser Beschlussantrag eine Hilfe, die Integration begleiten zu können. Wenn man dann einen "Runden Tisch" hat, der dieses Gesetz begleiten wird, dann kann man sehr positive Akzente setzen und Integration in die Realität umsetzen.

THEINER (Landesrat für Gesundheits- und Sozialwesen und Familie – SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Beschlussantrag ist im März 2010 eingebracht worden, wobei sich mittlerweile, wie vom Einbringer angemerkt, natürlich einiges getan hat.

Zu Punkt 1. Wir sind natürlich alle aufgefordert, Stellung zu beziehen und klar zu machen, dass Hetzkampagnen und Vorfälle, die gegen das sogenannte Mancino-Gesetz verstoßen, verurteilt werden müssen. Das ist zum großen Teil auch geschehen.

Zu Punkt 2. Die Landesregierung hat letztes Jahr im Rahmen der Beratungen über die Maßnahmen zur Bekämpfung von Extremismen unter Jugendlichen beschlossen, eine Arbeitsgruppe zur Vertiefung der Problematik des Extremismus einzusetzen. An diesem "Runden Tisch" sind die Abteilung Familie und Sozialwesen, die Schulen, die Berufsschulen, die Jugendarbeiter, die Sozialdienste, die Gemeinden und Bezirksgemeinschaften, das Forum "Prävention", Streetworker und bei Bedarf auch die Ordnungskräfte und die Gerichtsbarkeit vertreten. Dieses Gremium, das der Landesregierung beratend zur Seite steht, hat sich seit seiner ersten Sitzung am 31. Juli 2009 mittlerweile acht Mal getroffen, um, ausgehend von einer Erhebung zu Extremismus und Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen in Südtirol, geeignete Interventionsmöglichkeiten abzuleiten und diese dann der Landesregierung zu unterbreiten und deren Umsetzung zu begleiten. An der vom Forum "Prävention" im Auftrag des "Runden Tisches" durchgeführten und von der Freien Universität Bozen begleiteten wissenschaftlichen Erhebung zum Ausmaß von Extremismus und Gewaltbereitschaft haben sich 144 Dienste und Institutionen beteiligt, darunter Schulen, Berufsschulen, Schulsprengel, Schulämter, Gemeinden, Schülerheime, Jugenddienste und Jugendzentren, andere Institutionen der Jugendarbeit, Streetworker, Gesundheitsdienste, Sozialsprengel, Jugendgerichtsbarkeit und einige im Sozialwesen tätige Vereine und Institutionen. Auf der Grundlage dieser Ergebnisse hat der "Runde Tisch" einen Maßnahmenkatalog ausgearbeitet, der von der Landesregierung am 14. Juni 2010 genehmigt worden ist. Um die Umsetzung dieses Fünf-Punkte-Kataloges und die Ausarbeitung der Untermaßnahmen möglichst effizient voranzubringen, wurde für jede Maßnahme ein Amt/Dienst namhaft gemacht, das bzw. der für das Weiterbetreiben der Maßnahmen in engster Verbindung mit den im Maßnahmenkatalog genannten Akteuren und in den jeweiligen Bereichen tätigen Hauptpartnern sowie den am "Runden Tisch" vertretenen Diensten und Institutionen verantwortlich ist. Die ersten Umsetzungsschritte sind bereits erfolgt. Präventionsarbeit in Form von Vorträgen, Schulungen, Workshops zu den Themen "Gewalt", "Rassismus", "Extremismus" wird bereits von verschiedenen Diensten und Netzwerken angeboten bzw. es ist geplant, dieses Angebot noch zu verstärken. Auch die Schule setzt vermehrt auf Prävention, Sensibilisierung und Fortbildung der Lehrkräfte zu den Themen "Gewalt" und "extreme Ideologien". Im Rahmen der Referats- und Präventionsarbeit sind die Mitarbeiter/Innen des Beratungsdienstes Joung & Direct in Schulen und Jugendzentren präsent, wo sie zusammen mit Computerfachleuten die Kinder und Jugendlichen im Umgang mit dem Computer über mögliche Gefahren aufklären.

Was die Problematik der Ausländer anbelangt, werden wir demnächst ausführlich Gelegenheit haben, im Zuge der Behandlung des Integrationsgesetzes darüber zu sprechen. Auf jeden Fall bin ich dafür, dass der Beschlussantrag des Kollegen Pardeller genehmigt wird, auch wenn sich einiges geändert hat. So ist beispielsweise der Kinder- und Jugendanwalt mittlerweile eingerichtet worden. Diesen Punkt brauchen wir also nicht mehr genehmigen.

PRESIDENTE: Siccome il consigliere Pardeller rinuncia alla replica passiamo alla votazione sulla mozione: approvata all'unanimità.

Punto 49) dell'ordine del giorno: **"Voto n. 14/10 del 29-3-2010, presentata dai consiglieri Schuler, Pichler Rolle e Stocker M., riguardante Borsa dei transiti alpini"**.

Punkt 49 der Tagesordnung: **"Begehrensantrag Nr. 14/10 vom 29.3.2010, eingebracht von den Abgeordneten Schuler, Pichler Rolle und Stocker M., betreffend Alpentransitbörse"**.

Punto 53) dell'ordine del giorno: **"Voto n. 15/10 del 14-4-2010, presentata dai consiglieri Heiss e Dello Sbarba, riguardante introduzione della 'borsa dei transiti alpini'"**.

Punkt 53 der Tagesordnung: **"Begehrensantrag Nr. 15/10 vom 14.4.2010, eingebracht von den Abgeordneten Heiss und Dello Sbarba, betreffend Einführung der Alpentransitbörse"**.

I due voti sono trattati congiuntamente ai sensi dell'articolo 117 del regolamento interno e con il consenso dei rispettivi presentatori.

Voto n. 14/10

Nella seduta congiunta delle tre assemblee legislative del 29 ottobre 2009 a Mezzocorona sono già state approvate delle mozioni, in cui si parla della "borsa dei transiti alpini" come mezzo idoneo a ridurre il traffico di transito. Con ciò il Land Tirolo, l'Alto Adige e il Trentino affermano di puntare a lungo termine su un sistema di gestione del traffico che segue i principi della cosiddetta "borsa dei transiti alpini" (sistema di scambio dei diritti di transito) per, una volta realizzato il Tunnel di base del Brennero, regolamentare l'attività di trasporto dei vettori e contenere il traffico merci su strada a un livello sostenibile dal punto di vista della tutela della salute e dell'ambiente. Inoltre la Commissione ferroviaria del Brennero – composta dal presidente del Consorzio dei Comuni della Provincia di Bolzano, dai presidenti delle comunità comprensoriali Alta Val d'Isarco, Val d'Isarco, Salto-Sciliar e Oltradige/Bassa Atesina nonché dai sindaci di tutti i comuni lungo l'asse del Brennero – al termine di una presentazione tenutasi il 22 gennaio 2010 ha approvato il concetto della "borsa dei transiti alpini", chiedendone l'introduzione. L'assemblea legislativa del Land Tirolo ha già sollecitato l'elaborazione di un piano strategico per spostare il trasporto merci nelle regioni sensibili verso modalità rispettose dell'ambiente. Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano si unisce a questa richiesta e invita il Parlamento e il Governo, a predisporre un piano strategico per trasferire, nelle regioni sensibili, il trasporto merci verso modalità più rispettose dell'ambiente, che in modo particolare contenga riflessioni su misure da adottare per gestire le infrastrutture per il trasporto nelle regioni sensibili e in cui si dovrà anche affrontare il tema dello scambio dei diritti di transito, affinché lo Stato italiano possa, su questa base, in futuro intraprendere un processo di discussione con la Commissione europea. Inoltre vanno creati i presupposti, affinché le regioni dell'Arge Alp ovvero gli stati che aderiscono alla Convenzione delle Alpi possano sviluppare il modello svizzero del sistema di scambio dei diritti di transito (la cosiddetta "borsa dei transiti alpini"), di modo che possa trovare applicazione in tutto l'arco alpino.

Beim "Dreier-Landtag" vom 29. Oktober 2009 in Mezzocorona wurden bereits Anträge verabschiedet, die die "Alpentransitbörse" als treffliches Instrument zur Verminderung des Transitverkehrs zum Inhalt hatten. Tirol, Südtirol und das Trentino setzen damit langfristig auf ein Verkehrsmanagement-System im Sinne der "Alpentransitbörse", um nach Realisierung des Brenner-Basistunnels die Verkehrsträger zu bewirtschaften und den Güterverkehr auf der Straße auf ein dem Interesse des Gesundheits- und Umweltschutzes nachhaltiges Niveau zu begrenzen. Zudem befürwortete der Bren-

nerbahn-Ausschuss, bestehend aus dem Präsidenten des Südtiroler Gemeindenverbandes, den Präsidenten der Bezirksgemeinschaften Wipptal, Eisacktal, Salten-Schlern und Überetsch-Unterland sowie den Bürgermeistern aller Gemeinden an der Brennerlinie, in einer Vorstellung am 22. Jänner 2010 das Konzept der "Alpentransitbörse" und forderte deren Umsetzung. Der Landtag des Bundeslandes Tirol hat bereits die Ausarbeitung eines Konzeptes für die Verlagerung des Güterverkehrs in sensiblen Regionen auf umweltfreundliche Verkehrsträger gefordert. Dieser Forderung schließt sich der Südtiroler Landtag an und fordert das römische Parlament und die römische Regierung auf, ein Konzept für die Verlagerung des Güterverkehrs in sensiblen Regionen auf umweltfreundliche Verkehrsträger auszuarbeiten, wobei in diesem Konzept insbesondere auch Überlegungen für Bewirtschaftungsmaßnahmen von Verkehrsinfrastrukturen in sensiblen Regionen zu prüfen sind und auch der Handel mit Transitrechten thematisiert werden soll, damit die Republik Italien auf dieser Basis in weiterer Folge mit der Europäischen Kommission in einen Diskussionsprozess eintreten kann. Zudem sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Regionen der Arge Alp bzw. die Länder der Alpenkonvention das Schweizer Modell der "Alpentransitbörse" so weiterentwickeln, dass es im gesamten Alpenraum zur Anwendung kommen kann.

Voto n. 15/10

L'enorme impatto del traffico di transito attraverso le Alpi è un problema cronico. Vista la conformazione territoriale gli effetti del rumore e degli inquinanti risultano particolarmente dannosi e si registra un continuo superamento dei limiti previsti dalla legge. Anche se la crisi economica mondiale iniziata nel 2008 ha portato a un'inaspettata riduzione del traffico dei mezzi pesanti, il forte aumento del traffico incide pesantemente sulla popolazione che vive lungo i grandi assi transalpini come Tauri, Brennero, Gottardo o il Monte Bianco. In questa situazione la "borsa dei transiti alpini" (di seguito BTA) si rivela un'ottima strategia per controllare e gestire il traffico, basata su un meccanismo di limitazione del traffico su determinati assi, con una ripartizione per quanto possibile in parti uguali. La BTA ha tre obiettivi:

creazione di un tetto massimo: i transiti autorizzati di mezzi pesanti attraverso le Alpi sono limitati con decisione delle autorità dell'UE, il tetto può essere progressivamente abbassato al livello auspicato per il trasferimento del traffico su rotaia;

suddivisione: i transiti autorizzati sono equamente ripartiti fra i vari passi alpini, i parametri secondo cui orientarsi sono la sicurezza e la salute della popolazione interessata;

vendita all'asta: i transiti sono messi all'asta in anticipo all'interno di una borsa telematica.

La BTA è quindi un sistema di informazione, prenotazione e gestione per transiti di mezzi pesanti attraverso le Alpi che, se applicato con precisione, comporta solo vantaggi per l'economia e la popolazione che vive lungo gli assi di traffico. I trasportatori possono pianificare i loro viaggi con largo anticipo, calcolandoli attraverso la vendita all'asta dei diritti di transito. Visto che con la limitazione e la ripartizione dei viaggi il sistema dei trasporti non può essere sovraccaricato, non si verificano più blocchi, congestionamenti o code di mezzi pesanti e di conseguenza non si hanno nemmeno i costi della congestione. Il sistema della BTA può essere applicato a tutto l'arco alpino e può coprire tutto il traffico nord-sud. È combinabile con i pedaggi e le tariffe per l'attraversamento dei trafori. I ricavi della borsa possono essere utilizzati per un miglioramento qualitativo dell'offerta ferroviaria o per una rapida realizzazione delle misure antirumore sulle strade e la ferrovia lungo gli assi di transito.

In Svizzera è da tempo in atto una iniziativa per l'introduzione della BTA. È stato elaborato un modello sulla base del quale un numero fisso di diritti di transito è distribuito gratuitamente, venduto a un prezzo fisso oppure messo all'asta. Vari studi effettuati tra il 2004 e il 2007 su iniziativa del Consiglio nazionale svizzero hanno dimostrato che in linea di massima una BTA è realizzabile, benché migliorabile in alcuni dettagli. Inoltre la rielaborata direttiva Eurovignetta apre margini di manovra per l'introduzione di una borsa dei transiti. Anche nella dichiarazione congiunta dei ministri dei trasporti dell'UE del 30 novembre 2001 a Zurigo sono state sostanzialmente approvate delle limitazioni quantitative, come previsto dalla Convenzione delle Alpi.

Nell'ultima seduta congiunta delle assemblee legislative della Provincia autonoma di Bolzano, del Tirolo e della Provincia autonoma di Trento a Mezzocorona, le mozioni n. 12 e 16, approvate all'unanimità, hanno messo in evidenza con forza lo strumento della borsa dei transiti. Anche gli enti locali a

nord e a sud del Brennero concordano sull'utilità di una messa in atto di questo sistema di scambio. Soprattutto in vista della più che mai problematica realizzazione del Tunnel di base del Brennero e di un'adeguata base di finanziamento nonché di accettabili tempi di realizzazione di questo imponente progetto, la BTA si impone come soluzione adeguata. Per questo motivo bisognerebbe fare tutto il possibile, per definire lo strumento della BTA sia a livello regionale che a livello statale.

Tutto ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

invita

la Giunta provinciale a intervenire presso le regioni ovvero la Conferenza Stato-Regioni nonché nell'ambito di colloqui diretti con le regioni alpine italiane per presentare in modo approfondito lo strumento della "borsa dei transiti alpini" e favorirne la realizzazione e

invita il Parlamento

e il Governo

a prendere atto dell'esistenza del progetto "borsa dei transiti alpini" come strumento centrale per risolvere il problema del traffico di transito attraverso le Alpi, a verificarne la possibilità di introdurlo e a valutarlo positivamente. Si invita il Governo ad avviare colloqui con altri Paesi dell'arco alpino, primi fra tutti Austria e Svizzera, per arrivare, previa trattative con l'UE, a definire assieme la "borsa dei transiti alpini" e introdurla seguendo un preciso calendario.

Die enorme Belastung der Alpen durch den Transitverkehr ist ein chronisches Problem. Die Auswirkungen von Lärm und Schadstoffen sind wegen der Geländebedingungen im alpinen Raum besonders schädlich, gesetzliche Grenzwerte werden regelmäßig überschritten. Die Menschen an großen Alpenrouten wie Tauern, Brenner, Gotthard oder Mont-Blanc sind durch starke Verkehrszuwächse belastet, obwohl die 2008 einsetzende Weltwirtschaftskrise unerwartete Rückgänge des LKW-Verkehrsaufkommens bewirkt hat. In dieser Situation ist die Alpentransitbörse (ATB) eine vorzügliche Strategie zur Kontrolle und Steuerung des Verkehrsaufkommens. Ihr Prinzip ist die Deckelung des Verkehrs auf bestimmten Routen und ihre möglichst gleichmäßige Auslastung. Die ATB setzt auf drei Ziele:

Plafondierung: Die erlaubten LKW-Fahrten durch die Alpen werden durch eine Entscheidung der EU-Behörden limitiert; der Plafond kann schrittweise auf das Niveau des angestrebten Verlagerungsziels gesenkt werden.

Verteilung: Die erlaubten Transitfahrten sind gerecht auf die verschiedenen Alpenübergänge zu verteilen; Maßstab sind die Sicherheit und die Gesundheit der betroffenen Bevölkerung.

Versteigerung: Die Fahrten werden über eine internetgestützte Börse im Voraus versteigert.

Die ATB ist also ein Informations-, Buchungs- und Lenkungssystem für Lastwagenfahrten durch die Alpen. Sie bringt für die Wirtschaft und betroffene Bevölkerung entlang der Transitachsen bei exakter Anwendung nur Vorteile. Spediteure können ihre Transporte langfristig planen und durch die Versteigerung der Transitrechte via Börse kalkulieren. Weil durch die Begrenzung und Verteilung der Fahrten das Verkehrssystem nicht überlastet werden kann, verschwinden die LKW-Staus und damit auch die Staukosten. Das System der ATB lässt sich auf den gesamten Alpenbogen anwenden und den gesamten Nord-Südverkehr erfassen. Das System ist mit Mauten und bestehenden Tunnelgebühren kombinierbar. Der Erlös aus der Börse kann zur Qualitätsverbesserung des Bahnangebots oder zur beschleunigten Realisierung der Lärmschutzmaßnahmen für Straße und Bahn entlang der Transitrouten verwendet werden.

In der Schweiz ist eine Initiative zur Einführung der ATB seit längerem im Gang. Es liegt ein Modell vor, wonach eine fixe Zahl an Durchfahrtsrechten entweder kostenlos verteilt, zu einem festen Preis verkauft oder versteigert werden soll. Vom Schweizer Nationalrat angeregte Studien kamen 2004/07 zum Schluss, eine ATB sei grundsätzlich möglich, wiewohl in Details noch zu verbessern; zudem eröffnet die überarbeitete europäische Wegekostenrichtlinie Spielräume für die Einführung einer Transitbörse. Auch die Zürcher Erklärung der EU-Verkehrsminister vom 30. November 2001 hat im Sinne der Alpenkonvention faktische Mengenbeschränkungen grundsätzlich gebilligt.

Während des letzten Dreierlandtags in Mezzocorona haben die einstimmig verabschiedeten Beschlüsse Nr. 12 und 16 das Instrument der Transitbörse entschieden hervorgehoben; auch unter den Lokalkörperschaften südlich und nördlich des Brenners besteht Konsens über die Sinnhaftigkeit der

Umsetzung der Alpentransitbörse. Vor allem im Hinblick auf die mehr denn je problematische Realisierung des Brennerbasistunnels und einer angemessenen Finanzierungsgrundlage und Zeitrahmens für das Großprojekt rückt die ATP als adäquate Lösungsstrategie in den Mittelpunkt. In diesem Sinne sollten alle Anstrengungen unternommen werden, sowohl auf der Ebene der italienischen Regionen als auch auf Staatsebene das Instrument der ATB zu verankern. All dies vorausgeschickt,

richtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Aufforderung an die Südtiroler Landesregierung, auf der Ebene der Regionen, namentlich auf der Staat-Regionen-Konferenz sowie in unmittelbaren Gesprächen mit den italienischen Alpenregionen das Konzept der Alpentransitbörse eingehend zu präsentieren und für seine Verwirklichung einzutreten,

an das Parlament

und die Regierung in Rom,

das Konzept der Alpentransitbörse als zentrales Instrument zur Lösung der Transitfrage im alpenquerenden Verkehr zur Kenntnis zu nehmen, ihre Einführung zu prüfen und positiv zu bewerten. Die Regierung wird ersucht, mit den anderen Staaten des Alpenraums, vorab mit Österreich und der Schweiz, Gespräche aufzunehmen, um die Alpentransitbörse nach Verhandlungen mit der EU gemeinsam zu verankern und ihre Einführung nach einem präzisen Zeitplan vorzunehmen.

La parola al consigliere Pichler Rolle sull'ordine dei lavori.

PICHLER ROLLE (SVP): Herr Präsident, nachdem die Anträge nahezu gleichlautend sind, möchten wir versuchen, sie in einem Antrag zusammenzufassen. Der Südtiroler Landtag soll versuchen, die römische Regierung für die Idee der Alpentransitbörse zu gewinnen. Deshalb werden wir versuchen, einen gemeinsamen Text zu erarbeiten, weshalb ich Sie um Aussetzung der Behandlung dieser Anträge ersuche. Wenn man die Sitzung jetzt abbrechen könnte, wäre es uns Recht. Sonst müssen wir mit der Behandlung der Tagesordnung fortfahren.

PRESIDENTE: C'è la proposta di sospendere i lavori. Non vedo nessuna obiezione e perciò chiudo la seduta.

ORE 18.15 UHR

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:
Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

(BIZZO) 4, 36
(DELLO SBARBA) 26, 34, 40, 43
(DURNWALDER) 3, 5, 6, 10, 11, 12, 13, 15, 16, 18, 22, 27, 42, 50, 51, 52
(EGGER) 2, 11, 12, 13, 33, 50
(HEISS) 21, 51
(KASSLATTER MUR) 9
(KLOTZ) 2, 3, 4, 5, 6, 10, 11, 25, 30, 31
(KNOLL) 6, 7, 8, 9, 13, 14, 22, 34, 41, 50, 51
(LEITNER) 1, 2, 14, 15, 16, 17, 18, 22, 41, 49, 53
(MAIR) 31
(MUSSNER) 3, 7, 8, 17
(PARDELLER) 33, 35, 56
(PICHLER ROLLE) 27, 35, 42, 44, 51, 52, 60
(THEINER) 56
(TINKHAUSER) 33
(UNTERBERGER) 30
(URZI) 21, 23, 25, 28, 30, 31, 34, 36
(WIDMANN) 13, 14

MITTEILUNGEN GESETZENTWÜRFE / COMUNICAZIONI DISEGNI DI LEGGE
03/05/2011

Folgende Gesetzentwürfe wurden eingebracht:
Sono stati presentati i seguenti disegni di legge:

LGe. ddi.	Unterzeichner Firmatari	Betreff	Oggetto
92/11 C	Urzi	Änderungen am Landesgesetz vom 28. September 2009, Nr. 5, "Bestimmungen zur Bonifizierung"	Modifiche alla legge provinciale 28 settembre 2009, n. 5, "Norme in materia di bonifica"
93/11 G	Laimer	Maßnahmen zur Einschränkung der Lichtverschmutzung und andere Bestimmungen in den Bereichen Nutzung öffentlicher Gewässer, Verwaltungsverfahren, Raumordnung und öffentliche Hygiene	Misure di contenimento dell'inquinamento luminoso ed altre disposizioni in materia di utilizzo di acque pubbliche, procedimento amministrativo, urbanistica ed igiene pubblica
94/11 C	Pöder	Änderung des Artikels 23 des Landesgesetzes vom 30. Juli 1981, Nr. 24, "Die Fahrtkostenbeiträge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer"	Modifica della legge provinciale 30 luglio 1981, n. 24, articolo 23, "Contributi per spese di viaggio a favore di lavoratrici e lavoratori dipendenti"
95/11 C	Tinkhauser, Egger, Leitner, Mair, Stocker S.	Änderung der Landesgesetze vom 30. September 2005, Nr. 7 "Bestimmungen auf dem Gebiet der Nutzung öffentlicher Gewässer und elektrischer Anlagen" und vom 20. Juli 2006, Nr. 7 "Bestimmungen in Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für das Finanzjahr 2006 und für den Dreijahreszeitraum 2006-2008"	Modifica della legge provinciale 30 settembre 2005, n. 7 "Norme in materia di utilizzazione di acque pubbliche e di impianti elettrici" e della legge provinciale 20 luglio 2006. n. 7 "Disposizioni in connessione con l'assestamento del bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2006 e per il triennio 2006-2008"

MITTEILUNGEN ANFRAGEN / COMUNICAZIONI INTERROGAZIONI
03/05/2011

Folgende Anfragen wurden eingebracht:
Sono state presentate le seguenti interrogazioni:

Anfr. int.	Unterzeichner Firmatari	Betreff	Oggetto
1685/11	Vezzali	Antismog-Asphalt	Asfalto "Antismog"
1686/11	Urzi	Beiträge an Vereine - Sensibilisierung zwecks Ausarbeitung von Maßnahmen zum Schutze von Zöliakie-Kranken	Contributi ad associazioni - sensibilizzazione alla predisposizione di misure atte a tutelare i soggetti affetti da morbo celiaco
1687/11	Seppi	Beschluss der Landesregierung Nr. 498 - Ernennung des Landesbeirates für Baukultur und Landschaft - Ermächtigung zur Erteilung von Aufträgen	Delibera della Giunta provinciale n. 498 - nomina del comitato provinciale per la cultura edilizia ed il paesaggio - autorizzazione all'affidamento di incarichi
1688/11	Seppi	Beschluss der Landesregierung Nr. 492 - Ersetzung des Sachverständigen auf dem Gebiet des Landschaftsschutzes und Ernennung einer stellvertretenden Schriftführerin in der Landesraumordnungskommission	Delibera della Giunta provinciale n. 492 - sostituzione dell'esperto in materia di tutela del paesaggio e nomina di una segretaria sostitutiva nella Commissione urbanistica provinciale
1689/11	Seppi	Dr. Petra Treibenreif - Aufsichtsbeschwerde gegen den Ausschluss vom Wettbewerb nach Prüfungen und Bewertungsunterlagen für die Aufnahme von Schulführungskräften mit deutscher Unterrichtssprache	dott.ssa Petra Treibenreif - ricorso gerarchico avverso l'esclusione dal concorso per esami e titoli per l'assunzione di dirigenti presso le scuole primarie e secondarie di primo e secondo grado in lingua tedesca
1690/11	Seppi	Beschluss der Landesregierung Nr. 487 - Führung der Mensa und Bar im Berufsbildungszentrum in italienischer Sprache "L. Einaudi", Bozen	Delibera della Giunta provinciale n. 487 - gestione del servizio mensa e bar presso il centro di formazione professionale "L. Einaudi" a Bolzano
1691/11	Seppi	Beschluss der Landesregierung Nr. 486 - Fraktion Niederrasen, Gemeinde Rasen-Antholz - Ablehnung der Beschwerde von Daprà Ingrid gegen die Bekanntgabe der Mitglieder des Verwaltungskomitees	Delibera della Giunta provinciale n. 486 - frazione di Rasun di Sotto, Comune di Rasun-Anterselva - rigetto ricorso contro la proclamazione dei membri del comitato d'amministrazione
1692/11	Minniti	Einrichtung von Kompetenzzentren in Südtirol	Istituzione di Centri di eccellenza sanitari in Provincia
1693/11	Heiss, Dello Sbarba	Gülleausbringung im Natura-2000-Gebiet: Authentische Interpretation der Landesräte nicht rechtens	Sversamento di liquami in sito natura 2000: l'interpretazione autentica non compete agli assessori
1694/11	Urzi	Die Konkurrenz im Personenschienenverkehr	La concorrenza nel settore del trasporto ferroviario di persone
1695/11	Urzi	Koordinierungssitzung zum Thema neuer Schulkomplex in der Lahnstraße in Sterzing	Riunione di coordinamento sul nuovo polo scolastico di via della Frana a Vipiteno
1696/11	Urzi	Zukunft der Oberstufe in Sterzing	Il futuro della scuola superiore a Vipiteno
1697/11	Urzi	Bahnhof Brixen: einsprachige Beschilderung	Stazione ferroviaria di Bressanone: segnaletica monolingue
1698/11	Urzi	XI. Wettbewerb für wissenschaftliche Studien zum Thema Mehrsprachigkeit	XI Concorso per studi scientifici sul plurilinguismo
1699/11	Urzi	Baukosten - Tiefflächen	Costi di costruzione - superfici interrate
1700/11	Urzi	Wegwerfseifen ...	I saponi ... a perdere
1701/11	Urzi	Areal ehem. Schießstand in Meran	Area ex Bersaglio - Merano
1702/11	Knoll, Klotz	Landesbeiträge	Contributi provinciali
1703/11	Heiss, Dello Sbarba	Wie lange bleibt die SEL noch Miteignerin eines faktischen Atomkonzerns? Beteiligung bei EDISON ist umweltpolitisch und finanziell mehr denn je ein krasser Fehlgriff	Per quanto ancora la SEL resterà di fatto comproprietaria di una multinazionale nucleare? La partecipazione alla EDISON si sta rivelando sempre più un enorme passo

Anfr. int.	Unterzeichner Firmatari	Betreff	Oggetto
			falso dal punto di vista finanziario e della politica ambientale.
1704/11	Urzi	Mietbeitrag: Auszahlungszeiten kürzen und zuständiges Personal aufstocken	Sussidio casa: ridurre i tempi di erogazione e potenziare gli uffici dedicati
1705/11	Urzi	Nicht fertig gestellte Bauarbeiten	Edificazioni incomplete
1706/11	Minniti	Areal ehem. Schießstand in Meran	Area "ex bersaglio" a Merano
1707/11	Urzi	Öffentliches Bibliothekssystem	Sistema delle biblioteche pubbliche
1708/11	Urzi	Studiengang im Bereich Journalismus	Facoltà di giornalismo
1709/11	Urzi	Webseite der Abteilung Straßendienst	Pagina web della Ripartizione Servizio Strade
1710/11	Heiss, Dello Sbarba	Reviews für Universität Bozen und EURAC: Welches sind die Ergebnisse?	Revisioni per Università di Bolzano e EURAC: quali sono i risultati?
1711/11	Minniti	Maßnahmen gegen neue Armut	Interventi per scongiurare nuove povertà
1712/11	Minniti	Luftverschmutzung in der Petrarcastraße in Meran (2)	Inquinamento in via Petrarca a Merano (2)
1713/11	Minniti	Institutswohnungen	Alloggi IPES
1714/11	Leitner	Konzessionen für Stromgewinnung	Concessioni idroelettriche
1715/11	Minniti	Zunahme der Eingetragenen in den Listen des Arbeitsvermittlungszentrum - Bozen	Aumento iscritti centri mediazione lavoro - Bolzano
1716/11	Pöder	Mendelpasstraße - Steinschlag	Strada della Mendola - caduta massi
1717/11	Dello Sbarba, Heiss	Finanzierungen an Rundfunk und Fernsehen	Finanziamenti al settore radio-televisivo
1718/11	Dello Sbarba, Heiss	Verlängerung der Flugpiste: Muss der Gefahrenzonenplan Flughafen überarbeitet werden? Ist das neue Gefängnis unvereinbar?	Pista più lunga: piano di rischio aeroportuale da rifare, nuovo carcere incompatibile?
1719/11	Leitner	Kunst- Kulturverein MANUART - Bozen	Associazione artigianato artistico MANUART - Bolzano
1720/11	Leitner	Wettbewerb für die Ernennung einer Kindergartendirektorin "Ladinia - alles rechtens oder reine "Freunderlwirtschaft"?"	Concorso per la nomina della direttrice del ciclo didattico delle scuole dell'infanzia delle località ladine "Ladinia": tutto in regola o accordi clientelari?
1721/11	Leitner	Bergbonifizierungskonsortium "Gsies - Taisten"	Consorzio bonifica montana "Casies - Tesido"
1722/11	Seppi	Wird der unzureichende Parkplatz bei der Talstation der Mendelbahn in Hinblick auf die Straßenbauarbeiten im Bereich Tumorschlucht vergrößert?	Si intende allargare il parcheggio a valle della funicolare della Mendola, già oggi insufficiente, in previsione della realizzazione dei lavori sulla strada in località Roccette?
1723/11	Seppi	Wie viel verdienen die Vertrauenspersonen des Wohnbauinstituts für ihre Tätigkeiten?	Richiesta elenco dei fiduciari IPES, quanto percepiscono dall'Istituto per questa e altre eventuali mansioni
1724/11	Leitner	Schülertransport im Schuljahr 2010/2011 - St. Magdalena/Gsies - Eggerberg - Toblach (Vertrag Nr. 200 vom 27.8.2010)	Trasporto scolastico per l'anno scolastico 2010/2011 - S. Maddalena/Casies - Eggerberg/Monte Costa - Dobbiaco (contratto n. 200 del 27-8-2010)
1725/11	Stocker M.	Strahlenbelastung der Schilddrüse	Patologia tiroidea da radiazioni
1726/11	Mair	Landesnotrufzentrale - Krankenpfleger im Rettungswesen - Sanarena - Weißes und Rotes Kreuz	Centrale operativa provinciale per le emergenze - infermieri nel pronto soccorso - Sanarena - croce bianca e croce rossa
1727/11	Minniti	Beschluss "des Alpes" - Algund	Delibera "des Alpes" - Lagundo
1728/11	Mair	Kundgebungen vom 5. März	Manifestazioni del 5 marzo
1729/11	Dello Sbarba, Heiss	Neuer Sitz der Abteilung Personal: Ein großes Geschäft für Private?	Nuova sede della ripartizione Personale: profitti favolosi per i privati?
1730/11	Mair	Geothermieanlage Brixen - Fernheizkraftwerk Aquarena	Impianto geotermico Bressanone - centrale teleriscaldamento Acquarena
1731/11	Minniti	GVP und SUP	VIS e VAS
1732/11	Minniti	Gedenken an das Blutbad vom 30. April in Meran	Ricordare la strage del 30 aprile 1945 a Merano
1733/11	Minniti	Friedhof in Sinich	Camposanto a Sinigo
1734/11	Minniti	Nabelschnurblutspende	Donazione sangue cordone ombelicale
1735/11	Minniti	Maßnahmen für Sinich	Interventi per la frazione di Sinigo

Anfr. int.	Unterzeichner Firmatari	Betreff	Oggetto
1736/11	Heiss, Dello Sbarba	Grandhotel Toblach: Konzession mit der Opera di Assistenza Pontificia Bologna. Beabsichtigt das Land seine Billigmiete zu erhöhen?	Grandhotel Dobbiaco, contratto con l'Opera di Assistenza Pontificia Bologna. La Provincia intende aumentare l'affitto irrisorio?
1737/11	Minniti	Verbindungen zwischen Bozen und dem Pflegeheim für Langzeitkranke Firmian	Collegamenti tra Bolzano ed il centro lungodegenti di Castel Firmiano
1738/11	Minniti	Errichtung einer großen Umsetzeranlage in Burgstall	Montaggio di un maxi ripetitore a Postal
1739/11	Minniti	Errichtung von Umsetzern für Mobiltelefone beim Combi-Sportplatz in Meran	Montaggio di ripetitori per telefoni cellulari al Campo Combi a Merano
1740/11	Minniti	Kosten für die Betreuung von pflegebedürftigen Personen	Costi per l'assistenza alle persone non autosufficienti
1741/11	Dello Sbarba, Heiss	Beratungsaufträge des Landes an ehemalige Parlamentarier, die eine Pension beziehen: ignoriert die Landesregierung das Gesetz von 2009?	Consulenze della Provincia ad ex parlamentari con pensione: la Giunta ignora la legge del 2009?
1742/11	Minniti	Recyclingzentrum in Meran?	Centro di riciclaggio a Merano?

MITTEILUNGEN BESCHLUSSANTRÄGE / COMUNICAZIONI MOZIONI
03/05/2011

Folgende Beschlussanträge wurden eingebracht:
Sono state presentate le seguenti mozioni:

BA. moz.	Unterzeichner Firmatari	Betreff	Oggetto
304/11	Knoll, Klotz	Geraubte Kulturgüter	Beni culturali sottratti
305/11	Leitner, Egger, Mair, Stocker S., Tinkhauser	Organisiertes Betteln	Accattonaggio organizzato
306/11	Leitner, Egger, Mair, Stocker S., Tinkhauser	Südtirol und das Bundesland Tirol als gemeinsamer Austragungsort Olympischer Spiele	L'Alto Adige e il Land Tirolo:sede dei prossimi giochi olimpici
307/11	Pardeller	Neue Wege für eine "alte Gesellschaft"	Nuove strategie per una società di anziani
308/11	Stocker S., Egger, Leitner, Mair, Tinkhauser	Abbau architektonischer Barrieren - Landesplakette für barrierefreie Bauten	Eliminazione delle barriere architettoniche - contrassegno provinciale per opere edilizie prive di barriere
309/11	Seppi	Eletrosmog durch Mobilfunkantennen auf öffentlichen Gebäuden - Aufklärung der Anwohner über die Folgen von Elektrosmog	Elettrosmog creato da antenne su coperture di palazzi pubblici. Creare le condizioni per assicurare i residenti sugli effetti dell'elettrosmog
310/11	Leitner, Egger, Mair, Stocker S., Tinkhauser	Maßnahmenpaket zur Entlastung der "Melkkuh" Autofahrer	Pacchetto di misure per sgravare gli automobilisti tartassati
311/11	Minniti	Änderung des Raumordnungsgesetzes	Modifica legge urbanistica
312/11	Minniti	Gedenkfeier des Blutbades vom 30. April in Meran	Ricordare la strage del 30 aprile 1945 a Merano
313/11	Minniti	Friedhof in Sinich	Realizzazione di un camposanto a Sinigo
314/11	Minniti	Maßnahmen für Sinich	Interventi per Sinigo

MITTEILUNGEN SCHRIFTL. BEANTW. / COMUNICAZIONI RISP. SCRITTE
03/05/2011

Folgende Anfragen wurden beantwortet:
Sono state presentate le risposte alle seguenti interrogazioni:

Anfr. int.	Unterzeichner Firmatari	Antworten Risposte	Betreff	Oggetto
1433/10	Tinkhauser	Bizzo	Visabefreiung für Albaner und Bosnier für den Schengenraum	Niente visto per gli albanesi e i bosniaci nell'area Schengen
1517/11	Leitner	Kasslatter Mur	Berufsausbildung - KFZ-Mechaniker - Schulverteilungsplan	Formazione professionale - meccanico per auto - piano di distribuzione delle scuole
1556/11	Stocker M.	Widmann	Bedienstete in der Lokalverwaltung	Dipendenti dell'amministrazione locale
1558/11	Dello Sbarba, Heiss	Kasslatter Mur	Zulassung zum Studium an einer österreichischen Universität: ist eine Gleichbehandlung möglich?	Ammissione all'università in Austria: possibile un pari trattamento?
1569/11	Seppi	Durnwalder, Kasslatter Mur, Mussner, Tommasini	Beschluss der Landesregierung Nr. 58 - Ergänzung des Beschlusses Nr. 1857/10 - Ernennung der Vertreter des Landes Südtirol im Organisationskomitee anlässlich der Kandidatur der Stadt Venedig als EU-Kulturhauptstadt für das Jahr 2019	Delibera della Giunta provinciale n. 58 - integrazione della delibera n. 1857/10 - nomina dei rappresentanti della Provincia autonoma di Bolzano nel Comitato fondatore della candidatura di Venezia con gli enti firmatari del protocollo a "Capitale Europea della Cultura" per l'anno 2019
1572/11	Seppi	Kasslatter Mur	Beschluss der Landesregierung Nr. 63 - Vereinigte Bühnen Bozen - Zuweisung für das Finanzjahr 2011	Delibera della Giunta provinciale n. 63 - Associazione "Vereinigte Bühnen Bozen": assegnazione per l'anno finanziario 2011
1573/11	Seppi	Laimer	Beschluss der Landesregierung Nr. 68 - Gemeinde Brixen - Genehmigung einer Abänderung zum Wiedergewinnungsplan für die Wohnbauzone A5 Brixen, mit einer Vorschrift des Amtes - Ratsbeschluss Nr. 77 vom 26.08.10	Delibera della Giunta provinciale n. 68 - Comune di Bressanone: approvazione di una modifica al piano di recupero per la zona residenziale A5 Bressanone, con una prescrizione d'ufficio, delibera consiliare n. 77 del 26/08/10
1574/11	Seppi	Laimer	Beschluss der Landesregierung Nr. 75 - Gemeinde Terlan - Genehmigung einer Abänderung zum Wiedergewinnungsplan für die Wohnbauzone A von Terlan Dorf mit einer Änderung des Amtes - Ratsbeschluss Nr. 16 vom 30.03.10	Delibera della Giunta provinciale n. 75 - Comune di Terlan: approvazione di una modifica al piano di recupero per la zona residenziale A di Terlan Paese, con una correzione d'ufficio, delibera consiliare n. 16 del 30/03/10
1579/11	Seppi	Theiner	Beschluss der Landesregierung Nr. 123 - Genehmigung der Kriterien für die Gewährung und Auszahlung von Beiträgen an bei der Akkreditierungsstelle der Landesverwaltung akkreditierte CME-Provider, zur Förderung der ständigen Weiterbildung in der Provinz Bozen und an Körperschaften und öffentliche und private Einrichtungen, zur Förderung der Grundausbildung und Fachausbildung in der Provinz Bozen - Widerruf des Beschlusses Nr. 122/10	Delibera della Giunta provinciale n. 123 - Approvazione dei criteri di assegnazione e liquidazione di contributi finanziari a Provider ECM accreditati nel sistema formativo della Provincia autonoma di Bolzano, per l'esecuzione di corsi di formazione continua in Provincia di Bolzano ed ad enti ed istituzioni pubbliche e private per l'esecuzione di corsi di formazione di base e specialistica in Provincia di Bolzano - revoca della delibera n. 122/10
1580/11	Seppi	Theiner	Beschluss der Landesregierung Nr. 122 - Ernennung der Rekurskommission laut Art. 11 der	Delibera della Giunta provinciale n. 122 - Nomina della commissione ricorsi ai sensi dell'art. 11 dei criteri

Anfr. int.	Unterzeichner Firmatari	Antworten Risposte	Betreff	Oggetto
			mit Beschluss Nr. 2081 /10 genehmigten Kriterien für die prothetische Betreuung in Südtirol und Widerruf des Beschlusses Nr. 1573/09	relativi all'assistenza protesica in Alto Adige, approvati con delibera n. 2081/10 e revoca della delibera n. 1573/09
1581/11	Seppi	Laimer	Beschluss der Landesregierung Nr. 119 - Gemeinde Terlan - Genehmigung von Abänderungen zum Bauleitplan mit einer Korrektur des Amtes - Ratsbeschlüsse Nr. 41 vom 22.06.10 und 59 vom 21.09.10	Delibera della Giunta provinciale n. 119 - Comune di Terlan - approvazione di modifiche al piano urbanistico con una correzione d'ufficio - delibere consiliari nn. 41 del 22/06/10 e 59 del 21/09/10
1582/11	Seppi	Kasslatter Mur	Beschluss der Landesregierung Nr. 115 - Freie Universität Bozen - Ernennung des Vertreters des Rechnungsprüferkollegiums von Seiten der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol	Delibera della Giunta provinciale n. 115 - Libera Università di Bolzano - nomina del membro del Collegio dei Revisori dei Conti in rappresentanza della Provincia autonoma di Bolzano -Alto Adige
1585/11	Seppi	Bizzo	Beschluss der Landesregierung Nr. 60 - Vom Land kontrollierte Gesellschaften - Ermächtigung zum Abschluss einer gewerkschaftlichen Vereinbarung mit Manageritalia Servizi Trentino Alto Adige GmbH	Delibera della Giunta provinciale n. 60 - Società controllate dalla Provincia - autorizzazione alla stipula di un accordo sindacale con Manageritalia Servizi Trentino Alto Adige srl
1588/11	Seppi	Bizzo	Beschluss der Landesregierung Nr. 139 - Richtigstellung des Beschlusses Nr. 1947/10 - Bestimmung der Zulage für die Bekleidung eines Mandats für die nicht der Landesverwaltung angehörenden Mitglieder in Verwaltungsräten und Rechnungsprüferkollegien der instrumentellen Körperschaften des Landes	Delibera della Giunta provinciale n. 139 - Rettifica della deliberazione n. 1947/10 - determinazione delle indennità spettanti agli amministratori e revisori esterni all'amministrazione provinciale per mandato in enti strumentali della Provincia
1589/11	Seppi	Tommasini	Beschluss der Landesregierung Nr. 136 - Genehmigung des Jahresfinanzierungsplanes für Bildungstätigkeiten im Allgemeinen, L.G. Nr. 45/76	Delibera della Giunta provinciale n. 136 - Approvazione del piano annuale di finanziamento delle attività educative in genere, L.P. n. 45/76
1590/11	Seppi	Laimer	Beschluss der Landesregierung Nr. 172 - Änderung des D.LH. Nr. 34/04 - Durchführungsverordnung zum Landesraumordnungsgesetz im Bereich Energieeinsparung - Widerruf des Beschlusses Nr. 2189/10	Delibera della Giunta provinciale n. 172 - Modifica del D.P.P. n. 34/04 - regolamento di esecuzione della legge urbanistica in materia di risparmio energetico - revoca della delibera n. 2189/10
1597/11	Mair	Theiner	Streit zwischen Freiwilligen und Krankenpflegern im Rettungsdienst	Lotta fra volontari e infermieri nel pronto soccorso
1601/11	Minniti	Durnwalder	Machbarkeit der Verwendung der Befestigungen im Rahmen des Projekts Alpenwall	Fattibilità di sfruttamento del progetto relativo al Vallo Alpino
1602/11	Minniti	Laimer	Verlegung der Hochspannungsmasten in Milland bei Brixen	Spostamento dei tralicci dell'alta tensione nella frazione Millan di Bressanone
1603/11	Minniti	Theiner	Pflegeheim für Langzeitkranke in Meran	Struttura per lungodegenti a Merano
1609/11	Minniti	Theiner	Multiple Sklerose - Erkenntnisse von prof. Zamboni	Sclerosi multipla - metodo Zamboni
1611/11	Seppi	Durnwalder	Entfernung und Entsorgung von Eternit in der Baustelle in der	Lavori di rimozione e smaltimento Eternit dal cantiere di via Cappuccini

Anfr. int.	Unterzeichner Firmatari	Antworten Risposte	Betreff	Oggetto
			Kapuzinergasse	
1613/11	Minniti	Theiner	Krankenpfleger im Rettungsdienst	Infermieri su ambulanze
1616/11	Leitner	Durnwalder	Müssen staatliche Versicherungen ärztliche Zeugnisse in deutscher Sprache annehmen?	Le compagnie di assicurazioni statali devono accettare i certificati medici in tedesco?
1618/11	Leitner	Theiner	Arzte - Zweisprachigkeit	Medici - bilinguismo
1619/11	Leitner	Durnwalder	Regierungskommissariat - paritätische Kommission	Commissariato del Governo - commissione paritetica
1620/11	Seppi	Theiner	Beschluss der Landesregierung Nr. 290 - Genehmigung der Änderung des D.LH. Nr. 46/03 - Sprachkenntnisse für die Zulassung zur Sonderausbildung in Allgemeinmedizin und Regelung des Wissenschaftlichen Beirats	Delibera della Giunta provinciale n. 290 - approvazione della modifica del D.P.P. n. 46/03 - conoscenze linguistiche per l'ammissione in medicina generale e disciplina del Comitato scientifico
1629/11	Mair	Theiner	Krankenpfleger	Infermieri
1630/11	Leitner	Durnwalder	Flüchtlinge - Zugehörigkeit oder Zuordnung zu einer Sprachgruppe	Profughi - appartenenza o aggregazione a un gruppo linguistico
1632/11	Minniti	Laimer, Theiner	Gesundheitsverträglichkeitsprüfung für Sinich	Valutazione impatto sanitario per Sinigo
1634/11	Leitner	Laimer	Fernheizwerk Schlunders (SEG) - Lärmbelästigung	Impianto di teleriscaldamento di Sluderno (SEG) - inquinamento acustico
1636/11	Leitner	Durnwalder	Rotwildgehege "Pfrein" in Latzfons	Centro allevamento cervi "Pfrein" a Latzfons
1637/11	Minniti	Durnwalder	Flurnamen	Toponimi di montagna
1640/11	Leitner	Bizzo	Islamistische Umtriebe in Südtirol?	Gruppi eversivi islamici in Alto Adige?
1644/11	Leitner	Durnwalder	Minister Bondi: Welche Auswirkungen hat sein angekündigter Rücktritt für Südtirol?	Ministro Bondi: quali le conseguenze delle annunciate dimissioni per l'Alto Adige?
1646/11	Leitner	Widmann	Bahnhof Lana/Burgstall	Stazione ferroviaria di Lana/Postal
1647/11	Mair	Bizzo	Eigener Landesbeirat für Männer und Väter	Comitato provinciale per uomini e padri
1650/11	Seppi	Theiner	Beschluss der Landesregierung Nr. 343 - Ablehnung des Antrages vonseiten der Yoni Academy um Ermächtigung zur Durchführung von Ausbildungslehrgängen für Masseur und medizinische Bademeister in Südtirol	Delibera della Giunta provinciale n. 343 - rigetto della richiesta della Yoni Academy di autorizzazione allo svolgimento di corsi di formazione per massaggiatori e capi bagnini degli stabilimenti idroterapici in Provincia Di Bolzano
1654/11	Leitner	Bizzo	Wer bezahlt die ISO 9001 Zertifizierung der Staatsanwaltschaft?	Chi paga la certificazione ISO 9001 della Procura?
1656/11	Leitner	Durnwalder	Vahrn - was geschieht mit dem Schandfleck "Pulverlager"?	Varna - cosa si intende fare con quell'obbrobrio della polveriera?
1658/11	Stocker S.	Durnwalder	Frühere Schließung des Bozner Wochenmarktes wegen Aufmarsch "Casa Pound"	Chiusura anticipata del mercato del sabato a Bolzano a causa della manifestazione di Casa Pound
1659/11	Stocker S.	Mussner	Wem gehören und wo befinden sich die ehemaligen ANAS-Immobilien?	A chi appartengono e dove si trovano gli immobili ex ANAS?
1665/11	Mair	Widmann	Briefkastenfirmen im Vinschgau - Verkehrsaufkommen	Società fittizie in Val Venosta - aumento del traffico
1671/11	Heiss, Dello Sbarba	Durnwalder	Trophäenschau: Mangelnde Transparenz und Ungleichbehandlung	Mostra trofei: poca trasparenza e disparità di trattamento
1673/11	Dello Sbarba, Heiss	Widmann	Fördert das Land Tagungen von Interessensvertretungen?	La Provincia finanzia congressi di categorie sindacali?
1674/11	Tinkhauser	Laimer	Übergang des ENEL-Stromverteilernetzes an die SELNET	Passaggio della rete di distribuzione dell'ENEL alla SELNET

Anfr. int.	Unterzeichner Firmatari	Antworten Risposte	Betreff	Oggetto
1676/11	Stocker S.	Durnwalder	Drucksachen der Handelskammer Bozen	Stampati della Camera di commercio di Bolzano
1677/11	Stocker S.	Laimer	Wo waren in Südtirol überall Windräder geplant?	Dove erano state previste le pale eoliche in Alto Adige?
1678/11	Leitner	Laimer	Ulten - Bergbauernförderung - Bürokratieabbau	Va d'Ultimo - incentivi ai contadini di montagna - riduzione della burocrazia
1681/11	Heiss, Dello Sbarba	Berger	Geplantes Sieben-Sterne-Hotel in Wolkenstein: Leitbetrieb oder Landschaftskiller?	Hotel a sette stelle a Selva: azienda all'avanguardia o mostro paesaggistico?
1690/11	Seppi	Tommasini	Beschluss der Landesregierung Nr. 487 - Führung der Mensa und Bar im Berufsbildungszentrum in italienischer Sprache "L. Einaudi", Bozen	Delibera della Giunta provinciale n. 487 - gestione del servizio mensa e bar presso il centro di formazione professionale "L. Einaudi" a Bolzano
1691/11	Seppi	Berger	Beschluss der Landesregierung Nr. 486 - Fraktion Niederrasen, Gemeinde Rasen-Antholz - Ablehnung der Beschwerde von Daprà Ingrid gegen die Bekanntgabe der Mitglieder des Verwaltungskomitees	Delibera della Giunta provinciale n. 486 - frazione di Rasun di Sotto, Comune di Rasun-Anterselva - rigetto ricorso contro la proclamazione dei membri del comitato d'amministrazione
1693/11	Heiss, Dello Sbarba	Laimer	Gülleausbringung im Natura-2000-Gebiet: Authentische Interpretation der Landesräte nicht rechtens	Sversamento di liquami in sito natura 2000: l'interpretazione autentica non compete agli assessori
1700/11	Urzi	Berger	Wegwerfseifen ...	I saponi ... a perdere
1703/11	Heiss, Dello Sbarba	Laimer	Wie lange bleibt die SEL noch Miteignerin eines faktischen Atomkonzerns? Beteiligung bei EDISON ist umweltpolitisch und finanziell mehr denn je ein krasser Fehlgriff	Per quanto ancora la SEL resterà di fatto comproprietaria di una multinazionale nucleare? La partecipazione alla EDISON si sta rivelando sempre più un enorme passo falso dal punto di vista finanziario e della politica ambientale.